

Millenniums-Entwicklungsziele

Bericht 2015



VEREINTE NATIONEN



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

EINHEIT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR GLEICHSTELLUNG UND ERMÄCHTIGUNG DER FRAUEN – UN-FRAUEN

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

HOHER FLÜCHTLINGSKOMMISSAR DER VEREINTEN NATIONEN

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

SEKRETARIAT DER PAZIFIK-GEMEINSCHAFT

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

WELTBANK

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTHANDELSORGANISATION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

Millenniums-Entwicklungsziele

Bericht 2015



VEREINTE NATIONEN
NEW YORK 2015





Vorwort

Als sich die Welt vereint hinter die Millenniums-Entwicklungsziele stellte, entstand die erfolgreichste Armutsbekämpfungsbewegung der Geschichte. „Wir werden keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien“. Diese wegweisende Selbstverpflichtung, die die politischen Führer der Welt im Jahr 2000 eingingen, wurde in einen inspirierenden Rahmen von acht Zielen und anschließend in umfassende, praktische Maßnahmen umgesetzt, durch die Menschen in aller Welt ihre Lebenssituation und ihre Zukunftsaussichten verbessern konnten. Die Ziele halfen, mehr als eine Milliarde Menschen aus extremer Armut zu befreien, Hunger abzubauen, mehr Mädchen als je zuvor den Schulbesuch zu ermöglichen und den Planeten Erde zu schützen. Sie waren Anstoß für neue und innovative Partnerschaften, rüttelten die Weltöffentlichkeit auf und zeigten den enormen Wert ambitionierter Zielsetzungen. Die Ziele stellten die Menschen und ihre unmittelbaren Bedürfnisse in den Vordergrund und transformierten so die Entscheidungsprozesse in den entwickelten wie den Entwicklungsländern.

Alle noch so bemerkenswerten Erfolge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ungleichheiten fortbestehen und die Fortschritte ungleichmäßig waren. Armut tritt noch immer in Teilen der Welt gehäuft auf. So lebten 2011 fast 60 Prozent der einen Milliarde extrem armer Menschen der Welt in nur fünf Ländern. Nach wie vor sterben zu viele Frauen während der Schwangerschaft oder an Komplikationen bei der Geburt. Fortschritte gehen häufig an Frauen und an denen vorbei, die ganz unten auf der wirtschaftlichen Leiter stehen oder aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit benachteiligt sind. Zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen nach wie vor ausgeprägte Disparitäten.

Die auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsziele gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse zeigen, dass wir wissen, was zu tun ist. Weitere Fortschritte lassen sich allerdings nur mit unverbrüchlichem politischem Willen und kollektiven, langfristigen Anstrengungen erzielen. Wir müssen an den Ursachen ansetzen und mehr tun, um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung zu integrieren. Die neue Post-2015-Entwicklungsagenda mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung soll diese Lehren nutzen, auf unseren Erfolgen aufbauen und alle Länder gemeinsam auf den Weg in eine wohlhabendere, nachhaltigere und gerechtere Welt führen.

Zurückblickend auf die Millenniums-Entwicklungsziele und mit Blick auf die kommenden fünfzehn Jahre steht außer Frage, dass wir unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden können, die Armut zu beenden, niemanden zurückzulassen und eine Welt der Würde für alle zu schaffen.



BAN KI-MOON
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Am Anfang des neuen Jahrtausends kamen die führenden Politiker der Welt bei den Vereinten Nationen zusammen, um einer umfassenden Vision zur Bekämpfung der Armut in ihren vielfältigen Dimensionen Gestalt zu geben. Diese Vision wurde in acht Millenniums-Entwicklungszielen konkretisiert und war in den vergangenen 15 Jahren der übergreifende weltweite Rahmen für die Entwicklung.

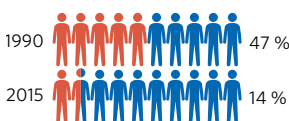
Mit dem nahenden Ende der Frist für die Erreichung der Ziele hat die Weltgemeinschaft Grund zum Feiern. Dank abgestimmter globaler, regionaler, nationaler und lokaler

Anstrengungen haben die Millenniumsziele Millionen Menschenleben gerettet und die Lebensverhältnisse vieler weiterer Menschen verbessert. Aus den Daten und Analysen in diesem Bericht geht hervor, dass gezielte Interventionen, solide Strategien, ausreichende Ressourcen und der entsprechende politische Wille selbst in den ärmsten Ländern dramatische und beispiellose Fortschritte bewirken können. Jedoch treten auch die ungleichmäßigen Fortschritte und die Defizite auf vielen Gebieten zutage. Die Arbeit ist noch nicht getan, und sie muss in einer neuen Entwicklungsära weitergehen.

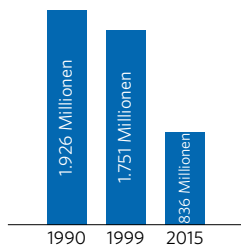
Beispiellose Anstrengungen haben zu großen Erfolgen geführt

ZIEL 1: BESEITIGUNG DER EXTREMEN ARMUT UND DES HUNGERS

Rate der extremen Armut in den Entwicklungsländern



Weltweite Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen



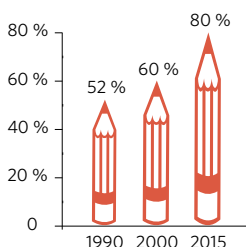
- Die extreme Armut ist in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen. 1990 lebte fast die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Dieser Anteil ist 2015 auf 14 Prozent gesunken.
- Weltweit fiel die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zwischen 1990 und 2015 um mehr als die Hälfte, von 1,9 Milliarden auf 836 Millionen. Die größten Fortschritte stellten sich seit 2000 ein.
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die der Mittelschicht angehören – d. h. die von mehr als 4 Dollar pro Tag leben –, hat sich von 1991 bis 2015 fast verdreifacht. Diese Gruppe macht heute in den Entwicklungsregionen fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung aus, gegenüber 18 Prozent im Jahr 1991.
- Der Anteil unterernährter Menschen in den Entwicklungsregionen ist seit 1990 um beinahe die Hälfte zurückgegangen, von 23,3 Prozent in den Jahren 1990–1992 auf 12,9 Prozent in den Jahren 2014–2016.

ZIEL 2: VERWIRKLICHUNG DER ALLGEMEINEN GRUNDSCHULBILDUNG

Zahl der Kinder im Grundschulalter, die weltweit keine Schule besuchen



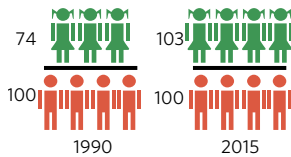
Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich in Afrika südlich der Sahara



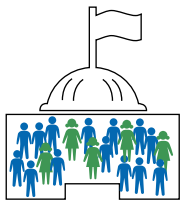
- In den Entwicklungsregionen stieg die Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich zwischen 2000 und 2015 von 83 auf 91 Prozent.
- Im selben Zeitraum sank die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, weltweit fast um die Hälfte, von 100 auf schätzungsweise 57 Millionen.
- Seit der Einführung der Millenniumsziele erzielte Afrika südlich der Sahara unter allen Regionen die größten Fortschritte bei der Grundschulbildung. Der Anstieg der Netto-Bildungsbeteiligungsquote in der Region lag zwischen 1990 und 2000 bei 8 Prozentpunkten, im Zeitraum 2000–2015 hingegen bei 20 Prozentpunkten.
- Der Alphabetisierungsgrad bei 15- bis 24-Jährigen stieg zwischen 1990 und 2015 weltweit von 83 auf 91 Prozent, und das Gefälle zwischen Männern und Frauen ist geringer geworden.

ZIEL 3: FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER UND ERMÄCHTIGUNG DER FRAUEN

Bildungsbeteiligungquote im Grundschulbereich in Südasien



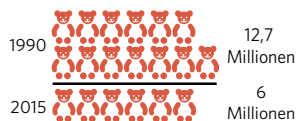
Im Vergleich zu 1995 sitzen in 90 % der Länder mehr Frauen in den Parlamenten



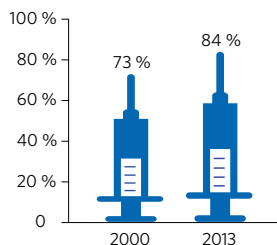
- Heute besuchen viel mehr Mädchen eine Schule als vor 15 Jahren. Die Entwicklungsregionen als Ganzes haben die Zielvorgabe erreicht, die Geschlechterdisparitäten in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich zu beseitigen.
- In Südasien kamen 1990 auf 100 Jungen, die die Grundschule besuchten, nur 74 Mädchen. Heute sind es 103 Mädchen je 100 Jungen.
- Frauen machen heute 41 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft aus. 1990 waren es 35 Prozent.
- Zwischen 1991 und 2015 fiel der Anteil der in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen tätigen Frauen an allen weiblichen Erwerbstätigen um 13 Prozentpunkte. Bei Männern hingegen sank dieser Anteil um 9 Prozentpunkte.
- Frauen haben in den Parlamenten in beinahe 90 Prozent der 174 Länder, aus denen Daten für die letzten 20 Jahre vorliegen, an Boden gewonnen. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Parlamenten hat sich im selben Zeitraum nahezu verdoppelt. Dennoch sind nur ein Fünftel der Parlamentarier Frauen.

ZIEL 4: SENKUNG DER KINDERSTERBLICHKEIT

Weltweite Zahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren



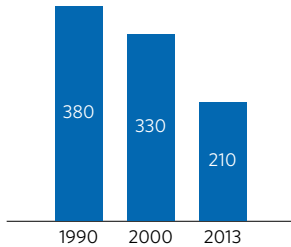
Globale Durchimpfung gegen Masern



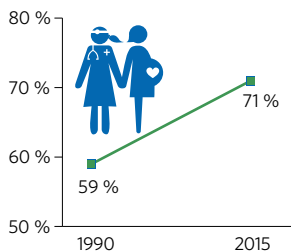
- Zwischen 1990 und 2015 sank die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren weltweit um mehr als die Hälfte, von 90 auf 43 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten.
- Trotz Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsregionen gingen die Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren weltweit von 12,7 Millionen im Jahr 1990 auf knapp 6 Millionen im Jahr 2015 zurück.
- Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Rate des Rückgangs der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren weltweit mehr als verdreifacht.
- In Afrika südlich der Sahara war die jährliche Senkungsrate der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren im Zeitraum 2005-2013 mehr als fünfmal höher als im Zeitraum 1990-1995.
- Mithilfe von Masernimpfungen wurden zwischen 2000 und 2013 fast 15,6 Millionen Sterbefälle vermieden. Die Zahl der weltweit gemeldeten Masernfälle sank im selben Zeitraum um 67 Prozent.
- Etwa 84 Prozent der Kinder weltweit erhielten 2013 mindestens eine Dosis Masern-Lebendimpfstoff, gegenüber 73 Prozent im Jahr 2000.

ZIEL 5: VERBESSERUNG DER GESUNDHEIT VON MÜTTERN

Weltweite Müttersterblichkeitsrate (Sterbefälle je 100.000 Lebendgeburten)



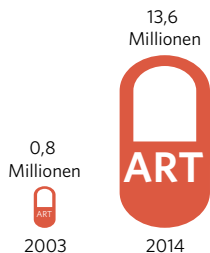
Weltweiter Anteil der fachkundig betreuten Entbindungen



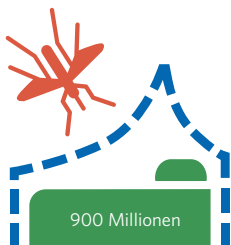
- Die Müttersterblichkeitsrate sank seit 1990 weltweit um 45 Prozent, und der stärkste Rückgang war seit 2000 zu verzeichnen.
- In Südasien sank die Müttersterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2013 um 64 Prozent, in Afrika südlich der Sahara um 49 Prozent.
- 2014 wurden über 71 Prozent der Geburten weltweit von medizinischem Fachpersonal betreut, 1990 waren es 59 Prozent.
- In Nordafrika stieg der Anteil der Schwangeren, die vier oder mehr Vorsorgetermine wahrnahmen, zwischen 1990 und 2014 von 50 auf 89 Prozent.
- Zwischen 1990 und 2015 stieg der Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15-49-jährigen Frauen, die verhüten, weltweit von 55 auf 64 Prozent.

ZIEL 6: BEKÄMPFUNG VON HIV/AIDS, MALARIA UND ANDEREN KRANKHEITEN

Weltweite antiretrovirale Behandlung



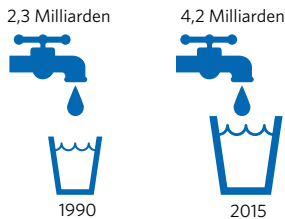
Zahl der in Afrika südlich der Sahara ausgelieferten imprägnierten Moskitonetze – 2004-2014



- Die Zahl der HIV-Neuinfektionen fiel zwischen 2000 und 2013 um rund 40 Prozent, von schätzungsweise 3,5 auf 2,1 Millionen Fälle.
- Im Juni 2014 waren weltweit 13,6 Millionen HIV-Infizierte in antiretroviraler Behandlung (ART), gegenüber nur 800.000 im Jahr 2003. ART wendete zwischen 1995 und 2013 7,6 Millionen Aids-Todesfälle ab.
- Zwischen 2000 und 2015 wurden über 6,2 Millionen Malaria-Todesfälle abgewendet, hauptsächlich bei Kindern unter fünf Jahren in Afrika südlich der Sahara. Die weltweite Malaria-Inzidenzrate sank um schätzungsweise 37 Prozent, die Sterblichkeitsrate um 58 Prozent.
- Zwischen 2004 und 2014 wurden mehr als 900 Millionen imprägnierte Moskitonetze in malariaendemische Länder in Afrika südlich der Sahara geliefert.
- Zwischen 2000 und 2013 wurden durch Tuberkuloseprävention, -diagnose und -behandlung etwa 37 Millionen Menschenleben gerettet. Die Tuberkulose-Sterblichkeitsrate fiel zwischen 1990 und 2013 um 45 Prozent, die Prävalenzrate um 41 Prozent.

ZIEL 7: SICHERUNG DER ÖKOLOGISCHEN NACHHALTIGKEIT

Seit 1990 erhielten 1,9 Milliarden Menschen einen Trinkwasseranschluss



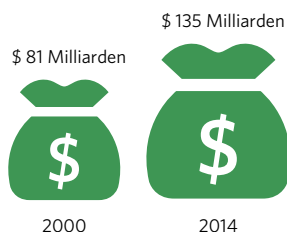
Seit 1990 wurden 98 % der ozonabbauenden Stoffe abgeschafft



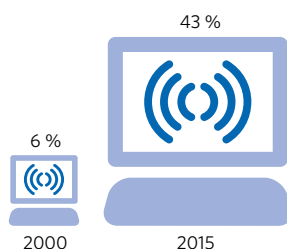
- Ozonabbauende Stoffe wurden seit 1990 praktisch abgeschafft, und die Ozonschicht wird sich voraussichtlich bis Mitte dieses Jahrhunderts erholt haben.
- Land- und Meeresschutzgebiete haben seit 1990 in vielen Regionen erheblich zugenommen. In Lateinamerika und der Karibik stieg der Anteil der geschützten Landgebiete zwischen 1990 und 2014 von 8,8 auf 23,4 Prozent der Landfläche.
- 2015 haben 91 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung, gegenüber 76 Prozent im Jahr 1990.
- 1,9 Milliarden der 2,6 Milliarden Menschen, die seit 1990 Zugang zu verbessertem Trinkwasser erhielten, bekamen einen eigenen Trinkwasserleitungsanschluss. Damit hat mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Weltbevölkerung diese höhere Versorgungsstufe erreicht.
- Weltweit haben 147 Länder das Trinkwasserziel, 95 das Sanitärversorgungsziel und 77 Länder beide Ziele erreicht.
- Weltweit erhielten 2,1 Milliarden Menschen Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung. Der Anteil der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten, sank seit 1990 um beinahe die Hälfte.
- Der Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsregionen sank zwischen 2000 und 2014 von etwa 39,4 auf 29,7 Prozent.

ZIEL 8: AUFBAU EINER WELTWEITEN ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT

Öffentliche Entwicklungshilfe



Globale Internet-Penetration



- Die öffentliche Entwicklungshilfe der entwickelten Länder stieg zwischen 2000 und 2014 real um 66 Prozent auf 135,2 Milliarden Dollar.
- Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich lagen 2014 weiter über dem Zielwert der Vereinten Nationen für die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens.
- 2014 waren 79 Prozent der Importe der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern zollfrei, gegenüber 65 Prozent im Jahr 2000.
- Das Verhältnis Auslandsschuldendienst zu Exporterlösen fiel in den Entwicklungsländern von 12 Prozent im Jahr 2000 auf 3 Prozent im Jahr 2013.
- 2015 können 95 Prozent der Weltbevölkerung ein Mobilfunksignal empfangen.
- Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer hat sich in den letzten 15 Jahren fast verzehnfacht, von 738 Millionen im Jahr 2000 auf mehr als 7 Milliarden im Jahr 2015.
- 2000 nutzten knapp über 6 Prozent der Weltbevölkerung das Internet, 2015 schon 43 Prozent. Damit sind 3,2 Milliarden Menschen mit einem globalen Netz von Inhalten und Anwendungen verbunden.

Trotz vieler Erfolge bleiben die Ärmsten und Schwächsten zurück

Bei vielen Millenniums-Zielvorgaben waren die Fortschritte weltweit gesehen erheblich, für einzelne Regionen und Länder jedoch ungleichmäßig, und es bestehen noch immer große Lücken. Millionen Menschen bleiben zurück – insbesondere die ärmsten und diejenigen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, einer Behinderung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihres Wohnorts benachteiligt sind. Um diese Menschen zu erreichen, bedarf es gezielter Maßnahmen.

► Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht fort

Frauen stoßen beim Zugang zu Beschäftigung und Wirtschaftsgütern und bei der Teilhabe an privaten wie öffentlichen Entscheidungsprozessen weiter auf Diskriminierung. Auch sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. In Lateinamerika und der Karibik stieg das Verhältnis von Frauen zu Männern in armen Haushalten von 108 Frauen je 100 Männer im Jahr 1997 auf 117 Frauen je 100 Männer im Jahr 2012, obwohl die Armutsquoten in der gesamten Region sanken.

Frauen sind am Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Etwa drei Viertel der Männer, aber nur die Hälfte der Frauen im erwerbsfähigen Alter nehmen weltweit am Erwerbsleben teil. Weltweit verdienen Frauen 24 Prozent weniger als Männer. In 85 Prozent der 92 Länder, für die nach Bildungsniveau aufgeschlüsselte Erwerbslosenquoten für 2012-2013 vorlagen, lag diese Quote für Frauen mit höherer Bildung über der von Männern mit vergleichbarem Bildungsstand. Trotz kontinuierlicher Fortschritte ist die Welt von der Geschlechterparität bei Entscheidungsprozessen im privaten wie im öffentlichen Leben noch immer weit entfernt.

► Zwischen den ärmsten und den reichsten Haushalten und zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen große Disparitäten

In den Entwicklungsregionen leiden Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte mehr als doppelt so häufig an Wachstumshemmung wie diejenigen aus den reichsten 20 Prozent. Kinder aus den ärmsten Haushalten besuchen viermal häufiger keine Schule als die aus den reichsten. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren liegt für die ärmsten Haushalte fast doppelt so hoch wie für die reichsten. In ländlichen Gebieten werden nur 56 Prozent der Geburten von medizinischen Fachkräften betreut, in städtischen Gebieten hingegen 87 Prozent. Rund 16 Prozent der Landbevölkerung, aber nur 4 Prozent der Stadtbewohner haben keinen Zugang

zu verbesserter Trinkwasserversorgung. Etwa 50 Prozent der Menschen in ländlichen, jedoch nur 18 Prozent in städtischen Gebieten haben keinen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen.

► Klimawandel und Umweltzerstörung unterhöheln bereits Erreichtes, und die Armen leiden am meisten

Die weltweiten Kohlendioxidemissionen sind seit 1990 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Weltgemeinschaft steht weiter vor der dringenden und kritischen Herausforderung, gegen den unverminderten Anstieg der Treibhausgasemissionen und die damit verbundenen wahrscheinlichen Folgen des Klimawandels wie veränderte Ökosysteme, extreme Wetterereignisse und Risiken für die Gesellschaft anzugehen.

2010 ging mit schätzungsweise 5,2 Millionen Hektar eine Waldfläche in etwa der Größe Costa Ricas verloren. Die Überfischung der Meere führte zu einem Rückgang der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen von 90 Prozent im Jahr 1974 auf 71 Prozent im Jahr 2011. Insgesamt nehmen die Populationen und die Verbreitung der Arten ab, sodass immer mehr Arten vom Aussterben bedroht sind. Schon jetzt sind 40 Prozent aller Menschen weltweit von Wasserknappheit betroffen, und es werden noch mehr werden. Arme Menschen sind zur Existenzsicherung unmittelbarer auf natürliche Ressourcen angewiesen, und da sie oft in den gefährdetsten Gebieten leben, leiden sie am meisten unter der Umweltzerstörung.

► Konflikte sind nach wie vor die größte Gefahr für die menschliche Entwicklung

Ende 2014 hatten Konflikte fast 60 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Wären diese Menschen eine Nation, stünde ihr Land der Größe nach an vierundzwanzigster Stelle in der Welt. Jeden Tag werden durchschnittlich 42.000 Menschen durch Konflikte vertrieben und dazu gezwungen, Schutz zu suchen. Gegenüber 11.000 Menschen im Jahr 2010 ist dies ein Anstieg um beinahe das Vierfache. 2014 machten Kinder die Hälfte der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung unter der Obhut des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen aus. In konfliktbetroffenen Ländern stieg der Anteil der Kinder, die keine Schule besuchen, von 30 Prozent im Jahr 1999 auf 36 Prozent im Jahr 2012. Instabile und konfliktbetroffene Länder weisen in der Regel die höchsten Armutsquoten auf.

► **Millionen Menschen leiden weiter unter Armut und Hunger und haben keinen Zugang zu Grundversorgungseinrichtungen**

Trotz enormer Fortschritte leben selbst heute noch rund 800 Millionen Menschen in extremer Armut und leiden Hunger. Mehr als 160 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind für ihr Alter zu klein, weil sie nicht genug zu essen haben. Derzeit besuchen 57 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule. Noch immer arbeitet fast die Hälfte der Erwerbstätigen weltweit in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und kommt nur selten in den Genuss der Vorteile, die mit einer menschenwürdigen Arbeit einhergehen. Täglich sterben etwa 16.000 Kinder unter fünf Jahren, zumeist an vermeidbaren Ursachen. In den Entwicklungsregionen ist die Müttersterblichkeits-

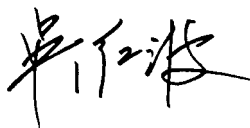
rate 14-mal so hoch wie in den entwickelten Regionen. Gerade einmal die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsregionen nimmt die empfohlene Zahl von mindestens vier Vorsorgeterminen wahr. 2013 erhielten nur schätzungsweise 36 Prozent der 31,5 Millionen HIV-Infizierten in den Entwicklungsregionen eine antiretrovirale Behandlung. 2015 hat immer noch ein Drittel aller Menschen (2,4 Milliarden) keinen Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen, und 946 Millionen verrichten weiter ihre Notdurft im Freien. In den Städten der Entwicklungsregionen leben heute Schätzungen zufolge über 880 Millionen Menschen in Slumverhältnissen.

Diese Zahlen lassen sich durch globales Handeln deutlich verbessern.

Die Erfolge der Millenniums-Agenda beweisen die Wirksamkeit globalen Handelns. Nur globales Handeln kann gewährleisten, dass die neue Entwicklungsagenda niemanden zurücklässt

Die Weltgemeinschaft steht 2015 an einem historischen Scheideweg. Der Ablauf der Frist für die Erreichung der Millenniumsziele bietet der Welt Gelegenheit, auf den Erfolgen und der Dynamik aufzubauen, die durch sie entstanden sind, und gleichzeitig neuen Ambitionen für die Zukunft, die wir wollen, nachzugehen. Eine kühne neue Agenda ist im Entstehen begriffen, um die Welt so zu transformieren, dass sie den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der Wirtschaftstransformation besser gerecht wird, und dabei gleichzeitig die Umwelt zu schützen, den Frieden zu wahren und die Menschenrechte zu verwirklichen. Im Kern dieser Agenda liegt die nachhaltige Entwicklung, die für jeden Menschen auf der Welt Lebenswirklichkeit werden muss.

Dies ist der letzte Bericht über die Millenniums-Entwicklungsziele. Er dokumentiert die Anstrengungen, die über 15 Jahre hinweg zur Erreichung der in der Millenniums-Erklärung festgelegten ehrgeizigen Ziele unternommen wurden, und beleuchtet die in aller Welt erzielten zahlreichen Erfolge ebenso wie die nach wie vor bestehenden Defizite. Die Millenniumsziele waren mit vielen lehrreichen Erfahrungen verbunden, die als Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen dienen werden. Die Führer und Interessenträger aller Länder werden gemeinsam noch stärker auf eine wahrhaft universale, transformative Agenda hinarbeiten. Nur so lassen sich für alle Menschen überall auf der Welt eine nachhaltige Zukunft und ein Leben in Würde gewährleisten.



WU HONGBO
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale
Angelegenheiten

Messen, was uns wertvoll ist: nachhaltige Daten für eine nachhaltige Entwicklung

Mit der Erarbeitung der Post-2015-Entwicklungsagenda wächst die Einsicht, dass eine verstärkte Datengewinnung und die Nutzung besserer Daten für Politiksetzung und Überwachung grundlegende Instrumente der Entwicklungsförderung sind. Bei der Überwachung der Millenniumsziele hat sich klar gezeigt, dass eine wirksame Datennutzung zum Anstoß von Entwicklungsbemühungen, zum Erfolg gezielter Interventionen, zur Leistungsverfolgung und zur Verbesserung der Rechenschaftslegung beitragen kann. Nachhaltige Entwicklung erfordert daher eine Datenrevolution, die durch bessere Verfügbarkeit, Qualität, Aktualität und Aufschlüsselung der Daten die Umsetzung der neuen Entwicklungsagenda auf allen Ebenen unterstützt.

Die Überwachung der Millenniumsziele hat uns gelehrt, dass Daten ein unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungsagenda sind

► Was gemessen wird, wird erledigt

Viele Länder integrierten die Millenniumsziele in ihre eigenen nationalen Prioritäten und Entwicklungsstrategien, wodurch verstärkt robuste, verlässliche Daten als Grundlage für Entscheidungsprozesse zum Einsatz kamen. Darüber hinaus sorgte die Nutzung verlässlicher Daten bei der Überwachung der Zielerreichung dafür, dass staatliche Stellen auf nationaler und subnationaler Ebene ihre entwicklungsfördernden Politiken, Programme und Interventionen wirksam ausrichten konnten.

Lokale Daten erwiesen sich als extrem hilfreich. Die subnationale Überwachung der Netto-Bildungsbeteiligungsquote in den Grund- und weiterführenden Schulen zeigte große Disparitäten zwischen den ariden und semiariden Gebieten Nordkenias. Daraufhin richtete die kenianische Regierung in diesen benachteiligten Gebieten gezielt ein besonderes Schulspeisungsprogramm, kostengünstige Internatsgrundschulen und mobile Schulen ein. In Kolumbien enthüllten lokale Daten drastisch unterschiedliche Fortschritte, woraufhin kommunale Stellen an den lokalen Prioritäten ausgerichtete Schlüsselinterventionen durchführten. So konzentrierte sich die Region Nariño auf Ziel 3, um das große Geschlechtergefälle bei Beschäftigung und politischer Teilhabe zu verringern. In Cundinamarca lag der Schwerpunkt auf rascheren Fortschritten beim Ziel 1 in den ärmsten Gemeinden.

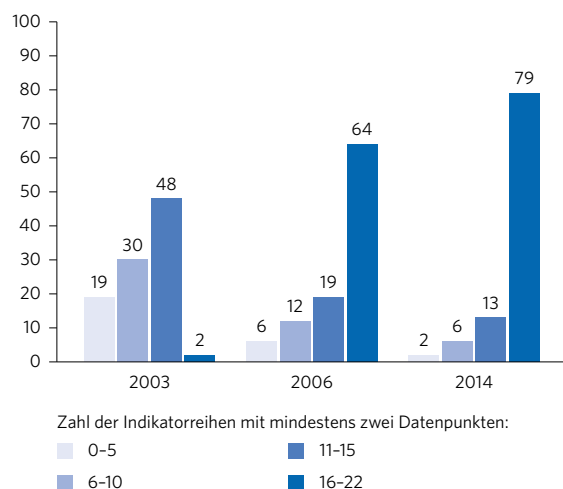
► Echte Verbesserungen der Daten stellen sich am Schnittpunkt von Nachfrage und politischer Unterstützung ein

Die Millenniumsziele verliehen den Anstrengungen Auftrieb, verstärkt Entwicklungsdaten zu gewinnen und zu nutzen. Durch die mit der Überwachung verbundenen Anforderungen wurde klar, dass die statistischen Kapazitäten, Methodologien und Informationssysteme auf nationaler wie auf internationaler Ebene verbessert werden mussten. Mit der Zeit wurden so mehr und bessere Daten verfügbar, verbesserte sich die Koordinierung innerhalb nationaler Statistiksysteme und entstanden neue statistische Methoden.

Um die Fortschrittsüberwachung in den Philippinen zu unterstützen, wurde der Nationale Rat für Statistikkoordination zur nationalen Sammelstelle für die Millenniums-Indikatoren bestimmt. Der Rat formulierte ein Statistikentwicklungsprogramm für die Millenniumsziele, das die Zusammenstellung von Daten aus unterschiedlichen Quellen und die Formulierung von Programmen und Politiken zur Unterstützung der Erhebung, Verbreitung und Verbesserung der Daten für die Politiksetzung ermöglichte. Darüber hinaus wurde ein gemeinwesengestütztes Überwachungssystem entwickelt, das Daten zur Überwachung und Evaluierung lokaler Entwicklungspläne liefern sollte.

Unterstützt durch die enge Zusammenarbeit zwischen internationalen Stellen und Sachverständigen der Länder verbesserte sich die globale Überwachung der Millenniumsziele drastisch. So stieg die Zahl der Erhebungen und Zählungen in der Datenbank des Gemeinsamen Überwachungsprogramms der Weltgesundheitsorganisation und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zwischen 2000 und 2015 um das Sechsfache. Von 2003 bis 2014 verbesserten sich die für einen Teilsatz von 22 offiziellen Millenniums-Indikatoren vorhandenen Landesdaten erheblich. Während 2003 nur 2 Prozent der Entwicklungsländer über mindestens zwei Datenpunkte für 16 oder mehr der 22 Indikatoren verfügten, waren es 2014 bereits 79 Prozent. Dies ist Ausdruck der höheren Kapazitäten der nationalen Statistiksysteme zur Erfüllung von Überwachungspflichten sowie verbesserter Mechanismen für die Meldung von Daten und zeigt auch die Vorteile eines besseren Zugangs internationaler Stellen zu nationalen Quellen.

Anteil der Länder und Hoheitsgebiete in den Entwicklungsregionen mit mindestens zwei Datenpunkten für 22 ausgewählte Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele – 2003, 2006 und 2014 (in Prozent)



► Trotz Verbesserungen fehlen noch immer entscheidende Daten für die Entwicklungspolitik

In verschiedenen Entwicklungsbereichen bestehen weiter große Datenlücken. Zu den größten Problemen gehören niedrige Datenqualität und das Fehlen aktueller, nach wichtigen Faktoren aufgeschlüsselter Daten. Damit sind viele nationale und lokale Stellen für Planungs- und Entscheidungsprozesse weiter auf veraltete oder minderwertige Daten angewiesen.

Eine Studie der Weltbank zeigt, dass für etwa die Hälfte der 155 betrachteten Länder ausreichende Daten zur Überwachung der Armut fehlen und damit die ärmsten Menschen in diesen Ländern oft unsichtbar bleiben. In den zehn Jahren zwischen 2002 und 2011 lag für 57 Länder (37 Prozent) keine oder nur eine Schätzung der Armutsquote vor. In Afrika südlich der Sahara, wo die Armut am größten ist, reichten in 61 Prozent der Länder die Daten nicht zur Überwachung von Armutstrends aus.

Eklatante Datenlücken, insbesondere in der Bevölkerungsstatistik, entstehen auch, wenn funktionsfähige, landesweite Personenstandsregister fehlen. Der Interinstitutionellen Gruppe der Vereinten Nationen für Kindersterblichkeitschätzung zufolge verfügen nur etwa 60 Länder über solche Register, die anderen verlassen sich zur Schätzung der Kindersterblichkeit hauptsächlich auf Haushaltserhebungen oder Zählungen.

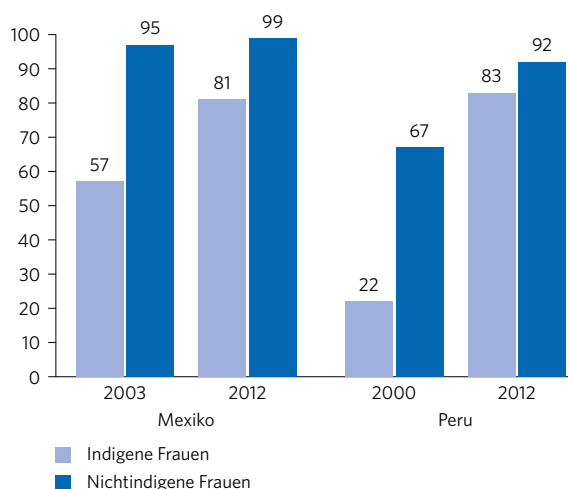
Für die Post-2015-Entwicklungsagenda sind bessere Daten erforderlich

► Nur durch Quantifizierung des bisher nicht Quantifizierten können wir die bisher nicht Erreichten erreichen

Für Entscheidungsprozesse und die Überwachung der Fortschritte in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung für alle sind hochwertige Daten unverzichtbar, die neben Alter und Geschlecht auch nach anderen wichtigen Dimensionen, darunter Migrationsstatus, Zugehörigkeit zu indigenen Bevölkerungsgruppen, ethnische Zugehörigkeit und Behinderung, aufgeschlüsselt sind. Um die Größe kleiner Bevölkerungsgruppen schätzen und ihre Attribute erforschen zu können, bedarf es großer Stichproben oder einer vollen Bevölkerungszählung. Nationale Bevölkerungs- und Wohnungszählungen sind eine wichtige Datenquelle und Stichprobengrundlage für die Schätzung der Größe verletzlicher Minderheitengruppen.

So sind heute weitaus mehr detaillierte Daten für indigene Völker in Lateinamerika verfügbar. Zur Gewinnung dieser Daten hatten 17 von 20 Ländern in Lateinamerika Fragen zu indigenen Bevölkerungen in ihre Zählungen von 2010 aufgenommen. Daten zur gesundheitlichen Betreuung von Müttern zeigten, dass um 2000 der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten für indigene Frauen in Mexiko um 38 Prozentpunkte und in Peru um 45 Prozentpunkte unter dem nichtindigener Frauen lag. Auf der Grundlage dieser aufgeschlüsselten Daten wurden wirksamere Interventionen zur Verringerung der Ungleichheit eingeführt, und 2012 wurden in beiden Ländern mehr als 80 Prozent der Entbindungen indigener Frauen von medizinischem Fachpersonal betreut.

Von medizinischem Fachpersonal betreute Geburten in Mexiko und Peru, nach indigenem Status – ausgewählte Jahre (in Prozent)



► **Für raschere, bessere Entscheidungen sind Echtzeitdaten erforderlich**

Zur Vorbereitung und Reaktion auf Wirtschafts-, Politik-, Natur- und Gesundheitskrisen bedarf es in der heutigen Zeit des raschen Wandels Informationen in Echtzeit. Die meisten Entwicklungsdaten sind jedoch zwei oder drei Jahre alt. Jüngste Innovationen helfen, dieses Problem zu umgehen. So verwenden das UNICEF und seine Partner Textnachrichten (SMS), um Daten über den Ebola-Ausbruch in Echtzeit zu sammeln und weiterzugeben. In Liberia verwenden Hunderte Gesundheitsfachkräfte „mHero“ (Elektronisches Reaktions- und -Informationssystem für Gesundheitsfachkräfte), und in Guinea und Sierra Leone nutzen Tausende junger Menschen „U-Report“. Durch diese Echtzeitinformationen konnten neue Fälle rascher geortet, die benötigten Versorgungsgüter ermittelt und lebensrettende Informationen verbreitet werden.

► **Bei vielen Aspekten der Entwicklung, von der Gesundheitsversorgung zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, können Geodaten die Überwachung unterstützen**

Für sachlich fundierte Entscheidungen ist es unverzichtbar, zu wissen, wo sich Menschen und Dinge befinden und in welcher Beziehung sie zueinander stehen. Umfassende ortsbezogene Daten helfen Regierungen bei der Erarbeitung strategischer Prioritäten, bei der Entscheidungsfindung und bei der Messung und Überwachung der Ergebnisse. Sind die Geodaten erst erfasst, können sie viele Male verwendet werden, um eine Vielzahl von Anwendungen zu unterstützen. Ein geodätischer Referenzrahmen erlaubt eine präzise weltweite Beobachtung und Standortbestimmung und lässt sich für zahlreiche soziale, wirtschaftliche und ökologische Zwecke nutzen, beispielsweise Präzisionslandwirtschaft und die Beobachtung von Veränderungen beim Anstieg des Meeresspiegels.

So wurden Geoinformationen während des Ausbruchs des Chikungunya-Virus in der Karibik genutzt, um die Gesundheitsversorgung zu unterstützen und soziale Interventionsmaßnahmen zu entwickeln. In Trinidad und Tobago halfen Geoanwendungen für internetfähige Mobiltelefone dem Gesundheitsministerium, den Aufenthaltsort der Infizierten zu bestimmen und diese Informationen zur Eindämmung des Ausbruchs zu nutzen.

Zur Deckung der Datennachfrage für die neue Entwicklungsagenda bedarf es eines starken politischen Engagements und erheblich mehr Ressourcen

► **Der Ausbau der Statistikkapazitäten ist die Grundlage für die Überwachung von Fortschritten in Bezug auf die neue Entwicklungsagenda**

Um die Verfügbarkeit, Verlässlichkeit, Aktualität und Zugänglichkeit der Daten zur Unterstützung der Post-2015-Entwicklungsagenda zu erhöhen, bedarf es nachhaltiger Investitionen in die statistischen Kapazitäten auf allen Ebenen, insbesondere der einzelstaatlichen. Der Ausbau der nationalen statistischen Kapazitäten und die Stärkung und Modernisierung der Statistiksysteme erfordern wirksame institutionelle Regelungen und interne Koordinierung, dauerhafte personelle und (einheimische wie ausländische) finanzielle Ressourcen und technische Zusammenarbeit. Die nationalen statistischen Ämter sollten ein klares Mandat für die Gesamtkoordinierung der beteiligten nationalen Stellen haben und die zentrale Datensammelstelle für die Überwachung sein.

Zur Verbesserung des Personenstandsregisters und der Bevölkerungsstatistik eines Landes bedarf es beispielsweise eines starken Engagements der Regierung und langfristiger Maßnahmen zur Stärkung der Verwaltungsinfrastruktur. Fortschritte stellten sich in den letzten 20 Jahren zwar sehr langsam ein, doch einige Länder sind ein großes Stück vorangekommen. So wurden in Südafrika 2003 nur 56 Prozent der Geburten registriert, 2012 hingegen 85 Prozent. In Thailand werden dank der 1996 begonnenen Anstrengungen jetzt mehr als 95 Prozent aller Geburten und Sterbefälle registriert.

► **Neue Technologien verändern die Sammlung und Verbreitung von Daten**

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bieten völlig neue Chancen für Datensammlung, -analyse und -verbreitung. Heute sind 95 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite eines Mobilfunknetzes, und die Zahl der Mobilfunkanschlüsse ist auf über 7 Milliarden gestiegen. 43 Prozent der Weltbevölkerung haben jetzt Zugang zum Internet. Damit sind 3,2 Milliarden Menschen mit einem globalen Netz von Inhalten und Anwendungen verbunden. Neue Datenerhebungstechnologien, beispielsweise computergestützte persönliche Befragungen (CAPI) und Erhebungen per SMS, sowie neue Datenquellen, darunter Beiträge in sozialen Medien, Aufzeichnungen von Online-Suchen und Mobilfunkanrufen, erlauben eine raschere Datenerhebung und die Bereitstellung von Informationen nahezu in Echtzeit.

Bei der Durchführung der Zählung 2010 in Brasilien kamen zahlreiche Innovationen zum Einsatz. Für die Zählung wurde ein digitales Kartierungssystem entwickelt und mit der nationalen Adressdatei verknüpft, was die Datensammlung effizienter und genauer machte. Der Einsatz von mit GPS-Empfängern ausgestatteten CAPI-Geräten im Feld erlaubte eine bessere Überwachung der vor Ort durchgeführten Befragungen und die Datenbearbeitung in Echtzeit. Ergänzend nutzte Brasilien auch die Datenerhebung über das Internet, um schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen zu erfassen.

Neue Datenquellen und neue Technologien zur Datenerhebung müssen jedoch sorgsam eingesetzt werden, damit die Ergebnisse nicht zugunsten wohlhabenderer, gebildeterer, jüngerer Männer verzerrt werden. Diese innovativen Instrumente könnten auch denjenigen den Vorzug geben, die mehr Mittel für den Technologiezugang haben. Dadurch würde die Lücke zwischen den „Datenarmen“ und den „Datenreichen“ noch größer.

► **Globale Standards und ein integriertes Statistiksistem sind Grundelemente einer wirksamen Überwachung**

Internationale Standards sind für den Aufbau nationaler Statistikkapazitäten wichtig. Eines der Grundprinzipien der amtlichen Statistik besagt, dass „die Verwendung internationaler Konzepte, Systematiken und Methoden durch die statistischen Stellen der einzelnen Länder [...] die Konsistenz und Effizienz der statistischen Systeme auf allen amtlichen Ebenen [fördert]“. Auch die vom Generalsekretär eingesetzte Beratungsgruppe unabhängiger Experten für die Datenrevolution im Dienste der nachhaltigen Entwicklung unterstrich in ihrem Bericht die Notwendigkeit eines „globalen Datenkonsenses“, also der Annahme von Grundsätzen für rechtliche, technische, Datenschutz-, Geo- und statistische Standards, die Offenheit und Informationsaustausch erleichtern und gleichzeitig die Menschenrechte fördern und schützen.

Die Messung der Nachhaltigkeit ist eine technisch höchst anspruchsvolle Aufgabe, die die Abbildung komplexer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Interaktionen erfordert. Zur kohärenten Erfassung dieser drei Dimensionen bedarf es daher eines integrierten Rahmens von Indikatoren. Diese Integration kommt nicht nur den Nutzern von Daten, sondern auch denen, die sie generieren und bereitstellen, zugute, indem die Belastung der Befragten, die Fehlerquote und die Langzeitkosten verringert werden. Zur Nutzung der Vorteile der statistischen Integration sind Investitionen in statistische Standards, die Entwicklung und Umgestaltung von Prozessen der Statistikproduktion und die Veränderung institutioneller Regelungen erforderlich.

► **Die Förderung offener, leicht zugänglicher Daten und der Datenkompetenz ist entscheidend für die wirksame Nutzung von Daten für Entwicklungsentscheidungen**

Entwicklungsdaten sind öffentliche Güter und sollten der Öffentlichkeit in offenen Formaten zur Verfügung gestellt werden. Datenoffenheit fördert die Transparenz und Rechenschaftslegung der Regierung, ermöglicht den Einsatz kollektiver Intelligenz für klügere politische Entscheidungen, erhöht das Bürgerengagement und fördert effizienteres und wirksameres staatliches Handeln. Nicht nur die Daten selbst, sondern auch Angaben zu Definitionen, Datenqualität, Datenerhebungsmethoden und anderen wichtigen Metadaten müssen auf breiter Ebene verfügbar gemacht werden. Darüber hinaus muss auch alles darangesetzt werden, Daten in maschinenlesbarer Form zu veröffentlichen und kostenlose Visualisierungs- und Analyseinstrumente bereitzustellen.

Mit dem wachsenden Volumen der verfügbaren Daten werden die Menschen auch die Fertigkeiten benötigen, sie korrekt zu nutzen und zu deuten. Regierungen, internationale Organisationen und andere Interessenträger sollten die Durchführung von Programmen zur Erhöhung der Datenkompetenz unterstützen, Möglichkeiten für elektronisches Lernen eröffnen und Datenkompetenz in die Schullehrpläne aufnehmen.

► **Gemeinsam können wir messen, was uns wertvoll ist**

Daten als Grundlage für empirisch fundierte Entscheidungsprozesse und die Rechenschaftslegung sind eine tragende Säule der Post-2015-Entwicklungsagenda. Die notwendige Datenrevolution liegt in der gemeinsamen Verantwortung der Regierungen, der internationalen und regionalen Organisationen, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Der Aufbau einer neuen Partnerschaft wird entscheidend dafür sein, sicherzustellen, dass die Datengrundlage für die Post-2015-Entwicklungsagenda und für die Entscheidungsprozesse der kommenden 15 Jahre vorhanden ist.

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Auf einen Blick

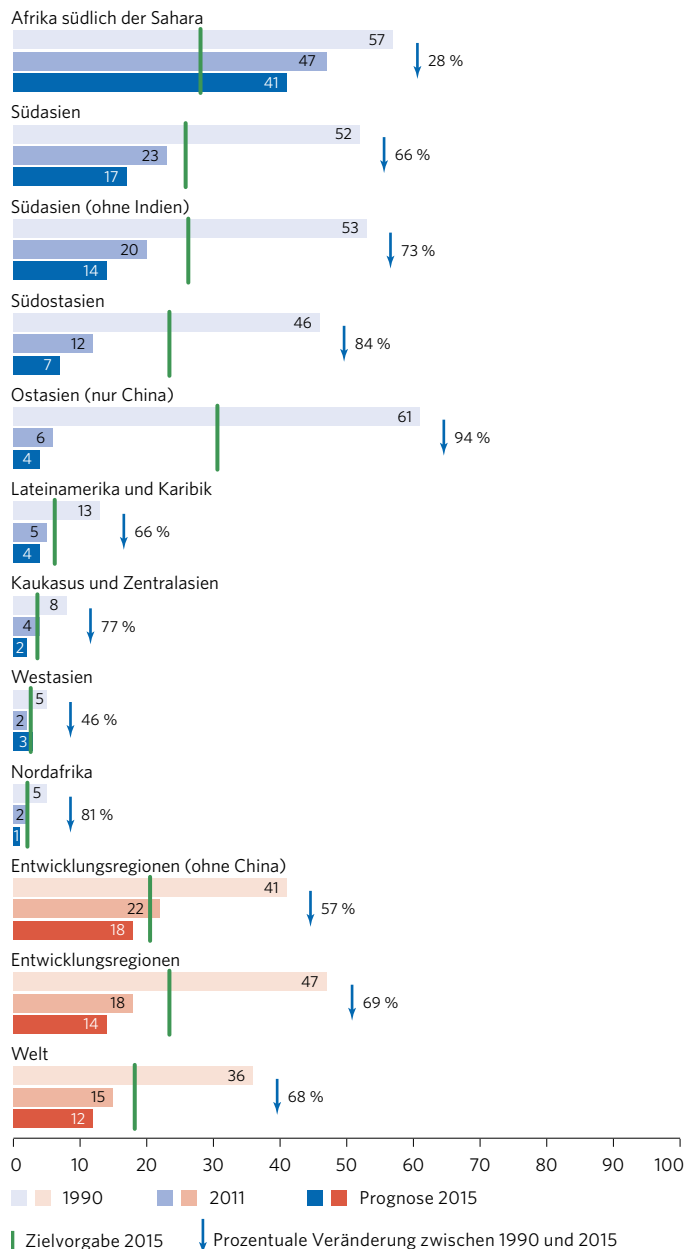
- ▶ Seit 1990 sind über 1 Milliarde Menschen aus extremer Armut befreit worden.
- ▶ Trotz Fortschritten arbeitet fast die Hälfte der Erwerbstätigen weltweit in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.
- ▶ Der Anteil der unterernährten Menschen in den Entwicklungsregionen ist seit 1990 um beinahe die Hälfte gesunken.
- ▶ Jedes siebte Kind weltweit ist untergewichtig, 1990 war es noch jedes vierte.
- ▶ Ende 2014 hatten Konflikte fast 60 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

ZIELVORGABE 1.A

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Die extreme Armut ist in den meisten Entwicklungsregionen deutlich gesunken

Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben – 1990, 2011 und 2015 (in Prozent)



Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine ausreichenden Länderdaten vor.

Die weltweite Armut ist in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen. Die Millenniums-Zielvorgabe, den Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren, wurde vor fünf Jahren, also vor Ablauf der Frist 2015, erreicht. Aus den neuesten Schätzungen geht hervor, dass der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben, weltweit zwischen 1990 und 2011 von 36 auf 15 Prozent sank. Prognosen zufolge ist die weltweite Quote extremer Armut bis 2015 weiter, auf 12 Prozent, gesunken. Die Armutsquote in den Entwicklungsregionen ist zwischen 1990 und 2015 um mehr als zwei Drittel, von 47 auf 14 Prozent, gesunken.

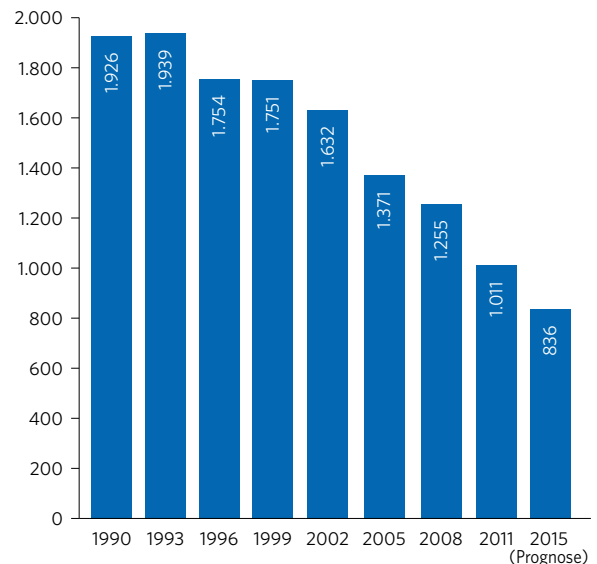
2011 hatten alle Entwicklungsregionen außer Afrika südlich der Sahara die Zielvorgabe erreicht, den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zu halbieren (für Ozeanien liegen keine ausreichenden Daten vor). Die bevölkerungsreichsten Länder der Welt, China und Indien, spielten bei der weltweiten Verringerung der Armut eine zentrale Rolle. Infolge des Fortschritts in China ist die Quote extremer Armut in Ostasien von 61 Prozent im Jahr 1990 auf nur 4 Prozent im Jahr 2015 gesunken. Die Fortschritte Südasiens sind fast genauso beeindruckend – ein Rückgang von 52 auf 17 Prozent im selben Zeitraum –, und der Rückgang hat sich seit 2008 beschleunigt.

Hingegen sank die Armutsquote in Afrika südlich der Sahara erst nach 2002 unter den Stand von 1990. Zwar ist die Armut in den letzten zehn Jahren schneller gesunken, doch die Region hinkt immer noch hinterher. Über 40 Prozent der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara lebt 2015 nach wie vor in extremer Armut. In Westasien wird ein Anstieg der extremen Armut zwischen 2011 und 2015 erwartet.



Die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen ist seit 1990 um mehr als die Hälfte gesunken

Zahl der Menschen weltweit, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben – 1990–2015 (in Millionen)

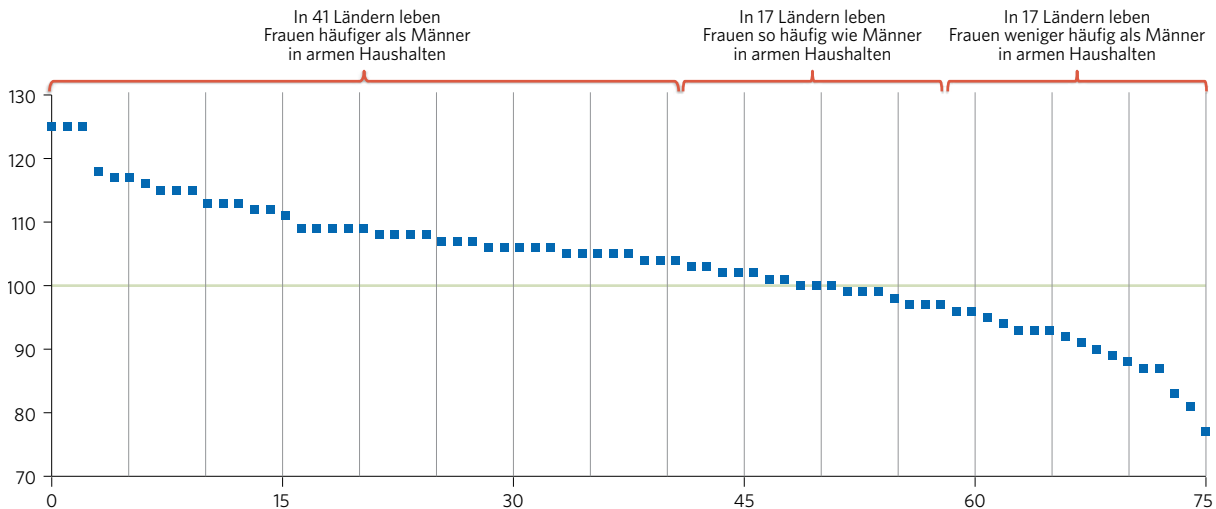


Die absolute Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen sank zwischen 1990 und 2011 weltweit von 1,9 Milliarden auf 1 Milliarde. Schätzungen zufolge sind bis 2015 weitere 175 Millionen Menschen aus extremer Armut befreit worden. So ist auch die Zahl der Menschen weltweit, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben, gegenüber dem Stand von 1990 um die Hälfte gesenkt worden.

Die extrem armen Menschen der Welt sind sehr ungleich über Regionen und Länder verteilt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben, oder rund 80 Prozent der Gesamtzahl der extrem armen Menschen, lebt in zwei Regionen – Südasien und Afrika südlich der Sahara. Annähernd 60 Prozent der 1 Milliarde extrem armen Menschen weltweit lebten 2011 in nur fünf Ländern: Indien, Nigeria, China, Bangladesch und der Demokratischen Republik Kongo (in absteigender Reihenfolge).

Für Frauen besteht ein höheres Armutsrisiko

Verhältnis Frauen/Männer im erwerbsfähigen Alter (20 bis 59) im untersten Vermögensquintil aller Haushalte, ausgewählte Entwicklungsländer – 2000–2013



Anmerkungen: Dieser Indikator wird mit dem Verhältnis Frauen/Männer im Alter von 20 bis 59 in allen Haushalten gewichtet, um dem Rechnung zu tragen, dass Frauen in der Gesamtbevölkerung möglicherweise überrepräsentiert sind. Er verwendet den Index von Vermögenswerten aus den Bevölkerungs- und Gesundheitserhebungen und Mehrfachindikator-Clustererhebungen als Messgröße für Armut. Werte über 103 zeigen an, dass Frauen im untersten Vermögensquintil überrepräsentiert sind. Bei Werten unter 97 sind es Männer. Werte zwischen 97 und 103 bedeuten Parität.

Der Anteil von Frauen und Mädchen an der 1 Milliarde Menschen weltweit, die 2011 noch immer in extremer Armut lebten, ist nicht bekannt. Dies liegt teilweise daran, dass Armut anhand von Einkommens- oder Verbrauchsdaten gemessen wird, die auf Haushaltsebene erhoben werden, nicht auf individueller Ebene. Es ist daher schwierig, innerhalb der Haushalte verschiedene Armutsquoten auszuweisen und so die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Häufigkeit, dem Grad und den Auswirkungen von Armut zu verstehen.

In einer aktuellen Studie wurde ein Index von Vermögenswerten als Messgröße für die Armut von Haushalten verwendet, um den Anteil von Frauen und Männern im Alter von 20 bis 59 Jahren, die im untersten Vermögensquintil aller Haushalte leben, zu vergleichen. Demnach leben Frauen in 41 von 75 Ländern, für die Daten vorliegen, mit höherer Wahrscheinlichkeit in Armut. Die weitergehende Analyse ergibt, dass Haushalten in Ländern, in denen Frauen im untersten Vermögensquintil überrepräsentiert sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit Frauen vorstehen oder keine männlichen Erwachsenen angehören. Dies deutet auf ein größeres Armutsrisiko für getrennt lebende Frauen, Witwen und alleinerziehende Mütter, einschließlich Frauen, die nach eigenen Angaben einem Haushalt vorstehen und keinen männlichen Partner haben, hin.

Auf der Grundlage der herkömmlichen einzelstaatlichen Armuts Grenzen stieg einer anderen Studie zufolge in Lateinamerika und der Karibik das Verhältnis von Frauen zu Männern in armen Haushalten von 108 Frauen je 100 Männer im Jahr 1997 auf 117 Frauen je 100 Männer im Jahr 2012, was umso besorgniserregender ist, als zeitgleich die Armutsquoten in der gesamten Region sanken.

Zu dem höheren Armutsrisiko für Frauen tragen viele Faktoren bei, darunter der ungleiche Zugang zu bezahlter Arbeit, niedrigere Einkünfte, mangelnder sozialer Schutz und begrenzter Zugang zu Vermögenswerten, einschließlich Grund und Boden und Eigentum. Selbst dort, wo Frauen mit der gleichen Wahrscheinlichkeit wie Männer in armen Haushalten leben, sind sie häufiger in anderen wichtigen Bereichen des Wohlergehens benachteiligt, zum Beispiel bei der Bildung.

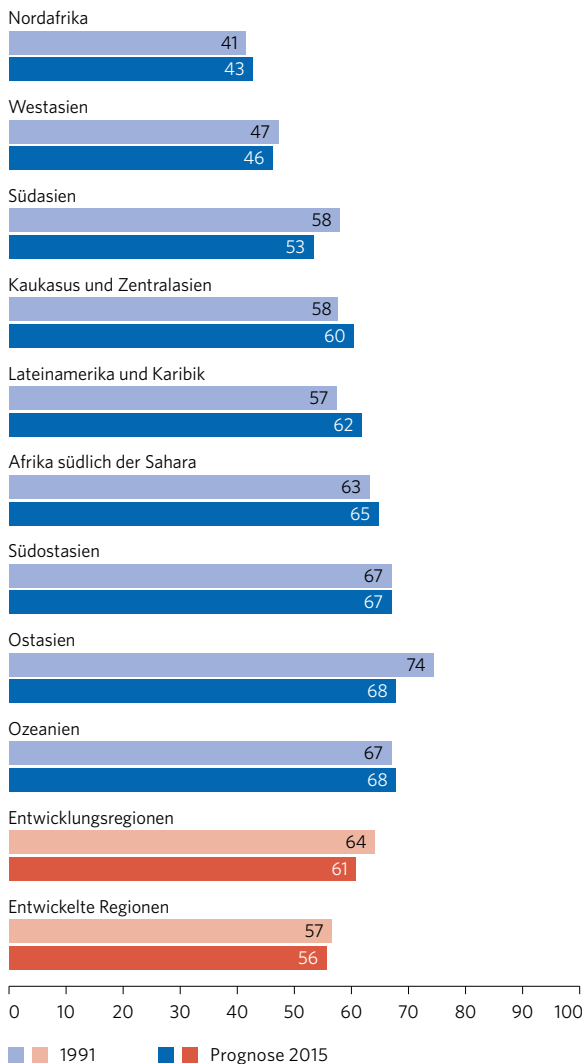
Um zu ermitteln, wie Armut am besten bekämpft und beseitigt werden kann, ist es entscheidend, die Besonderheiten der ärmsten Menschen der Welt sowie die Gründe für ihre Benachteiligung zu verstehen. Es muss eindeutig mehr zur Erstellung hochwertiger Statistiken zu Armut und Geschlecht getan werden, wenn die Fortschritte bei der Beseitigung der extremen Armut für alle Menschen überall wirksam überwacht werden sollen.

ZIELVORGABE 1.B

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Zahl der Beschäftigungsmöglichkeiten steigt langsamer als Zahl der Arbeitskräfte

Beschäftigungsquote – 1991 und 2015 (in Prozent)



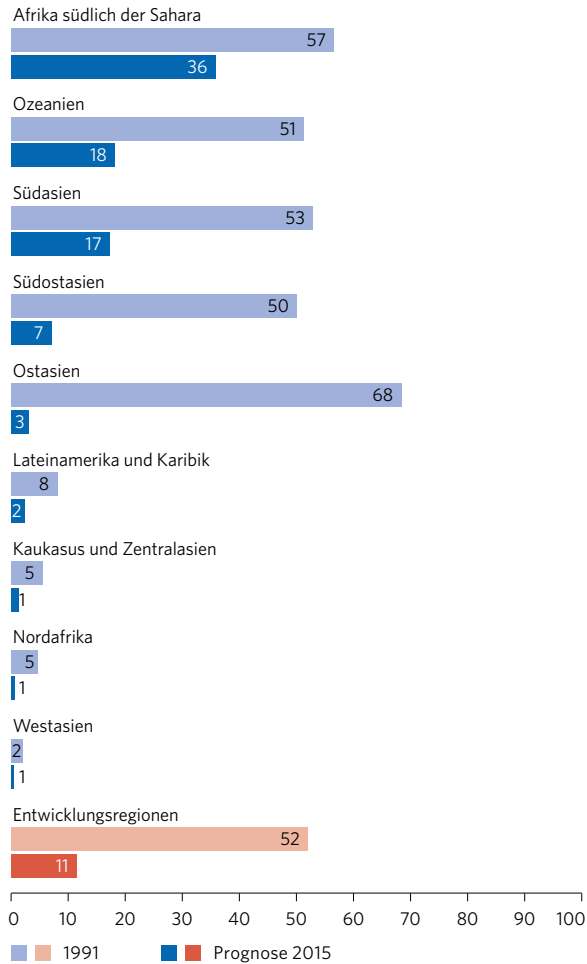
Da sich die Weltwirtschaft in einer neuen Phase befindet, in der langsames Wachstum, zunehmende Ungleichheiten und Turbulenzen zusammentreffen, entstehen nicht schnell genug neue Beschäftigungsmöglichkeiten, um die steigende Zahl an Arbeitskräften aufzufangen. Die weltweite Beschäftigungsquote – der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – ist von 62 Prozent im Jahr 1991 auf 60 Prozent im Jahr 2015 gesunken, wobei während der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 ein besonders starker Abschwung zu verzeichnen war. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation sind 2015 mehr als 204 Millionen Menschen arbeitslos. Das sind über 34 Millionen mehr als vor Beginn der Wirtschaftskrise und 53 Millionen mehr als 1991.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sowohl in den Entwicklungsregionen als auch in den entwickelten Regionen abgenommen. Von 1991 bis 2015 ist die Beschäftigungsquote in den Entwicklungsregionen um 3,3 Prozentpunkte, in den entwickelten Regionen um 1 Prozentpunkt gesunken. Die stärksten Rückgänge finden sich in Ostasien und Südasien, wo die Beschäftigungsquote um 6,7 beziehungsweise 4,6 Prozentpunkte gesunken ist. In Afrika südlich der Sahara hat sich die Beschäftigungssituation leicht verbessert, doch den Fortschritten bei der Existenzsicherung stehen eine anhaltend hohe Unterbeschäftigung und informelle Beschäftigung sowie eine geringe Arbeitsproduktivität gegenüber.

Junge Menschen, vor allem junge Frauen, sind nach wie vor unverhältnismäßig stark von begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit betroffen. Nur 40 Prozent der 15- bis 24-Jährigen haben im Jahr 2015 eine Beschäftigung, während es 1991 noch 50 Prozent waren. Die rückläufigen Zahlen sind zwar teilweise darauf zurückzuführen, dass junge Menschen länger die Schule besuchen, dennoch sind im Jahr 2015 etwa 74 Millionen junge Menschen auf der Suche nach Arbeit. Weltweit liegt die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen beinahe dreimal so hoch wie bei Erwachsenen. Am schwierigsten ist 2015 die Situation in Nordafrika und Westasien, wo die Beschäftigungsquote von jungen Menschen nur halb so hoch ist wie die der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Der Anteil der Erwerbstätigen, die in extremer Armut leben, ist stark gesunken

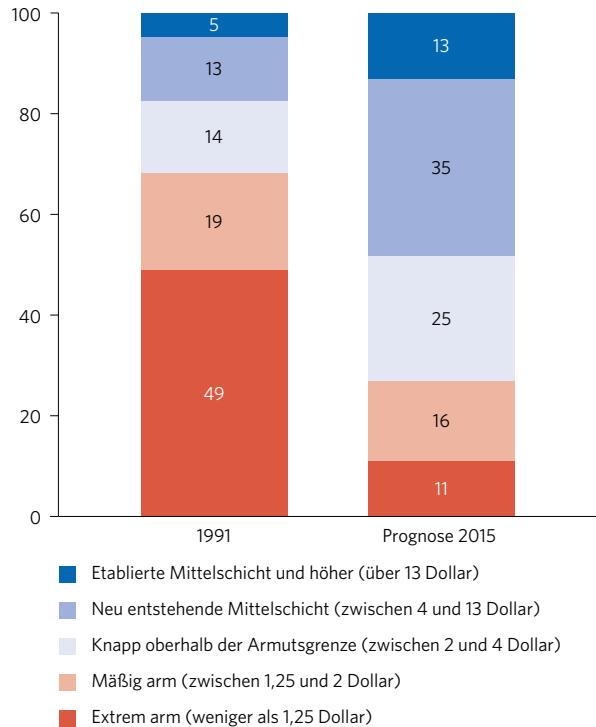
Anteil der Erwerbstätigen, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben – 1991 und 2015 (in Prozent)



Die Zahl der Erwerbstätigen, die in extremer Armut leben, ist im Verlauf der letzten 25 Jahre trotz der Weltwirtschaftskrise dramatisch zurückgegangen. 1991 lebte beinahe die Hälfte der Erwerbstätigen in den Entwicklungsregionen mit ihren Familien von weniger als 1,25 Dollar pro Person und Tag. Diese Quote ist 2015 auf 11 Prozent zurückgegangen, was einem Rückgang der Zahl der extrem armen Erwerbstätigen um zwei Drittel, von 900 Millionen im Jahr 1991 auf 300 Millionen im Jahr 2015, entspricht. Die Fortschritte sind in den Regionen jedoch ungleich. 2015 leben 80 Prozent der Erwerbsarmen in Afrika südlich der Sahara und in Südasiens.

Fast die Hälfte der Erwerbstätigen in den Entwicklungsländern gehört der Mittelschicht an

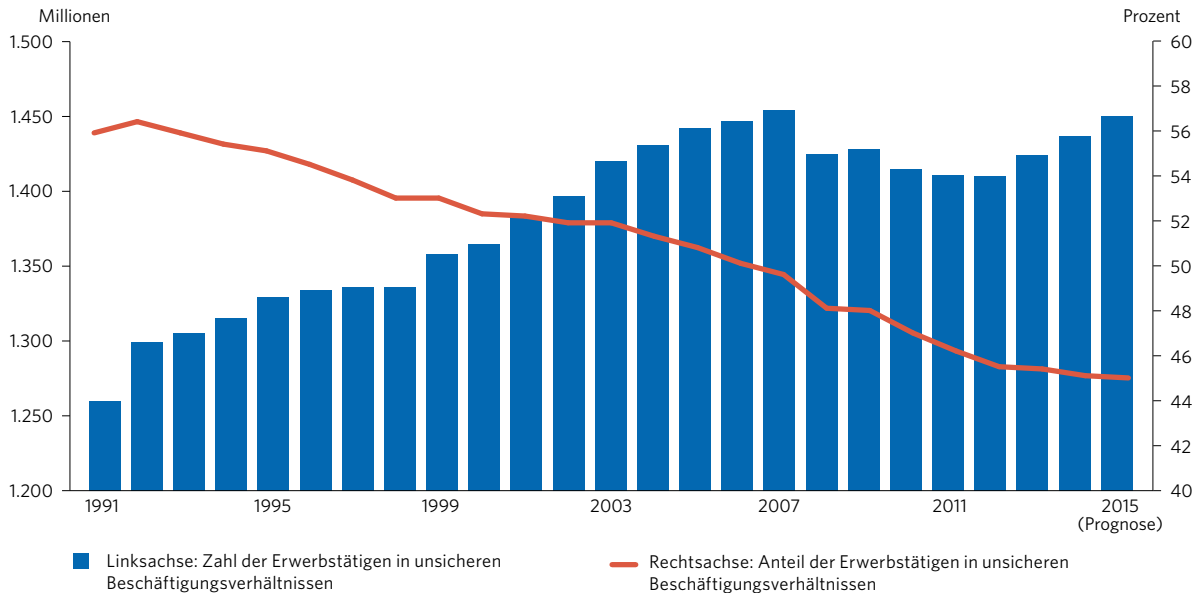
Beschäftigung nach wirtschaftlicher Klasse, Entwicklungsregionen – 1991 und 2015 (in Prozent der Gesamtbeschäftigung)



Basierend auf den fünf von der Internationalen Arbeitsorganisation definierten wirtschaftlichen Klassen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen, die der Mittelschicht angehören – d. h. von mehr als 4 Dollar pro Tag leben –, von 1991 bis 2015 fast verdreifacht. Diese Gruppe macht heute in den Entwicklungsländern fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung aus, gegenüber 18 Prozent im Jahr 1991. Das bedeutet jedoch, dass die Hälfte der Erwerbstätigen und ihre Familien immer noch von weniger als 4 Dollar pro Tag leben. Nur wenige fallen unter Sozialschutzsysteme, und sie sind ständig in Gefahr, erneut in Armut zu geraten. Es muss viel getan werden, um die Produktivität zu steigern, einen nachhaltigen Strukturwandel zu fördern und die Sozialschutzsysteme für die ärmsten und schwächsten Erwerbstätigen und ihre Familien auszubauen.

Trotz Fortschritten arbeitet fast die Hälfte der Erwerbstätigen weltweit in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen

Zahl und Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – 1991-2015



Der Anteil der Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen – definiert als Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – ist in allen Regionen weiter gesunken. Den größten Rückgang, von 71,2 Prozent im Jahr 1991 auf 39,6 Prozent 2015, hat Ostasien erzielt. Weltweit arbeiten jedoch 45 Prozent aller Erwerbstätigen in unsicheren Verhältnissen und kommen kaum in den Genuss der Vorteile einer menschenwürdigen

Arbeit. Mehr als die Hälfte der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse weltweit entfällt auf Afrika südlich der Sahara und Südasien, wo drei von vier Erwerbstätigen dieser Kategorie angehören. Die Zahl der Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ist seit 2008 aufgrund der zunehmenden Zahl von Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, und der begrenzten Möglichkeiten einer bezahlten Beschäftigung um 25 Millionen gestiegen. Heute sind es 1,45 Milliarden weltweit.

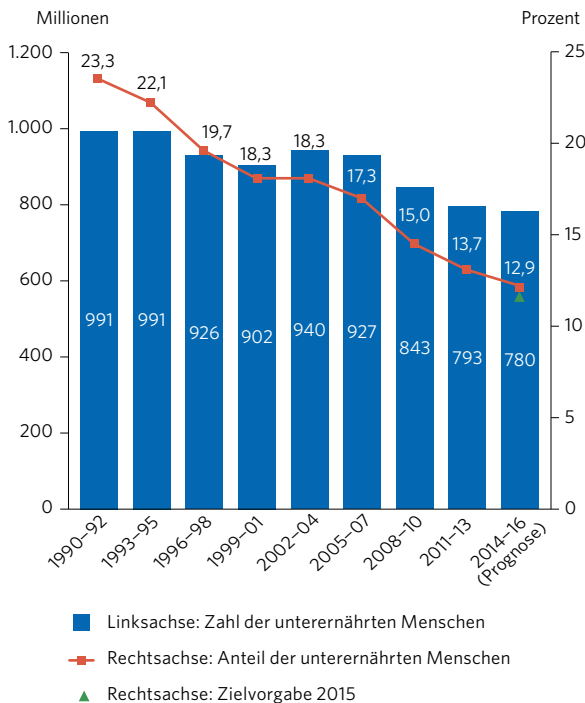


ZIELVORGABE 1.C

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Trotz schwierigen globalen Umfelds ist der Hunger zurückgegangen

Zahl und Anteil der unterernährten Menschen, Entwicklungsregionen – von 1990–1992 bis 2014–2016



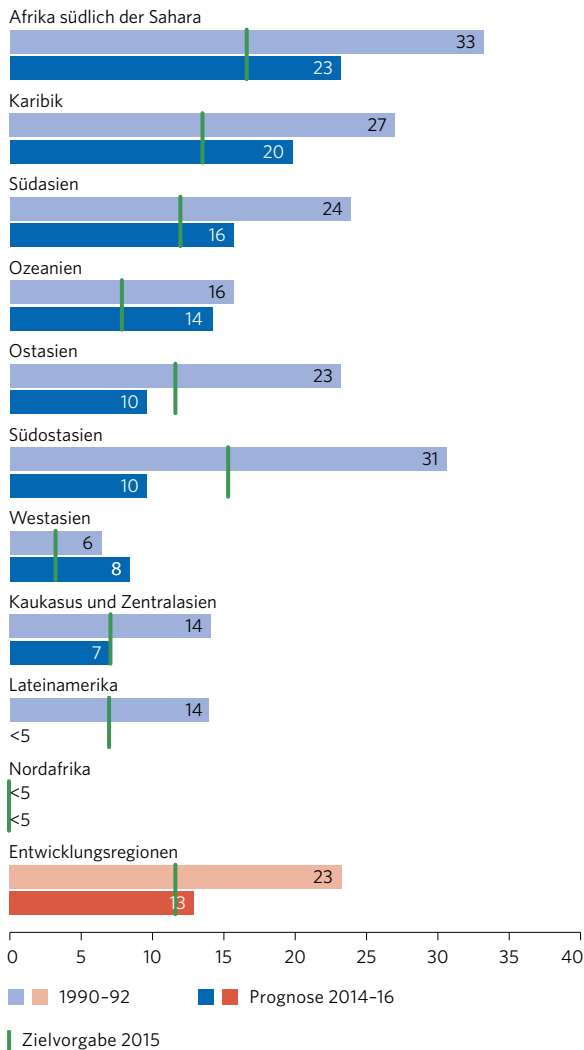
Aktuellen Schätzungen zufolge sind etwa 795 Millionen Menschen weltweit unterernährt. Demnach hat fast jeder neunte Mensch nicht genug zu essen. Die überwiegende Mehrheit davon (780 Millionen Menschen) lebt in den Entwicklungsregionen, wo Prognosen jedoch auf einen Rückgang des Anteils unterernährter Menschen um beinahe die Hälfte, von 23,3 Prozent in den Jahren 1990-1992 auf 12,9 Prozent in den Jahren 2014-2016, hindeuten. Dies kommt der Millenniums-Zielvorgabe zum Hunger sehr nahe. Der Hunger ging in den 1990er Jahren rasch, in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends langsamer und ab etwa 2008 wieder beschleunigt zurück. Die Prognosen für den jüngsten Zeitraum ergeben eine erneute Phase langsameren Fortschritts.

Der Hunger wurde trotz des schwierigen globalen Umfelds im letzten Jahrzehnt deutlich verringert. Hindernisse waren schwankende Rohstoffpreise, höhere Nahrungsmittel- und Energiepreise, steigende Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsrezessionen in den späten 1990er Jahren sowie 2008/2009. Extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen forderten Menschenleben, zerstörten Existenzgrundlagen und behinderten Fortschritte in Richtung weltweiter Ernährungssicherheit. Politische Instabilität und interne Konflikte verschlimmerten die Auswirkungen von Naturkatastrophen, was zu zahlreichen und schweren humanitären Krisen führte. Dadurch haben sich die Fortschritte bei der Verringerung der Ernährungsunsicherheit in einigen der verwundbarsten Länder und Regionen der Welt verlangsamt.



Hunger ist regional unterschiedlich verbreitet

Anteil der unterernährten Menschen – 1990–1992 und 2014–2016 (in Prozent)



Die Verringerung des Hungers variiert sehr stark von Region zu Region. Der Kaukasus und Zentralasien, Lateinamerika, Ostasien und Südostasien haben die Zielvorgabe zum Hunger erreicht, hauptsächlich durch das schnelle Wirtschaftswachstum der vergangenen 20 Jahre. Allein auf China entfallen fast zwei Drittel des gesamten Rückgangs der Zahl unterernährter Menschen in den Entwicklungsregionen seit 1990. Nordafrika hat einen Gesamtwert von unter 5 Prozent erreicht und steht somit kurz vor der Beseitigung der schweren Ernährungsunsicherheit.

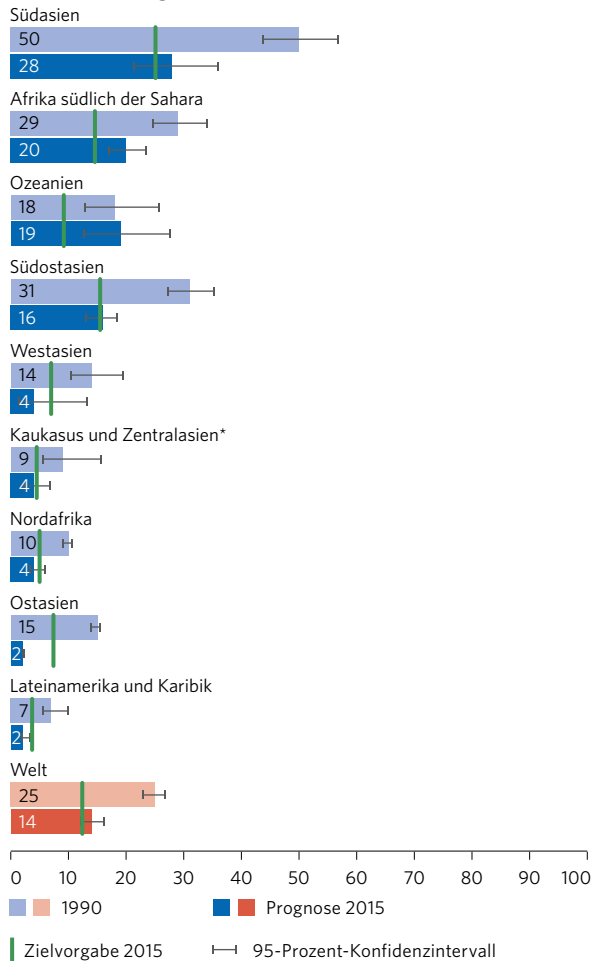
Hingegen erfolgte der Rückgang in Afrika südlich der Sahara, der Karibik, Ozeanien und Südasiens zu langsam, um die Zielvorgabe zu erreichen. Südasiens hat mit rund 281 Millionen unterernährten Menschen am meisten unter Hunger zu leiden. In Ozeanien wurden nur langsame Fortschritte erzielt, da die meisten Länder in dieser Region kleine Inseln sind, die stark von Nahrungsmittelimporten abhängen. Die Ernährungssicherung in dieser Region wird auch durch Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen erschwert, die häufig zu schwankenden Preisen und plötzlichen und unvorhersehbaren Änderungen der Verfügbarkeit wichtiger Grundnahrungsmittel führen.

In Afrika südlich der Sahara ist Prognosen für den Zeitraum 2014-2016 zufolge eine Unterernährungsrate von fast 23 Prozent zu erwarten. Während seit 1990 die Hungerrate gesunken ist, ist die Zahl der unterernährten Menschen um 44 Millionen gestiegen, eine Folge des starken Bevölkerungswachstums in der Region. Die Situation ist in den einzelnen Subregionen sehr unterschiedlich. Das nördliche, südliche und westliche Afrika haben die Zielvorgabe bereits erreicht oder stehen kurz davor. Doch in Zentralafrika werden die Fortschritte bislang durch das schnelle Bevölkerungswachstum und die fragile Umwelt sowie durch wirtschaftliche und politische Umwälzungen behindert. Die Zahl der unterernährten Menschen in der Subregion hat sich seit 1990 verdoppelt.

In Westasien entsteht ein deutlich anderes Muster. Trotz einer relativ geringen Zahl an unterernährten Menschen und schneller Fortschritte bei der Verringerung der Ernährungsunsicherheit in mehreren Ländern deuten Prognosen darauf hin, dass die Unterernährung zwischen den Zeiträumen 1990-1992 und 2014-2016 aufgrund von Krieg, inneren Unruhen und einer rasch wachsenden Flüchtlingszahl um 32 Prozent steigen wird.

Prävalenz untergewichtiger Kinder sinkt, doch nicht in allen Regionen schnell genug, um die Zielvorgabe zu erreichen

Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit mäßigem oder starkem Untergewicht – 1990 und 2015 (in Prozent)



* Die Ausgangsdaten von 1990 für Kaukasus und Zentralasien beziehen sich auf 1995, und die Zielvorgabe 2015 ist die Hälfte der Rate von 1995.

Anmerkung: Die Trendanalyse beruht auf harmonisierten Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation und der Weltbank zur Mangelernährung von Kindern.

Globalen Prognosen zufolge wurde der Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die untergewichtig sind, zwischen 1990 und 2015 fast halbiert und die Zielvorgabe möglicherweise erreicht. Doch nach wie vor sind mehr als 90 Millionen Kinder unter fünf Jahren – jedes siebte Kind weltweit – untergewichtig. Untergewicht erhöht das Risiko, dass Kinder an gewöhnlichen Infektionen sterben, es erhöht die Häufigkeit und Schwere solcher Infektionen und verlangsamt die Genesung. Auf unzureichende Ernährung in den ersten 1.000 Lebenstagen werden auch Beeinträchtigungen der kognitiven Fähigkeiten und der

Leistungsfähigkeit in der Schule und bei der Arbeit zurückgeführt. Beinahe 90 Prozent aller untergewichtigen Kinder leben 2015 in nur zwei Regionen – die Hälfte in Südasien und ein Drittel in Afrika südlich der Sahara.

Lateinamerika und die Karibik und Ostasien haben die Zielvorgabe eindeutig erreicht, Prognosen zufolge wahrscheinlich auch der Kaukasus und Zentralasien, Nordafrika, Südostasien und Westasien. Während die Prävalenz von Untergewicht in Südasien, wo 2015 noch immer rund ein Drittel der Kinder betroffen ist, am höchsten ist, verzeichnet die Region mit 22 Prozentpunkten den stärksten absoluten Rückgang seit 1990. In Afrika südlich der Sahara ist die Untergewichtsrates seit 1990 um nur ein Drittel zurückgegangen, die Zahl untergewichtiger Kinder aufgrund der wachsenden Bevölkerung sogar gestiegen.

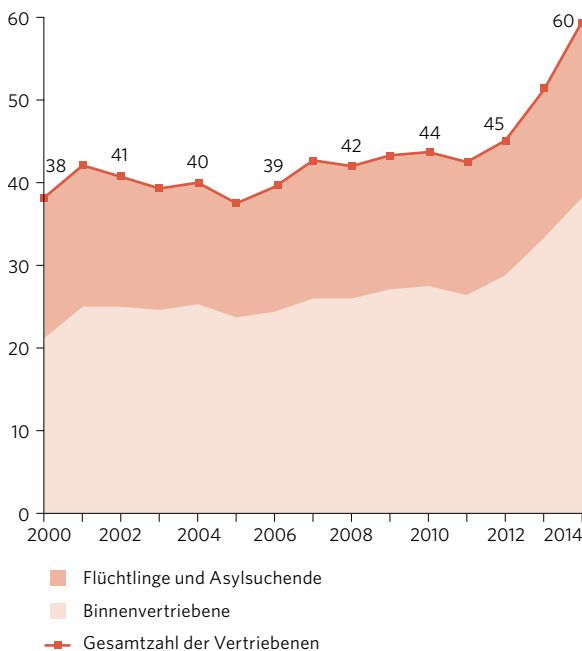
Wachstumshemmung betrifft weltweit jedes vierte Kind unter fünf Jahren, ist jedoch rückläufig

Wachstumshemmung – definiert als zu geringe Größe für das Alter des Kindes – ist ein besserer Indikator als Untergewicht für die kumulativen Auswirkungen von Unterernährung und Infektionen während des kritischen 1.000-Tage-Zeitraums, der die Schwangerschaft und die ersten beiden Lebensjahre eines Kindes umfasst. Wachstumshemmung ist häufiger als Untergewicht und betraf 2013 weltweit etwa jedes vierte Kind unter fünf Jahren oder 161 Millionen Kinder. Aufgrund dieser chronischen Form der Unterernährung sind diese Kinder durch Beeinträchtigungen ihrer kognitiven und körperlichen Entwicklung gefährdet. Die Zahl der an Wachstumshemmung leidenden Kinder ist in allen Regionen gesunken, außer in Afrika südlich der Sahara, wo sie zwischen 1990 und 2013 um rund ein Drittel stieg. Kinder, die den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung angehören, leiden mehr als doppelt so häufig an Wachstumshemmung wie diejenigen aus dem reichsten Quintil.

Wachstumshemmung und andere Formen von Mangelernährung lassen sich durch bewährte Maßnahmen eindämmen, darunter eine bessere Ernährung der Mütter, insbesondere vor, während und unmittelbar nach der Schwangerschaft, frühes und ausschließliches Stillen sowie die rechtzeitige Gabe unbedenklicher, geeigneter und hochwertiger Zusatznahrung für Säuglinge, begleitet von geeigneten Mikronährstoffgaben.

Konflikte zwangen fast 60 Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen

**Zahl der Vertriebenen – 2000–2014
(in Millionen)**



2014 erlebte die Welt Konflikte, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, die zur massenhaften Vertreibung von Menschen innerhalb oder über die Grenzen ihrer Heimatländer führten. Im Jahresverlauf zwangen Konflikte, unter anderem in Irak, Nigeria, Pakistan, Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo, der Arabischen Republik Syrien und der Ukraine, durchschnittlich 42.000 Menschen pro Tag dazu, ihre Heimatorte zu verlassen und anderswo Schutz zu suchen. Gegenüber 11.000 Menschen nur vier Jahre zuvor ist dies ein Anstieg um beinahe das Vierfache.

Ende 2014 gab es weltweit knapp 60 Millionen Vertriebene, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Wären diese Menschen eine Nation, stünde ihr Land der Größe nach an vierundzwanzigster Stelle in der Welt. Rund ein Drittel davon waren Flüchtlinge oder Asylsuchende, einschließlich 14,4 Millionen Personen, die unter die Zuständigkeit des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fielen, und 5,1 Millionen palästinensischer Flüchtlinge, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten registriert waren. Darüber hinaus warteten Ende 2014 beinahe 1,8 Millionen Menschen auf eine Entscheidung über ihre Asylanträge. Und mehr als 38 Millionen Menschen waren innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes Vertriebene.

90 Prozent der Flüchtlinge unter der Obhut des UNHCR befinden sich in den Entwicklungsregionen. Vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent. Ende 2014 kamen die meisten Flüchtlinge aus der Arabischen Republik Syrien (3,9 Millionen), Afghanistan (2,6 Millionen) und Somalia (1,1 Millionen). Zusammen machten sie mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge unter der Obhut des UNHCR aus.

Nach den verfügbaren Erkenntnissen machten Kinder 2014 die Hälfte der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung unter der Obhut des UNHCR aus – der höchste Anteil in zehn Jahren. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Flüchtlingskinder mit Unterbrechungen gestiegen, wobei sie 2009 mit 41 Prozent auf dem tiefsten Stand war. Dieser Anstieg ist in erster Linie der steigenden Zahl afghanischer, somalischer und syrischer Flüchtlingskinder geschuldet.

Die Beseitigung von Armut und Hunger ist für die Post-2015-Entwicklungsagenda von zentraler Bedeutung

Auch wenn die Millenniums-Zielvorgaben der Halbierung des Anteils der Menschen, die in extremer Armut leben und Hunger leiden, erreicht oder fast erreicht wurden, ist die Welt noch weit von dem Ziel der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers entfernt. 2015 leben noch immer rund 825 Millionen Menschen in extremer Armut und leiden 800 Millionen Hunger. Die Beseitigung von Armut und Hunger steht bei der Post-2015-Entwicklungsagenda weiterhin im Zentrum.

Es wird schwierig werden, die extreme Armut und den Hunger, die es noch gibt, zu beseitigen. Viele der Menschen, die am meisten leiden, leben in instabilen Situationen und abgelegenen Gebieten. Zugang zu guten Schulen, Gesundheitsversorgung, Elektrizität, einwandfreiem Wasser und anderen wichtigen Diensten bleibt vielen Menschen weiterhin verwehrt und hängt häufig vom sozioökonomischen Status, dem Geschlecht, der ethnischen Zugehörigkeit oder geografischen Gegebenheiten ab. Für diejenigen, die der Armut entkommen konnten, ist der Fortschritt oft unsicher und vorübergehend; wirtschaftliche Schocks, Ernährungsunsicherheit und Klimawandel drohen ihnen das so mühsam Erarbeitete wieder zu nehmen.

Die Post-2015-Entwicklungsagenda wird an der Stelle weitermachen, an der die Millenniums-Entwicklungsziele aufgehört haben. Die verbleibenden Defizite müssen behoben werden, um Armut und Hunger zu beseitigen und ein dauerhaftes und alle Seiten einschließendes Wirtschaftswachstum zu fördern, sodass die Menschen überall gut leben können.

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Auf einen Blick

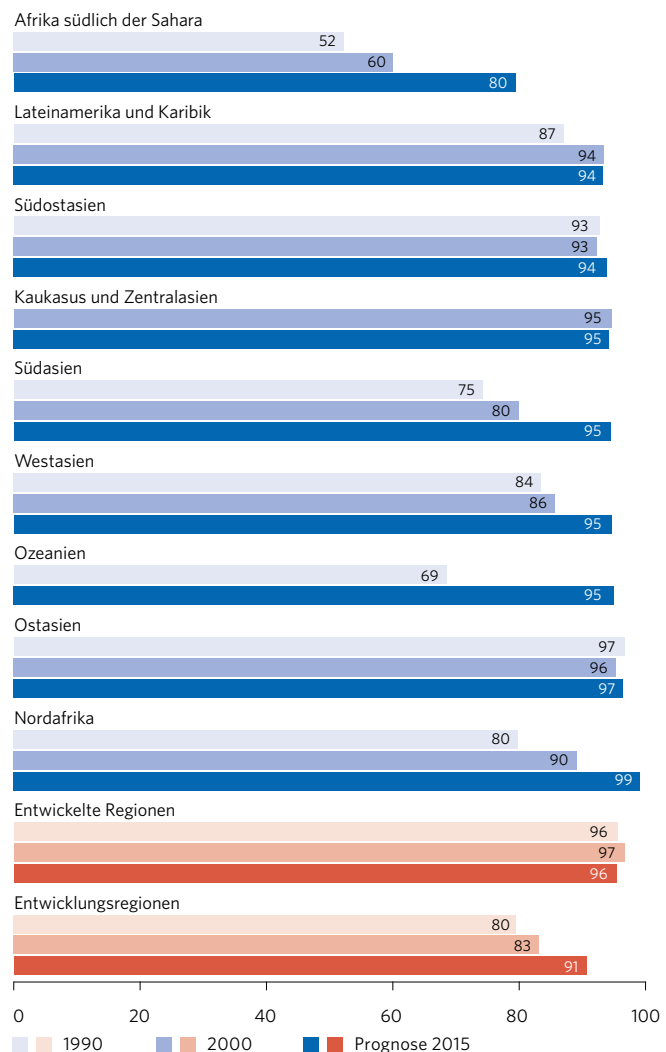
- ▶ In den Entwicklungsregionen stieg die Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich zwischen 2000 und 2015 von 83 auf schätzungsweise 91 Prozent.
- ▶ Im selben Zeitraum sank die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, weltweit fast um die Hälfte, von 100 auf schätzungsweise 57 Millionen.
- ▶ 2012 besuchten in Afrika südlich der Sahara 149 Millionen Kinder die Grundschule, mehr als doppelt so viele wie 1990 (62 Millionen).
- ▶ In den Entwicklungsregionen besuchen die Kinder aus den ärmsten Haushalten viermal häufiger keine Schule als die aus den reichsten.
- ▶ Der Alphabetisierungsgrad bei 15- bis 24-Jährigen stieg zwischen 1990 und 2015 weltweit von 83 auf 91 Prozent.

ZIELVORGABE 2.A

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Überall auf der Welt besuchen heute weitaus mehr Kinder die Grundschule als 2000

Bereinigte Netto-Bildungsbeteiligungsquote* im Grundschulbereich – 1990, 2000 und 2015 (in Prozent)



* Definiert als die Zahl der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im offiziellen Grundschulalter, ausgedrückt in Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine Daten für 2000 vor.

Für den Kaukasus und Zentralasien liegen keine Daten für 1990 vor.

Die Bildungsbeteiligung konnte seit 1990 und insbesondere seit der Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele 2000 beträchtlich erhöht werden. Dennoch besuchen in einigen Entwicklungsländern viele Kinder im Grundschulalter keine Schule oder schließen die Grundschule nicht ab.

Die Fortschritte seit 1990 waren ungleichmäßig: Zwischen 1990 und 2000 stieg die bereinigte Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich in den Entwicklungsregionen nur von 80 auf 83 Prozent. Nach 2000 verbesserte sie sich rascher und lag 2007 bei 90 Prozent. Nach 2007 erlahmten die Fortschritte, und die Quote ist seither nicht wesentlich gestiegen. Extrapoliert man die Trends zwischen 2007 und 2012, so wird 2015 wohl noch immer fast ein Zehntel der Kinder im Grundschulalter keine Schule besuchen.

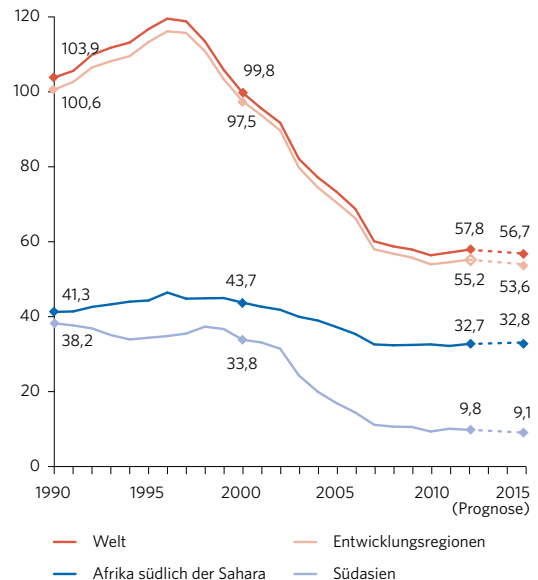
Die allgemeine Grundschulbildung gilt häufig dann als erreicht, wenn die Schulbesuchsquote mindestens 97 Prozent beträgt. Daran gemessen ist die allgemeine Grundschulbildung in Ostasien und Nordafrika ganz oder beinahe verwirklicht, und in allen Regionen außer Afrika südlich der Sahara liegt das Ziel in greifbarer Nähe.

Afrika südlich der Sahara sieht sich gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Dazu gehören das rasante Wachstum der Bevölkerung im Grundschulalter, das zwischen 1990 und 2015 86 Prozent betrug, die hohen Armutsquoten, bewaffnete Konflikte und andere Notsituationen. Dennoch konnte Afrika südlich der Sahara die Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich mehr als alle anderen Entwicklungsregionen steigern, nämlich von 52 Prozent im Jahr 1990 auf 78 Prozent im Jahr 2012. Die absolute Zahl der Grundschüler der Region hat sich in diesem Zeitraum mit einem Anstieg von 62 auf 149 Millionen mehr als verdoppelt.



Nur etwa halb so viele Kinder wie im Jahr 2000 besuchen keine Schule

Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, ausgewählte Regionen – 1990–2015 (in Millionen)



Weltweit ist die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, seit 1990 erheblich zurückgegangen, jedoch nicht rasch genug, um bis 2015 die allgemeine Grundschulbildung zu verwirklichen. Derzeit besuchen schätzungsweise 57 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule (2000 waren es noch 100 Millionen). Davon leben 33 Millionen in Afrika südlich der Sahara, und mehr als die Hälfte (55 Prozent) sind Mädchen.

Nach Schätzungen von 2012 werden weltweit 43 Prozent der Kinder, die derzeit keine Schule besuchen, nie zur Schule gehen. Die Unterschiede zwischen den Regionen sind allerdings gravierend. In Südasien liegt dieser Anteil schätzungsweise bei 57 Prozent, in Afrika südlich der Sahara hingegen bei 50 Prozent. Auch das Geschlecht ist ein wichtiger Faktor. Fast die Hälfte aller Mädchen (48 Prozent), aber nur 37 Prozent der Jungen, die jetzt keine Schule besuchen, werden dies wohl auch in Zukunft nicht tun. Jungen hingegen brechen häufiger die Schule ab.

In konfliktbetroffenen Ländern stieg der Anteil der Kinder, die keine Schule besuchen, von 30 Prozent im Jahr 1999 auf 36 Prozent im Jahr 2012. Besonders stark ist dieser besorgniserregende Trend in Nordafrika (mit einem Anstieg von 28 auf 49 Prozent) und in Südasien (von 21 auf 42 Prozent). Jüngere Konfliktausbrüche sind in diesen Schätzwerten vielfach nicht erfasst. So hat in Westasien der anhaltende Konflikt in der Arabischen Republik Syrien verheerende Auswirkungen auf die

Bildung der Kinder. Daten des syrischen Bildungsministeriums zufolge sank die Bildungsbeteiligungsquote in den Klassenstufen 1 bis 12 im 2013 abgelaufenen Schuljahr um 34 Prozent. Für syrische Flüchtlingskinder im Grundschul- und frühen Sekundarschulalter (6 bis 14 Jahre) in Libanon wird diese Quote auf etwa 12 Prozent geschätzt.

Bei der Bildungsbeteiligung im Grundschulbereich bestehen nach wie vor große Disparitäten, und die ärmsten und am stärksten benachteiligten Kinder tragen die schwerste Last

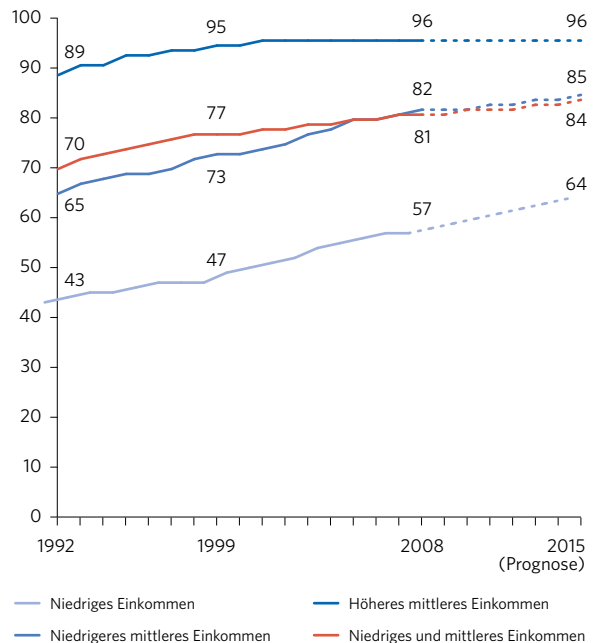
Das Haushaltsvermögen bestimmt weiter zu einem erheblichen Grad, ob ein Kind zur Schule geht. So zeigen Daten aus Erhebungen in 63 Entwicklungsländern für 2008-2012, dass Kinder aus den ärmsten Haushalten mit viermal höherer Wahrscheinlichkeit keine Schule besuchen als Kinder aus den reichsten Haushalten. Genauer gesagt besuchten 21,9 Prozent der Kinder im Grundschulalter aus dem ärmsten, jedoch nur 5,5 Prozent aus dem reichsten Fünftel der Haushalte keine Schule.

Aus diesen Daten geht auch hervor, dass die Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Wohnorten über alle Länder hinweg fortbestehen. Im Durchschnitt besuchten die Kinder in ländlichen Gebieten mit 16 Prozent doppelt so häufig keine Schule wie die in städtischen Gebieten (8 Prozent). Einige Länder sind jedoch bei der Bildungsbeteiligung der am stärksten marginalisierten Kinder erheblich vorangekommen. So zeigen jüngste Studien, dass 2001 nur 40 Prozent der Mädchen aus armen ländlichen Haushalten in der Demokratischen Republik Kongo die Schule besuchten, während es 2013 fast 70 Prozent waren.

Auch eine Behinderung ist ein großes Hindernis für den Bildungszugang. So besuchen in Indien mehr als ein Drittel der 6- bis 13-jährigen Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen keine Schule. Das Land hat jedoch bemerkenswerte Anstrengungen zugunsten einer inklusiveren Bildung unternommen, beispielsweise durch das Gesetz über das Recht auf Bildung und die Zuweisung von Mitteln für schulische Infrastruktur und Lehrerfortbildung.

In Ländern mit niedrigerem Einkommen schließen jetzt mehr Kinder die Grundschule ab

Abschlussquote im Grundschulbereich, Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen – 1992-2015 (in Prozent)



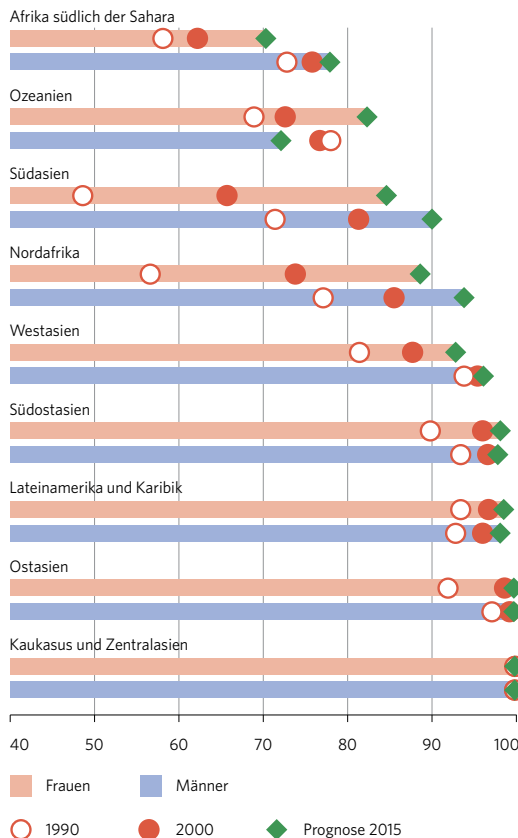
Anmerkung: Die Altersgruppe, für die die Abschlussquote gemeldet wird, unterscheidet sich von Land zu Land je nach dem offiziellen Eintrittsalter in die letzte Klassenstufe der Grundschule, liegt jedoch in etwa bei 14 bis 16 Jahren (drei bis fünf Jahre über dem offiziellen Abschlussalter für die Grundschule). Die Analyse beruht auf Angaben aus 72 Ländern, in denen 86 Prozent der Bevölkerung der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen leben.

In den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist Erhebungen zufolge der Anteil der Jugendlichen im Alter von etwa 14 bis 16 Jahren, die die Grundschule abgeschlossen haben, von 70 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf 81 Prozent im Jahr 2008 gestiegen und wird 2015 voraussichtlich 84 Prozent betragen. Das heißt jedoch auch, dass 2015 in diesen Ländern noch immer ein Sechstel der Jugendlichen – fast 100 Millionen – die Grundschule nicht abschließt.

Ebenso besorgniserregend sind die erheblichen Disparitäten beim Grundschulabschluss zwischen armen und reichen Kindern. Erhebungsdaten für 2007-2013 aus 73 Entwicklungsländern zeigen, dass die Jugendlichen aus den ärmsten Haushalten mit mehr als fünfmal höherer Wahrscheinlichkeit als die aus den reichsten Haushalten die Grundschule nicht abschließen (34,4 Prozent aus dem ärmsten Fünftel gegenüber 6,5 Prozent aus dem reichsten Fünftel).

Seit 1990 ist das Geschlechtergefälle bei der Alphabetisierung der Jugend gesunken, und ein höherer Anteil aller Jugendlichen kann lesen und schreiben

Alphabetenquote bei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren nach Geschlecht und Region – 1990, 2000 und 2015 (in Prozent)



Seit den 1990er Jahren ist das Alphabetisierungsniveau bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen weltweit langsam, aber stetig gestiegen, und das Gefälle zwischen Männern und Frauen hat abgenommen. Der Alphabetisierungsgrad bei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren stieg zwischen 1990 und 2010 weltweit von 83 auf 89 Prozent. Dieser Anstieg war hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass jüngere Generationen häufiger die Grund- und Sekundarschule besuchten.

Nach Prognosen, die auf historischen Trends beruhen, werden Ende 2015 91 Prozent der Jugendlichen lesen und schreiben können. Der Alphabetisierungsgrad wird für junge Männer auf 93 Prozent, für junge Frauen auf 90 Prozent geschätzt. Damit sind 2015 noch immer schätzungsweise 103 Millionen Jugendliche (22 Millionen weniger als 2010) Analphabeten.

Nordafrika und Südasien verzeichneten die größten Verbesserungen bei der Alphabetisierung der Jugend, insbesondere bei jungen Frauen. Auch Afrika südlich der Sahara konnte den Alphabetisierungsgrad bei Jugendlichen in den letzten 20 Jahren erheblich steigern. Dort liegt jedoch der Anteil der jungen Frauen und Männer, die lesen und schreiben können, niedriger als in jeder anderen Region.

Der Rückstand im Bildungsbereich muss in der Post-2015-Entwicklungsagenda einen hohen Stellenwert einnehmen

Trotz der enormen Fortschritte der vergangenen 15 Jahre muss die Weltgemeinschaft in der Zeit nach 2015, in der sie sich auch die allgemeine Sekundarschulbildung zum Ziel setzt, der allgemeinen Grundschulbildung erneute Aufmerksamkeit widmen. Nach den Erfahrungen mit den Millenniumszielen müssen die Maßnahmen auf die Bedürfnisse bestimmter Gruppen von Kindern – insbesondere Mädchen sowie Kindern, die Minderheiten und nomadischen Gemeinschaften angehören, Kinderarbeit verrichten oder mit Behinderungen, in Konfliktsituationen oder in städtischen Slums leben – zugeschnitten werden. Zudem muss in die Bildungsqualität investiert und eine nachhaltige Finanzierung gewährleistet werden.

Stillstand im Bildungsbereich hat tiefgreifende Folgen für die Kinder und Jugendlichen, die keine Schule besuchen können. Beim Blick über 2015 hinaus gilt es, die Ursachen der begrenzten Fortschritte bei der Alphabetisierung der Jugend in einigen Teilen der Welt zu überdenken und anzugehen. Auch müssen neue Wege gefunden werden, um direkt zu bewerten, ob Kinder die gelehrtten Fertigkeiten beherrschen und ob ihnen die Fertigkeiten vermittelt werden, die sie im 21. Jahrhundert benötigen.

Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Auf einen Blick

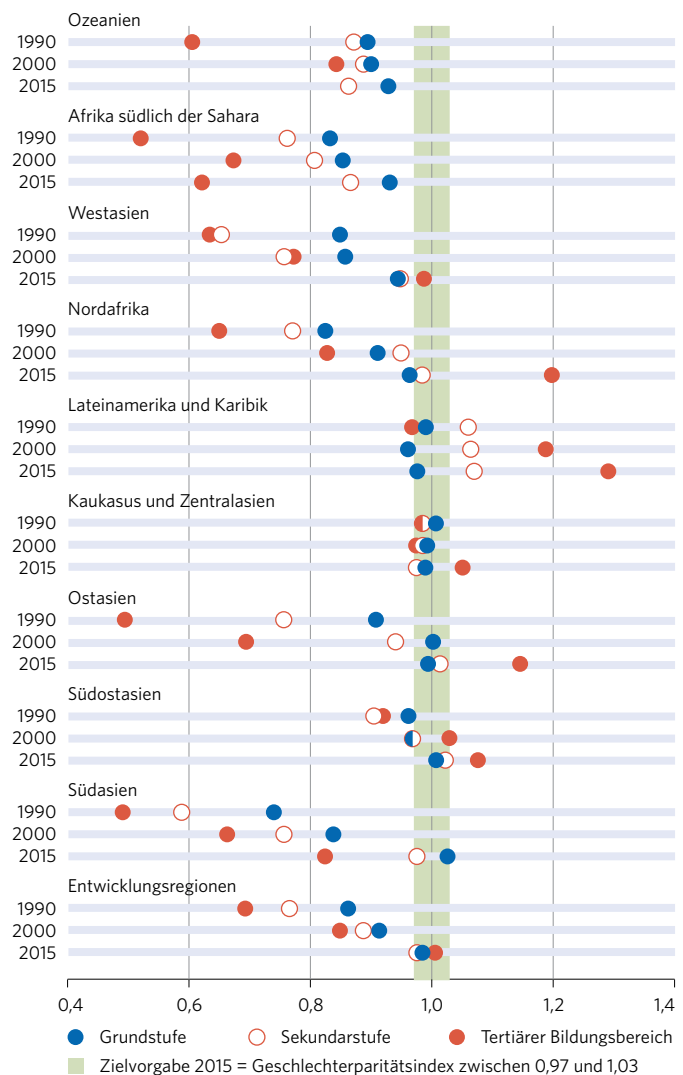
- ▶ Rund zwei Drittel der Länder in den Entwicklungsregionen haben Geschlechterparität in der Grundschulbildung erreicht.
- ▶ Weltweit nehmen etwa drei Viertel der Männer, aber nur die Hälfte der Frauen im erwerbsfähigen Alter am Erwerbsleben teil.
- ▶ Frauen machen heute 41 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft aus, 1990 waren es 35 Prozent.
- ▶ Der durchschnittliche Frauenanteil in Parlamenten hat sich in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt, aber noch ist nur jedes fünfte Mitglied eine Frau.

ZIELVORGABE 3.A

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Mehrheit der Regionen hat Geschlechterparität in der Grundschulbildung erreicht, doch auf höheren Bildungsebenen bestehen noch Unterschiede

Geschlechterparitätsindex* für die Brutto-Bildungsbeteiligungsquote in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich, Entwicklungsregionen – 1990, 2000 und 2015



* Der Geschlechterparitätsindex ist definiert als das Verhältnis weiblich/männlich bei der Brutto-Bildungsbeteiligungsquote für jede Bildungsstufe.

Anmerkungen: Bei den Daten für 2015 handelt es sich um Prognosen. Die Daten für 1990 für den Kaukasus und Zentralasien beziehen sich auf 1993. Für die Grundstufe und den tertiären Bereich in Ozeanien liegen keine Prognosen für 2015 vor. Für die Grundstufe wurden Daten von 2012 verwendet.

Die Bildung von Frauen und Mädchen hat positive Multiplikatorwirkung auf alle Entwicklungsbereiche. Infolge nationaler und internationaler Anstrengungen und der Kampagne für die Millenniumsziele besuchen heute viel mehr Mädchen eine Schule als vor 15 Jahren. Das Geschlechtergefälle hat sich seit 2000 auf allen Bildungsebenen erheblich verringert. Die Entwicklungsregionen als Ganzes haben die Zielvorgabe erreicht, das Gefälle auf allen Bildungsebenen zu beseitigen: 2015 liegt der Geschlechterparitätsindex in der Grund- und Sekundarstufe bei 0,98 und im tertiären Bildungsbereich bei 1,01 (akzeptierte Marge für Geschlechterparität: 0,97 bis 1,03). Bei aggregierten Werten können sich jedoch Disparitäten zugunsten beider Geschlechter gegenseitig aufheben, und die Unterschiede zwischen Regionen und Ländern sind weiter groß.

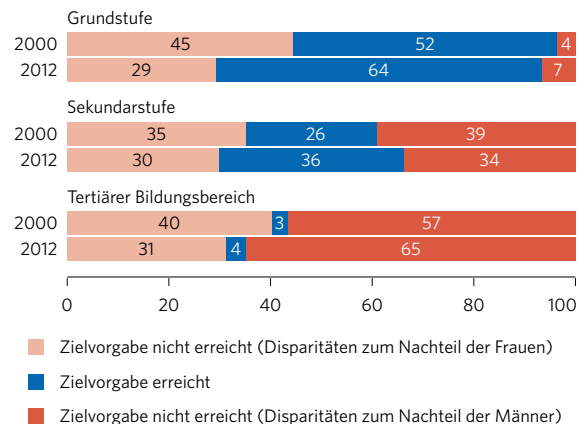
In der Grundschulbildung verbesserte sich die Lage am deutlichsten. Fünf der neun Entwicklungsregionen haben Parität erreicht: Kaukasus und Zentralasien, Lateinamerika und die Karibik, Ostasien, Südasien und Südostasien. Die größten Fortschritte erzielte Südasien, wo der Geschlechterparitätsindex von 0,74 – dem niedrigsten Ausgangswert aller Regionen 1990 – auf 1,03 im Jahr 2015 stieg. Die Disparitäten haben auch in Afrika südlich der Sahara, Nordafrika und Westasien erheblich abgenommen. Insgesamt hatten 64 Prozent der Länder in den Entwicklungsregionen, die nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten vorlegten, 2012 Geschlechterparität in der Grundschulbildung erreicht. Mehr als die Hälfte der Länder, denen dies nicht gelungen war (56 Prozent), liegen in Afrika südlich der Sahara.

In der Sekundarschulbildung haben 2015 der Kaukasus und Zentralasien, Nordafrika, Ostasien, Südasien und Südostasien Geschlechterparität erreicht. In Afrika südlich der Sahara, Ozeanien und Westasien sind Mädchen,

in Lateinamerika und der Karibik Jungen benachteiligt. 2012 hatten 36 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, in den Entwicklungsregionen Geschlechterparität in der Sekundarschulbildung erreicht.

Die größten Disparitäten bestehen im tertiären Bildungsbereich, in dem nur eine Entwicklungsregion, Westasien, die Zielvorgabe erreicht hat. Die stärksten Unterschiede zum Nachteil der Frauen verzeichnen Afrika südlich der Sahara und Südasien, zum Nachteil der Männer Ostasien, Nordafrika und Lateinamerika und die Karibik. 2012 hatten nur 4 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, in den Entwicklungsregionen die Zielvorgabe in diesem Bereich erreicht.

Verteilung der Länder* in den Entwicklungsregionen nach Stand der Verwirklichung der Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich – 2000 und 2012 (in Prozent)

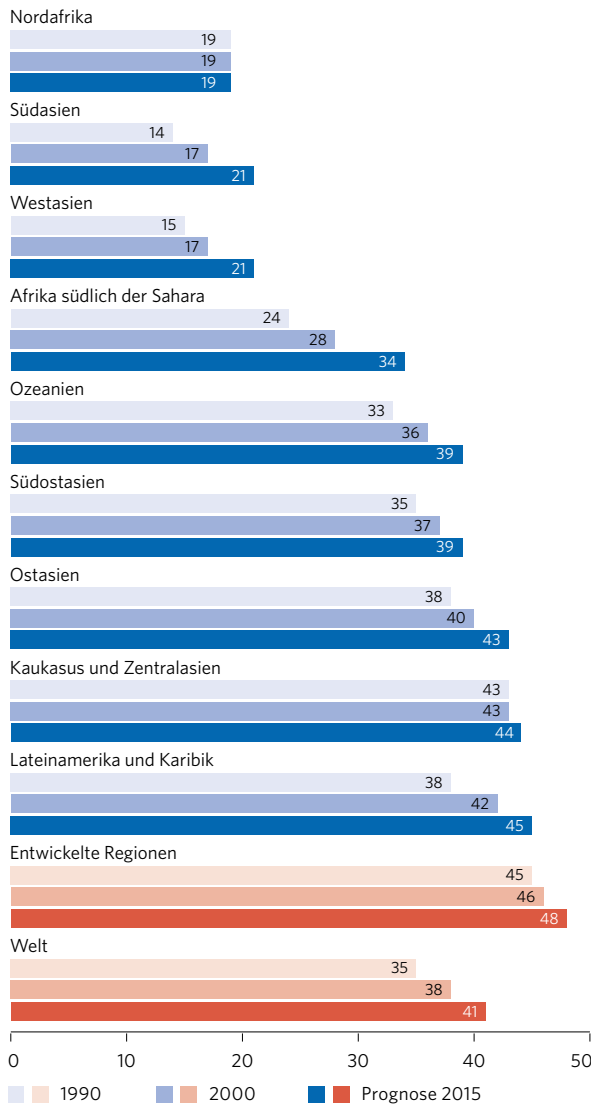


* Beruhend auf den verfügbaren Daten für 164 Länder oder Hoheitsgebiete für die Grundstufe, 148 für die Sekundarstufe und 122 für den tertiären Bildungsbereich.



Zugang von Frauen zu Erwerbstätigkeit wächst, bleibt jedoch in manchen Regionen gering

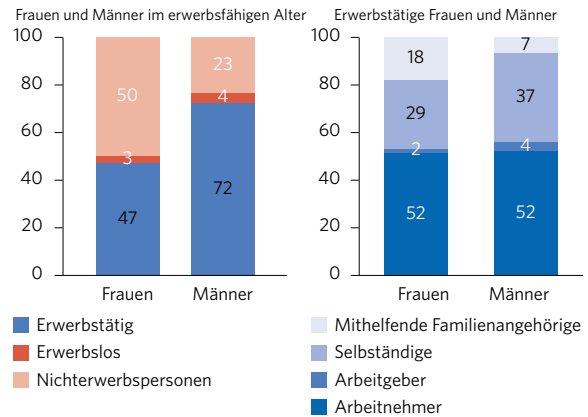
Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990, 2000 und 2015 (in Prozent)



In den letzten 25 Jahren ist der Anteil der Frauen an der Erwerbstätigkeit weiter, wenn auch langsam, gestiegen, im nichtlandwirtschaftlichen Sektor von 35 Prozent im Jahr 1990 auf 41 Prozent 2015. Von 1991 bis 2015 ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen (als mithelfende Familienangehörige oder Selbständige) von 59 auf 46 Prozent gesunken. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse von Männern sind von 53 auf 44 Prozent zurückgegangen.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weiter benachteiligt

Verteilung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter (15 Jahre und älter) nach Beteiligung am Erwerbsleben und von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Stellung im Erwerbsleben – 2015 (in Prozent)



Anmerkung: Bei den Daten für 2015 handelt es sich um Prognosen. Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe der Prozentanteile in den Grafiken nicht immer 100.

Trotz bemerkenswerter Fortschritte von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen noch immer deutlich weniger am Erwerbsleben beteiligt als Männer. 2015 gehören rund 50 Prozent der Frauen, aber 77 Prozent der Männer im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahren) der Erwerbsbevölkerung an.

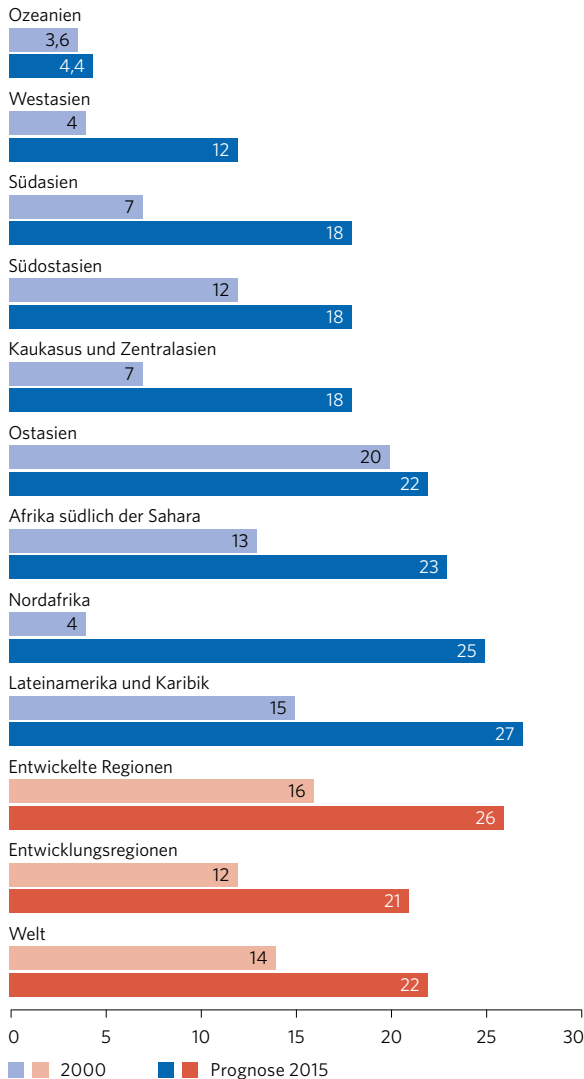
Auch wenn Frauen im Bereich Bildung vorangekommen sind, ist der Übergang zur Erwerbstätigkeit für sie schwieriger, und sie verdienen weltweit 24 Prozent weniger als Männer, wobei die größten Disparitäten in Südasiens (33 Prozent) und Afrika südlich der Sahara (30 Prozent) bestehen. In 79 von 92 Ländern, aus denen nach Bildungsniveau aufgeschlüsselte Daten für 2012–2013 vorliegen, liegt diese Quote für Frauen mit höherer Bildung über der von Männern mit vergleichbarem Bildungsstand.

Besonders gering ist die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben mit einer Quote von einem Viertel bis einem Drittel der Quote der Männer noch immer in Nordafrika, Südasiens und Westasiens. Haushaltspflichten und kulturelle Einschränkungen hindern Frauen an der Erwerbstätigkeit und begrenzen ihre Verdienstmöglichkeiten.

Frauen arbeiten häufiger als Männer als mithelfende Familienangehörige, die keine oder nur geringe finanzielle Sicherheit oder Sozialleistungen genießen. 2015 liegt ihr Anteil an den erwerbstätigen Frauen bei 18 Prozent gegenüber 7 Prozent bei den Männern. Frauen sind seltener als Selbständige tätig.

Politische Vertretung der Frauen steigt, aber Parität bleibt ein fernes Ziel

Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten (Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2015 (in Prozent)



Seit 1995, als die Aktionsplattform von Beijing über die Ermächtigung der Frauen verabschiedet wurde, hat sich der durchschnittliche Frauenanteil in den Parlamenten weltweit nahezu verdoppelt, von 11 Prozent im Jahr 1995 auf 22 Prozent im Januar 2015. Frauen haben in den Parlamenten in beinahe 90 Prozent der 174 Länder, aus denen Daten für 1995-2015 vorliegen, an Boden gewonnen. Die Zahl der Einkammerparlamente oder Unterhäuser, in denen Frauen mehr als 30 Prozent der Sitze innehaben, ist von 5 auf 42, die Zahl derer, in denen sie mehr als 40 Prozent innehaben, von 1 auf 13 gestiegen. Im Januar 2015 hatten Frauen in vier Ländern mehr als

50 Prozent der Parlamentssitze inne, und in Ruanda sind mehr als 60 Prozent der Parlamentsmitglieder Frauen.

Diese Erfolge sind nun auch gleichmäßiger auf die Regionen verteilt. 1995 belegte Europa im Hinblick auf den Frauenanteil in Parlamenten die ersten zehn Plätze im Weltvergleich. Im Januar 2015 lagen vier der zehn erstplatzierten Länder in Afrika südlich der Sahara und je drei auf dem amerikanischen Kontinent und in Europa. Die größten Fortschritte bei der Vertretung der Frauen in den letzten 20 Jahren waren in Ruanda mit einem Anstieg von 60 Prozentpunkten, in Andorra mit 46 Prozentpunkten und in Bolivien mit 42 Prozentpunkten zu verzeichnen. Die Zahl der Parlamente, denen nur Männer angehören, ist von 10 auf 5 gesunken.

Durch Wahlquoten in mehr als 120 Ländern wurde dieser Erfolg gestärkt. Eine deutliche Verlangsamung der Fortschritte seit 2014 könnte jedoch darauf hindeuten, dass die „Schnellspur“-Wirkung von Geschlechterquoten ihren Höhepunkt erreicht hat. Daher sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, um die politische Ermächtigung der Frauen voranzubringen.

Im Hinblick auf Führungspositionen gab es nur langsame Fortschritte. Lediglich 16 Prozent der Parlamentspräsidenten sind Frauen, während Frauen 18 Prozent aller Ministerposten der Welt besetzen, eine Steigerung um nur 4 Prozentpunkte seit 2005.

Die tieferen Ursachen der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern müssen behoben werden

Auch wenn in den letzten 20 Jahren große Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Mädchen in den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit und politische Vertretung erzielt wurden, gibt es nach wie vor viele Defizite, besonders in Bereichen, die im Rahmen der Millenniumsziele nicht behandelt wurden. Um die universale Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen zu erreichen, ist es entscheidend, die Schlüsselbereiche der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern anzugehen, darunter die geschlechtsspezifische Diskriminierung im Gesetz und in der Praxis, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ungleiche Chancen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, die ungleiche Aufteilung unbezahlter Pflege- und Hausarbeit, die begrenzte Verfügungsgewalt von Frauen über Vermögen und Eigentum und die ungleiche Teilhabe an den privaten und öffentlichen Entscheidungsprozessen. Geschlechterperspektiven sollten in alle Ziele der Post-2015-Entwicklungsagenda voll integriert werden.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

Auf einen Blick

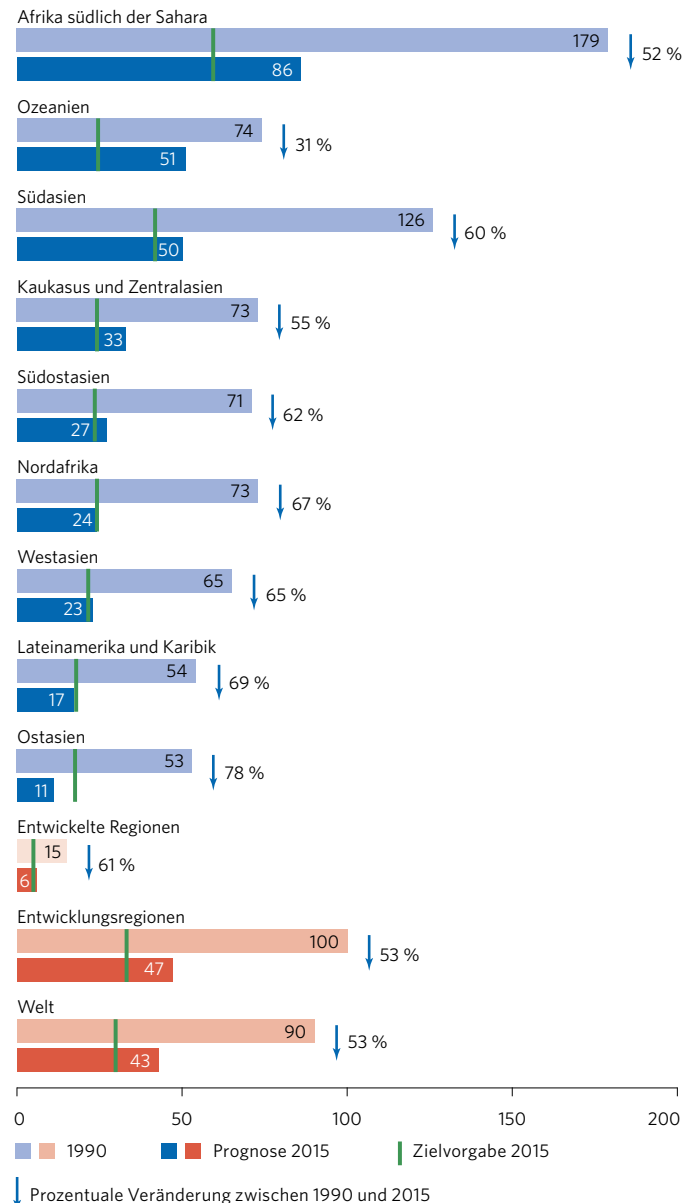
- ▶ Zwischen 1990 und 2015 sank die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren weltweit um mehr als die Hälfte, von 90 auf 43 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten.
- ▶ Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Rate des Rückgangs der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren weltweit mehr als verdreifacht.
- ▶ Mithilfe von Masernimpfungen wurden zwischen 2000 und 2013 fast 15,6 Millionen Sterbefälle vermieden.
- ▶ Etwa 84 Prozent der Kinder weltweit erhielten 2013 mindestens eine Dosis Masern-Lebendimpfstoff.
- ▶ Auch 2015 sterben täglich 16.000 Kinder unter fünf Jahren an zumeist vermeidbaren Ursachen. Das Überleben von Kindern muss in der Post-2015-Entwicklungsagenda das zentrale Anliegen bleiben.

ZIELVORGABE 4.A

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Kindersterblichkeit wurde deutlich gesenkt, doch noch mehr Sterbefälle können vermieden werden

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren – 1990 und 2015 (Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten)



Anmerkung: Die prozentualen Veränderungen wurden anhand nicht gerundeter Zahlen berechnet.

Die drastische Senkung vermeidbarer Kindersterbefälle in den vergangenen 25 Jahren ist eine der beachtlichsten Leistungen der Menschheitsgeschichte. Vorläufigen Schätzungen zufolge sank die weltweite Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2015 um mehr als die Hälfte, von 90 auf 43 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten. Damit starben 2015 knapp 6 Millionen Kinder unter fünf Jahren, während es 1990 noch 12,7 Millionen waren. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren ist in allen Regionen außer Ozeanien um 50 Prozent oder mehr gefallen.

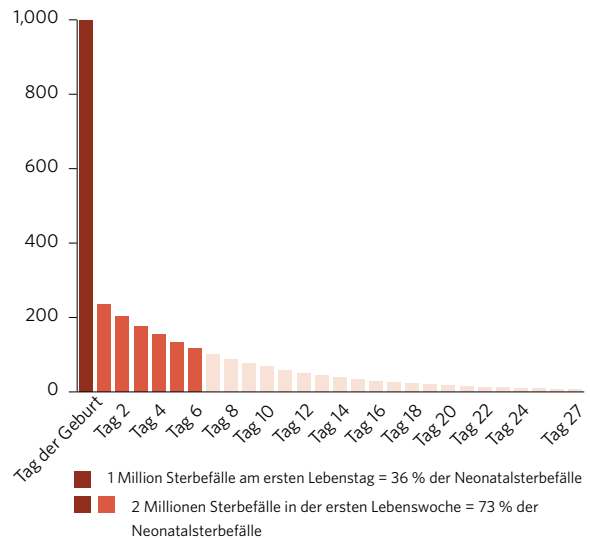
Trotz der eindrucksvollen Verbesserungen in den meisten Regionen wird das Millenniumsziel nach den derzeitigen Trends verfehlt werden. Beim jetzigen Fortschrittstempo wird die globale Zielvorgabe erst in etwa zehn Jahren erreicht sein. Der globale Anstieg der Überlebenschancen von Kindern geht weiter an vielen der jüngsten und gefährdetsten Kinder vorbei. Auch 2015 werden jeden Tag etwa 16.000 Kinder unter fünf Jahren sterben – die meisten an vermeidbaren Krankheiten wie Lungenentzündung, Durchfallerkrankungen und Malaria.

Afrika südlich der Sahara verzeichnet zwar die weltweit höchste Kindersterblichkeitsrate, in den vergangenen 20 Jahren jedoch auch den höchsten absoluten Rückgang der Kindersterblichkeit. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren fiel von 179 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten 1990 auf 86 Sterbefälle 2015. Dennoch muss die Region dringend rascher vorankommen. Auf sie entfallen nicht nur etwa die Hälfte der weltweiten Sterbefälle in dieser Altersgruppe – 3 Millionen im Jahr 2015 –, sie ist auch die einzige, in der in den kommenden Jahrzehnten sowohl die Zahl der Lebendgeburten als auch der Bevölkerungsanteil der unter Fünfjährigen erheblich steigen dürften. Damit werden insgesamt mehr Kinder unter fünf Jahren sterben, es sei denn, ihre Sterblichkeitsrate kann rascher gesenkt werden, als die Bevölkerung wächst.

Auch Südasien verzeichnet 2015 mit 50 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten weiter eine hohe Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren und mit 1,8 Millionen eine hohe Gesamtzahl von Sterbefällen.

Für raschere Fortschritte beim Überleben von Kindern müssen Neugeborene im Mittelpunkt stehen

Zahl der Sterbefälle je Tag in den ersten 28 Lebenstagen – 2013 (in Tausend)



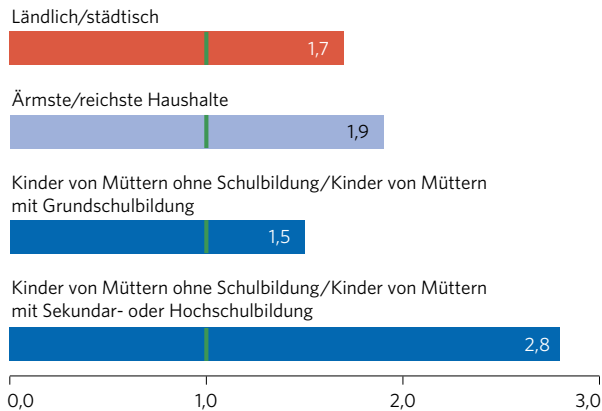
Der erste Tag, die erste Woche und der erste Monat sind für das Überleben eines Kindes am kritischsten. Von den fast 6 Millionen Kindern, die 2015 ihren fünften Geburtstag nicht erleben, werden etwa 1 Million an ihrem ersten Lebenstag, eine weitere Million in der ersten Lebenswoche und etwa 2,8 Millionen während der ersten 28 Lebenstage sterben.

Zwischen 1990 und 2015 sank die Sterblichkeitsrate von Neugeborenen weltweit von 33 auf 19 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten. Da die Sterblichkeit von Neugeborenen langsamer zurückgeht als die von Kindern zwischen einem und 59 Monaten, ist der Anteil der Neonatalsterbefälle an den gesamten Sterbefällen von Kindern unter fünf Jahren in allen Weltregionen gestiegen.

Weltweit gehen die meisten Neonatalsterbefälle auf Komplikationen bei Frühgeburten (35 Prozent), Komplikationen bei Wehen und Entbindung (24 Prozent) und Sepsis (15 Prozent) zurück. In Afrika südlich der Sahara und Südasien sind oft auch vermeidbare Infektionskrankheiten die Todesursache. Viele Neonatalsterbefälle ließen sich durch einfache, kosteneffiziente und hochwirksame Interventionen vermeiden, die den Bedürfnissen von Frauen und Neugeborenen über das gesamte Versorgungskontinuum hinweg, insbesondere in der Zeit um die Geburt, Rechnung tragen. Analysen zeigen jedoch, dass zu viele Mütter und Neugeborene nie in den Genuss dieser wichtigen Interventionen kommen.

Damit noch mehr Kinder überleben, müssen sozioökonomische Disparitäten abgebaut werden

Verhältnis der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren nach Wohnort, Vermögensquintil und Bildung der Mutter – 2005-2013



Anmerkung: Daten beruhen auf der zwischen 2005 und Juli 2013 durchgeführten Mehrfachindikator-Clustererhebung und Bevölkerungs- und Gesundheitserhebung. Für Länder, für die mehrere Erhebungen vorliegen, wurde die jeweils aktuellste Erhebung dieses Zeitraums verwendet. Die Daten zu Vermögensquintilen beruhen auf 55, zum Bildungsstand auf 59 und zum Wohnort auf 60 Erhebungen.

Dass jetzt so viel mehr Kinder überleben, ist erfreulich, doch dieser Erfolg kommt nicht allen Familien gleichermaßen zugute. Daten aus Haushaltserhebungen legen

nahe, dass Kinder aus ärmeren Haushalten gegenüber Kindern aus den reichsten Haushalten nach wie vor überproportional gefährdet sind. Die Sterblichkeit unter fünf Jahren liegt bei Kindern aus den ärmsten Haushalten durchschnittlich fast doppelt so hoch wie bei Kindern aus den reichsten.

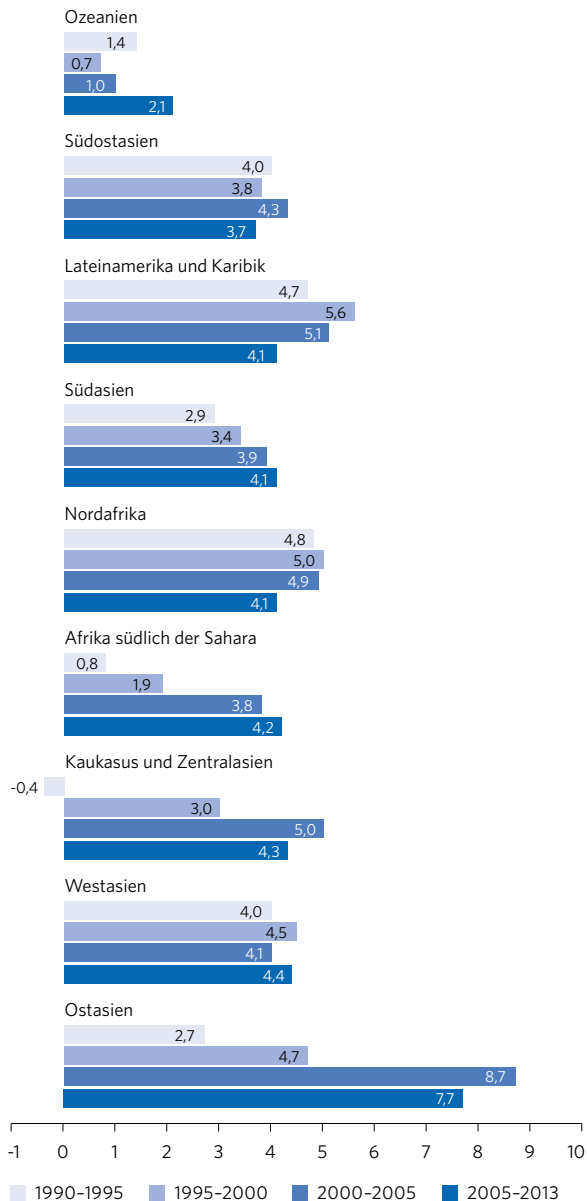
Auch Kinder in ländlichen Gebieten sind stärker gefährdet. Sie sterben etwa 1,7 Mal häufiger vor ihrem fünften Geburtstag als Kinder in städtischen Gebieten. Die Bildung der Mutter ist noch immer die stärkste Determinante ungleicher Überlebenschancen. Hat die Mutter eine Sekundar- oder Hochschulbildung, liegt die Überlebenswahrscheinlichkeit ihrer Kinder fast dreimal so hoch wie die der Kinder von Müttern ohne Schulbildung.

Im letzten Jahrzehnt ist die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren in den ärmsten Haushalten rascher zurückgegangen: ein Zeichen zunehmender Gleichheit. Damit verringert sich in den meisten Regionen das Gefälle zwischen den reichsten und den ärmsten Haushalten. In einigen Ländern gehen auch die durch Bildung der Mutter und Wohnort bedingten Unterschiede in der Kindersterblichkeit zurück. Zur Wahrung dieser Fortschritte bedarf es gezielter Strategien zugunsten der gefährdetsten Kinder aus den ärmsten Haushalten und aus ländlichen Gebieten und zugunsten der Bildung und Ermächtigung der Frauen. Darüber hinaus bedarf es fortlaufender Anstrengungen, die oft in globalen oder nationalen Durchschnittswerten verborgenen Ungleichheiten zu verfolgen und bekanntzumachen.



Kindersterblichkeitsraten sinken rascher als je zuvor

Jährlicher Rückgang der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen – 1990–2013 (in Prozent)



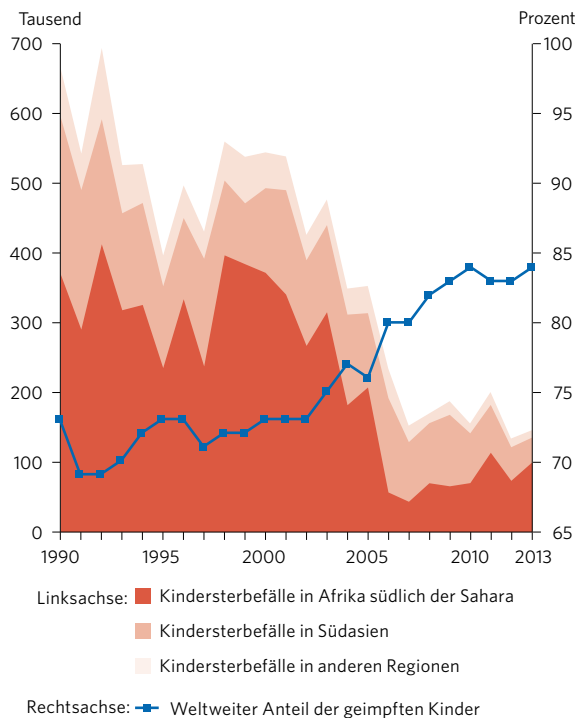
Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren sinkt so rasch wie nie zuvor in den vergangenen 20 Jahren. Die jährliche Senkungsrate hat sich seit Anfang der 1990er Jahre weltweit mehr als verdreifacht. In Afrika südlich der Sahara war sie trotz der relativ hohen Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Zeitraum 2005-2013 mit 4,2 Prozent pro Jahr mehr als fünfmal höher als im Zeitraum 1990-1995 (0,8 Prozent).

Die jährliche Senkung hat sich seit 1995 in den Ländern aller Einkommensstufen mit Ausnahme der Hocheinkommensländer beschleunigt. Trotz des Zusammenhangs zwischen dem Einkommen und der Kindersterblichkeit eines Landes beweist die starke Verringerung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in einigen Ländern mit niedrigem Einkommen – insbesondere Äthiopien, Bangladesch, Eritrea, Kambodscha, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Nepal, Niger, Ruanda, Uganda und die Vereinigte Republik Tansania –, dass ein niedriges Einkommen kein Hindernis sein muss, um Kinderleben zu retten.



Masernimpfung hat Millionen Kinderleben gerettet, doch bei der Ausrottung der Masern herrscht Stillstand

Geschätzte Maserntodesfälle bei Kindern (in Tausend) und Anteil der Kinder in der relevanten Altersgruppe, die mindestens eine Dosis Masern-Lebendimpfstoff erhielten (in Prozent) – 1990–2013



Die Zahl der Maserntodesfälle ging zwischen 2000 und 2013 rasch zurück, und zwar von 544.200 auf 145.700, vor allem bei Kindern unter fünf Jahren. Ohne Masernimpfprogramme wären in diesem Zeitraum schätzungsweise fast 15,6 Millionen mehr Menschen an Masern gestorben. 2013 entfielen 93 Prozent der geschätzten weltweiten Maserntodesfälle auf Afrika südlich der Sahara (96.000) und Südasien (39.800).

Auch die Zahl der gemeldeten Masernfälle pro Jahr sank weltweit um 67 Prozent, von mehr als 853.000 im Jahr 2000 auf unter 279.000 im Jahr 2013, stieg allerdings 2013 gegenüber den 227.700 Fällen des Vorjahrs an. Durch anhaltende Masernausbrüche aufgrund schwacher Routineimpfsysteme und Verzögerungen bei der Einführung beschleunigter Bekämpfungsmaßnahmen kam die Dynamik zur Erreichung der regionalen und globalen Zielvorgaben für die Bekämpfung und Ausrottung der Masern unglücklicherweise zum Erliegen.

Masern lassen sich durch Verabreichung von zwei Dosen eines sicheren, wirksamen und kostengünstigen Impfstoffs verhüten. Zwischen 2000 und 2009 stieg die weltweite Durchimpfungsrate mit der Erstdosis des Masern-Lebendimpfstoffs (MCV1) von 73 auf 83 Prozent, stagnierte dann aber zwischen 2010 und 2013 bei 83 bis 84 Prozent. Afrika südlich der Sahara erzielte die beeindruckendsten Fortschritte. Dort stieg die Durchimpfungsrate zwischen 2000 und 2013 von 53 auf 74 Prozent. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Länder, die eine Zweitdosis des Impfstoffs (MCV2) bereitstellten, von 96 auf 148, und die weltweite Durchimpfungsrate mit MCV2 stieg von 15 auf 53 Prozent.

Die Fortschritte sind zwar eindrucksvoll, stagnieren jedoch seit 2010 und sind nach wie vor nicht gefestigt. So erhielten 2013 schätzungsweise 21,6 Millionen Säuglinge – viele von ihnen aus den ärmsten und am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen in besonders schwer zugänglichen Gebieten – nicht einmal die Erstdosis. Um das Fortschrittsstempo wieder zu erhöhen, müssen sich die Länder und die internationale Gemeinschaft weiter für die Ausrottung der Masern einsetzen. Darüber hinaus bedarf es für einen ausgewogenen Anstieg der Durchimpfungsrate erheblicher und dauerhafter Investitionen in die Stärkung der Gesundheitssysteme.

Das Überleben von Kindern muss in der globalen Post-2015-Entwicklungsagenda ein zentrales Anliegen bleiben

Die Senkung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren erfordert politischen Willen, solide Strategien und ausreichende Ressourcen. Dank der Millenniumsziele sind bei der Senkung der Kindersterblichkeit dramatische und beispiellose Fortschritte erzielt worden. Wirksame und erschwingliche Behandlungen, eine verbesserte Leistungserbringung und politische Entschlossenheit haben allesamt dazu beigetragen. Dennoch sterben weltweit jede Minute 11 Kinder unter fünf Jahren, zumeist an vermeidbaren Ursachen. Es muss mehr getan werden, um die Überlebensraten von Kindern zu verbessern.

Die Tatsache, dass zahlreiche Länder, darunter auch sehr arme, Ziel 4 erreicht haben, zeigt, dass es möglich ist. Noch immer drohen Millionen Frauen und Kinder an vermeidbaren Ursachen zu sterben. Daher muss das Überleben von Müttern, Neugeborenen und Kindern in der globalen Post-2015-Entwicklungsagenda ein zentrales Anliegen bleiben.



Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Auf einen Blick

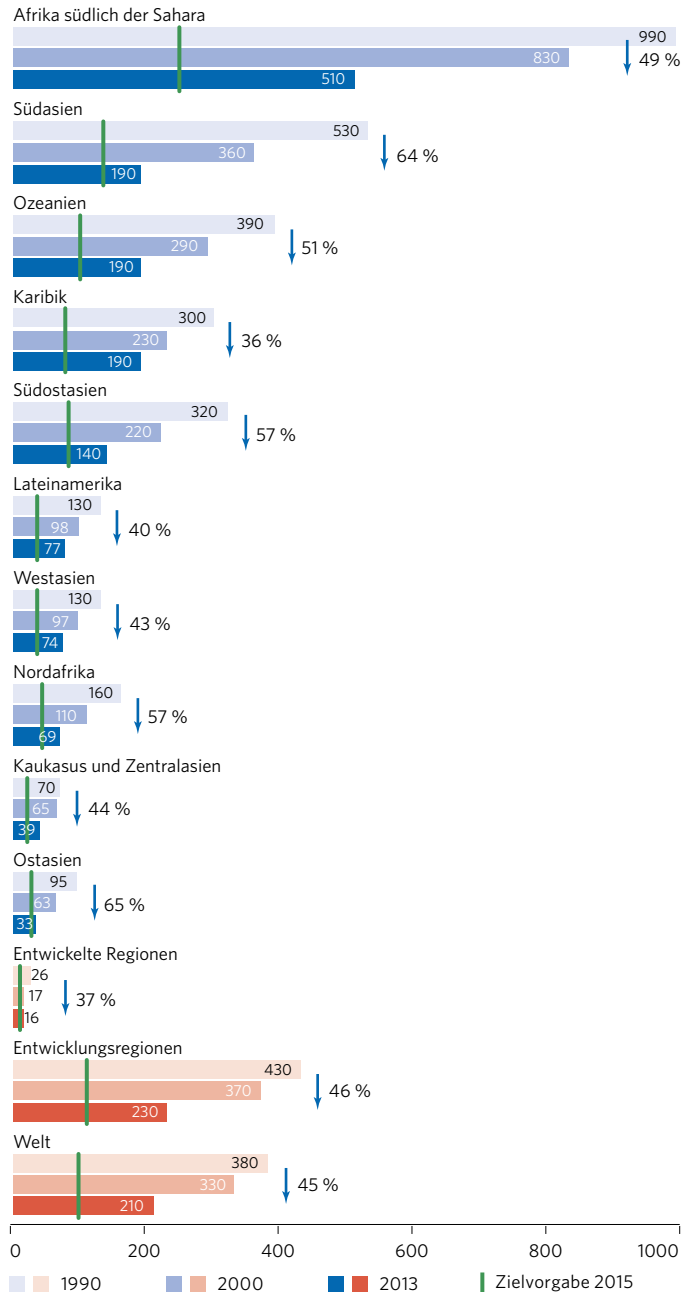
- ▶ Die Müttersterblichkeitsrate ist seit 1990 nahezu halbiert, der Rückgang großteils seit 2000 erzielt worden.
- ▶ 2014 wurden über 71 Prozent der Geburten weltweit von medizinischem Fachpersonal betreut, 1990 waren es 59 Prozent.
- ▶ In den Entwicklungsregionen werden nur 56 Prozent der Geburten in ländlichen Gebieten, aber 87 Prozent in städtischen Gebieten von medizinischem Fachpersonal betreut.
- ▶ Nur die Hälfte der Schwangeren in den Entwicklungsregionen nimmt die empfohlene Mindestzahl von vier Vorsorgeterminen wahr.
- ▶ Nur aus 51 Prozent der Länder liegen Daten zu den Ursachen der Müttersterblichkeit vor.

ZIELVORGABE 5.A

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeit um drei Viertel senken

Südasien und Ostasien haben die Müttersterblichkeit am stärksten gesenkt

Müttersterblichkeitsrate – 1990, 2000 und 2013
(Sterbefälle je 100.000 Lebendgeburten, Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren)



↓ Prozentuale Veränderung zwischen 1990 und 2013 (basierend auf ungerundeten Zahlen)

Seit der Annahme der Millenniumsziele haben sich die Überlebenschancen von Müttern deutlich verbessert. Die Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 1990 und 2013 weltweit um 45 Prozent, von 380 Sterbefällen je 100.000 Lebendgeburten auf 210. Viele Entwicklungsregionen haben stetige Fortschritte bei der Verbesserung der Gesundheit von Müttern erzielt, darunter die Regionen mit der höchsten Müttersterblichkeit. In Südasien beispielsweise sank die Müttersterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2013 um 64 Prozent, in Afrika südlich der Sahara um 49 Prozent.

Trotz dieser Fortschritte sterben täglich Hunderte von Frauen während der Schwangerschaft oder an Komplikationen bei der Geburt. 2013 entfielen die meisten dieser Sterbefälle auf die Entwicklungsregionen, wo die Müttersterblichkeitsrate rund 14-mal so hoch ist wie in den entwickelten Regionen. 2013 ereigneten sich weltweit schätzungsweise 289.000 Müttersterbefälle, rund 800 pro Tag, die überwiegende Mehrheit davon (86 Prozent) in Afrika südlich der Sahara und Südasien.

Die meisten dieser Sterbefälle sind vermeidbar. Nach Daten von 2003-2009 waren Blutungen die Ursache für die meisten Müttersterbefälle, und zwar für mehr als 27 Prozent der Fälle in den Entwicklungsregionen und rund 16 Prozent in den entwickelten Regionen. Andere häufige Komplikationen sind Infektionen, Bluthochdruck während der Schwangerschaft, Komplikationen bei der Entbindung und unsachgemäße Schwangerschaftsabbrüche. Durch bewährte Maßnahmen der Gesundheitsversorgung wie Schwangerenvorsorge, fachkundige Betreuung bei der Geburt sowie Betreuung und Unterstützung in den Wochen danach können diese Komplikationen verhindert oder behandelt werden.

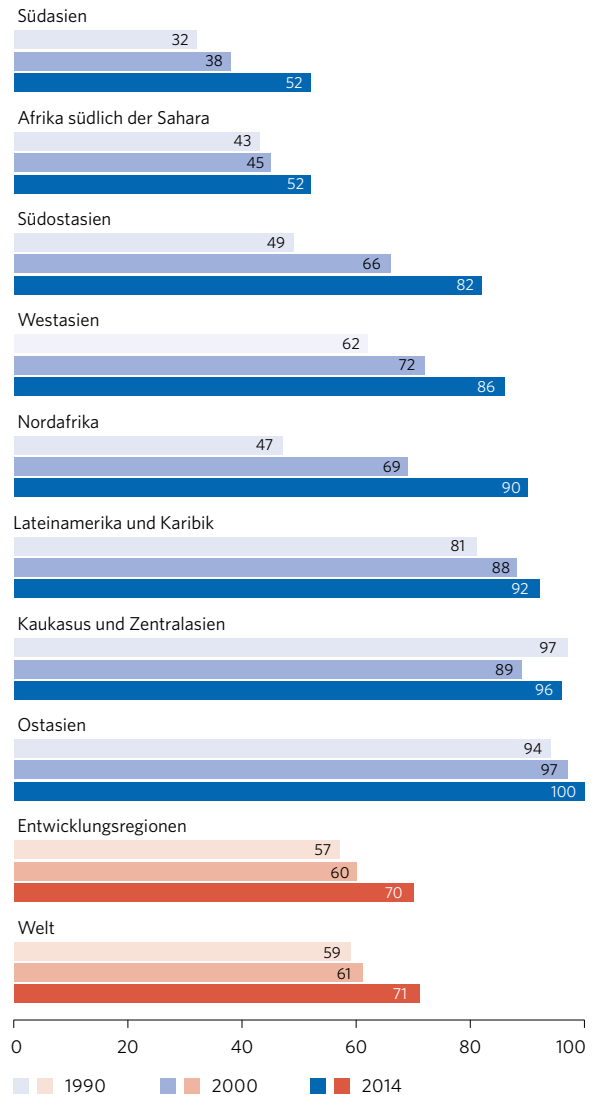
Jedes vierte Baby weltweit wird ohne fachkundige Betreuung geboren

Eine der wichtigsten Strategien zur Senkung der Müttersterblichkeit und -morbidity ist, dafür zu sorgen, dass jede Geburt von medizinischem Fachpersonal, das heißt von Ärzten, Pflegekräften oder Hebammen, betreut wird. In dem für die Millenniumsziele vorgesehenen Zeitrahmen wurde der Anteil der fachkundig betreuten Entbindungen nur mäßig erhöht, ein Zeichen für mangelnden allgemeinen Zugang zu Betreuung.

Weltweit stieg der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen von 59 Prozent im Jahr 1990 auf 71 Prozent um 2014. Damit haben aber immer noch mehr als jedes vierte Baby sowie deren Mütter keinen Zugang zu wichtiger medizinischer Geburtsbetreuung. Die Betreuungsdichte ist regional sehr unterschiedlich und reicht von flächendeckend in Ostasien

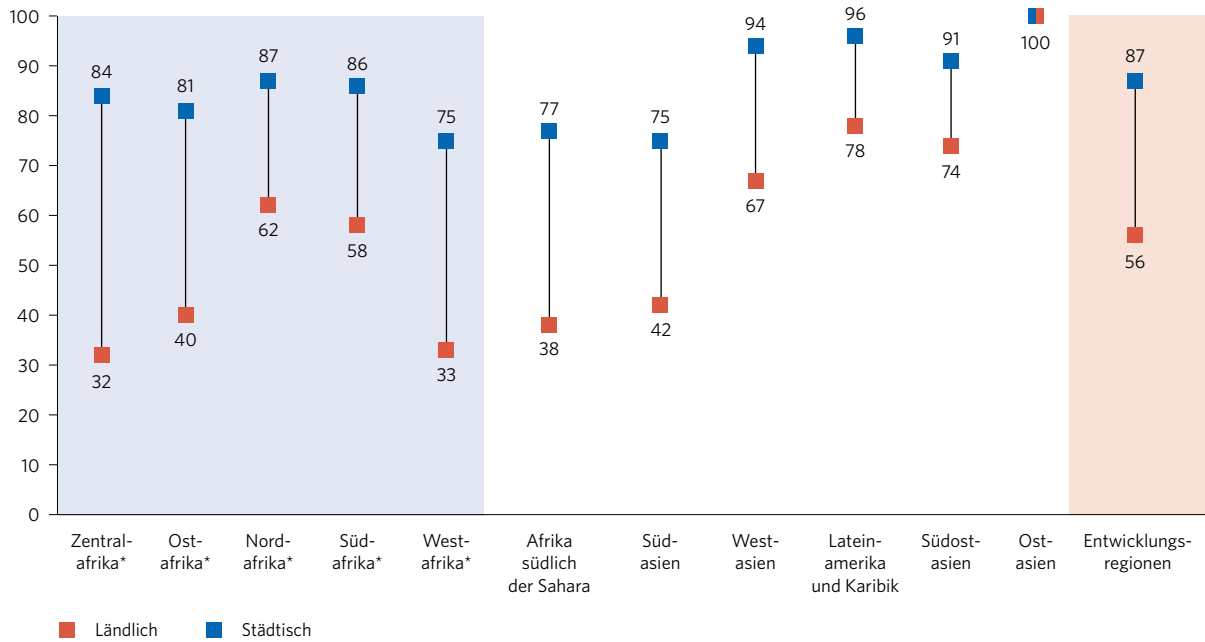
und nahezu flächendeckend (96 Prozent) im Kaukasus und in Zentralasien bis zu einem Tiefstwert von rund 52 Prozent in Afrika südlich der Sahara und Südasien. Diese beiden Regionen verzeichnen die höchste Mütter- und Neugeborenensterblichkeit der Welt.

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen – 1990, 2000 und 2014 (in Prozent)



Ungleichheiten bei der Gesundheitsversorgung für Mütter bestehen in den meisten Regionen fort

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen in ländlichen und städtischen Gebieten – 2010 bis 2014 (in Prozent)



*Die Zusammensetzung der Subregionen in Afrika findet sich auf Seite 71.

In und zwischen den Regionen gibt es große Ungleichheiten beim Zugang zu reproduktiver Gesundheit. In den Entwicklungsregionen besteht bei der Betreuung von Geburten durch medizinisches Fachpersonal eine Kluft von 31 Prozentpunkten zwischen städtischen und

ländlichen Gebieten, hinter der sich aber noch größere regionale Ungleichheiten verbergen. Am größten ist die Kluft in Zentralafrika mit 52 Prozentpunkten, während in Ostasien 100 Prozent der Geburten in Stadt und Land von medizinischem Fachpersonal betreut werden.

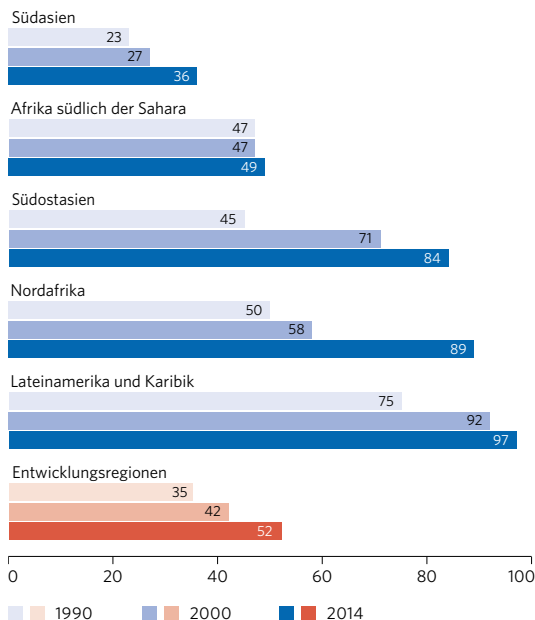


ZIELVORGABE 5.B

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit verwirklichen

Nach Jahren langsamer Fortschritte erhalten nur die Hälfte der Schwangeren die empfohlenen Vorsorgeleistungen

Anteil der 15-49-jährigen Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens viermal von einem Leistungserbringer betreut wurden – 1990, 2000 und 2014 (in Prozent)

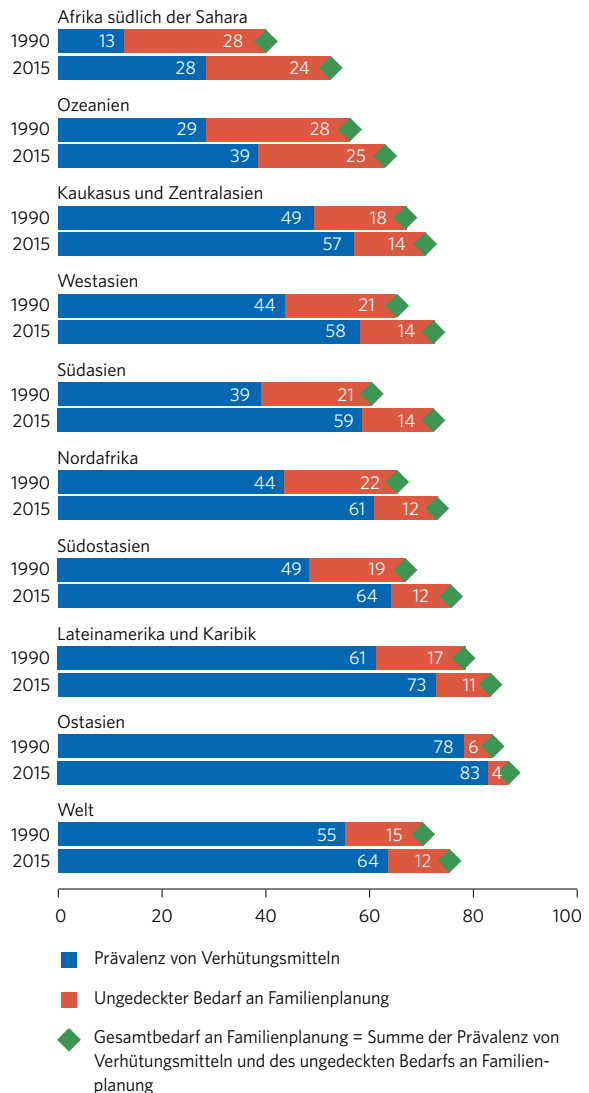


Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt zur Sicherstellung des Wohls von Müttern und Neugeborenen mindestens vier Vorsorgetermine während der Schwangerschaft, bei denen die Frauen wenigstens ein Grundversorgungspaket, einschließlich Ernährungsberatung, erhalten sollten. Sie sollten auch über Warnzeichen informiert werden, die auf mögliche Probleme während der Schwangerschaft hindeuten, und bei der Planung einer sicheren Entbindung unterstützt werden. 2014 nahmen im Durchschnitt nur 52 Prozent der Schwangeren in den Entwicklungsregionen die empfohlene Zahl von Vorsorgeterminen wahr.

Die Fortschritte in den letzten 25 Jahren verliefen schleppend, die Vorsorgeterme stieg seit etwa 1990 nur um 17 Prozentpunkte. In Südasiens nahmen um 2014 lediglich 36 Prozent der Schwangeren vier oder mehr Vorsorgetermine wahr. In Afrika südlich der Sahara stagnierte die Vorsorgeterme in den letzten zwei Jahrzehnten, und der Anteil der Schwangeren, die die empfohlenen Vorsorgeleistungen erhielten, stieg nur geringfügig von 47 auf 49 Prozent.

Verwendung von Verhütungsmitteln nimmt zu, doch der ungedeckte Bedarf ist in manchen Regionen noch hoch

Anteil der 15-49-jährigen verheirateten oder in Partnerschaft lebenden Frauen weltweit, die ungedeckten Bedarf an Familienplanung haben oder eine Verhütungsmethode anwenden – 1990 und 2015 (in Prozent)



Die Verwendung von Verhütungsmitteln trägt zur Verringerung der Zahl ungewollter Schwangerschaften, unsachgemäßer Schwangerschaftsabbrüche und der Müttersterblichkeit bei. Zwischen 1990 und 2015 ist der Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15-49-jährigen Frauen, die verhüten, weltweit von 55 auf 64 Prozent, in Afrika südlich der Sahara von 13 auf 28 Prozent und in Südasiens von 39 auf 59 Prozent gestiegen.

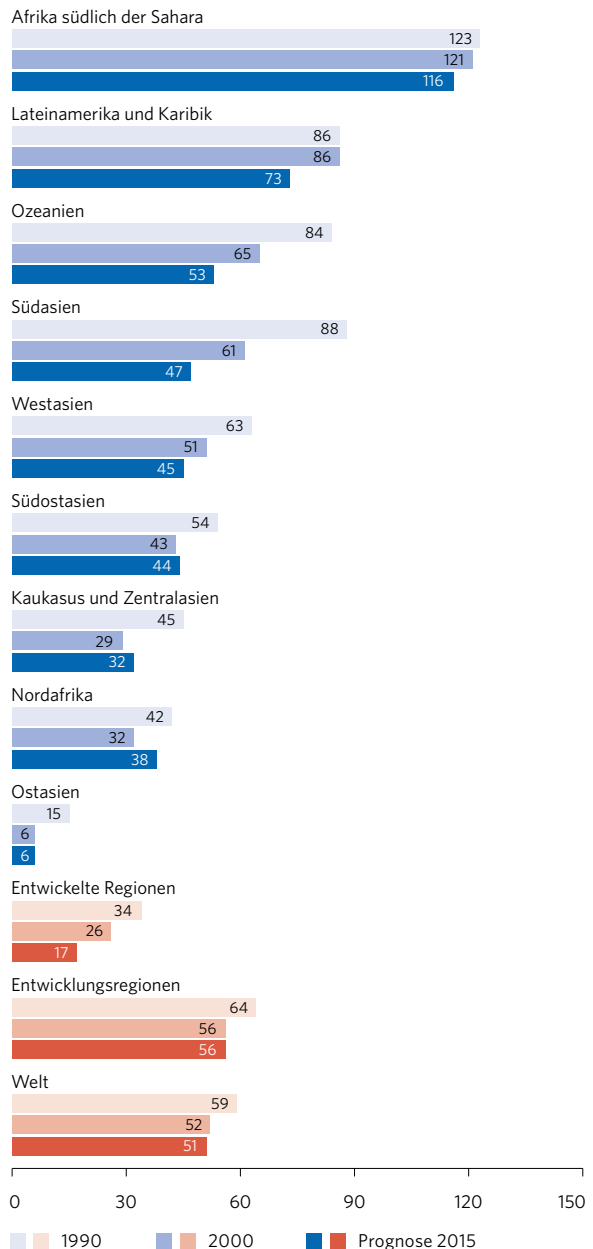
90 Prozent derjenigen, die verhüteten, verwendeten wirksame Methoden, darunter die Sterilisation der Frau oder des Mannes, Hormontabletten, Intrauterinsysteme, Kondome, Injektionsmittel oder ein Implantat. Doch auch 2015 wollen noch 12 Prozent der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im gebärfähigen Alter weltweit eine Schwangerschaft hinausschieben oder verhindern, wenden jedoch keine Form der Verhütung an. Frauen, die sexuell aktiv sind, aber weder verheiratet sind noch in einer Partnerschaft leben, werden von diesem Indikator nicht erfasst, doch auch sie müssen Zugang zu Informationen und Diensten im Bereich Empfängnisverhütung haben.

Frühe Mutterschaften gehen in Afrika südlich der Sahara und Lateinamerika und der Karibik langsam zurück

Frühe Mutterschaft kann der Gesundheit der heranwachsenden Mädchen wie auch ihrer Kinder schaden. Sie weist auch auf umfassendere Formen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Marginalisierung von Mädchen hin. Um in dieser schutzbedürftigen Altersgruppe die Mutterschaft hinauszuschieben und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, müssen dringend verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Ein Teil der Lösung liegt in der Verbesserung der Möglichkeiten für Mädchen, die Schule zu besuchen und schließlich einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Diese Anstrengungen werden nicht nur die Gesundheit von Müttern und Kindern verbessern, sondern auch zur Verringerung der Armut, Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen beitragen.

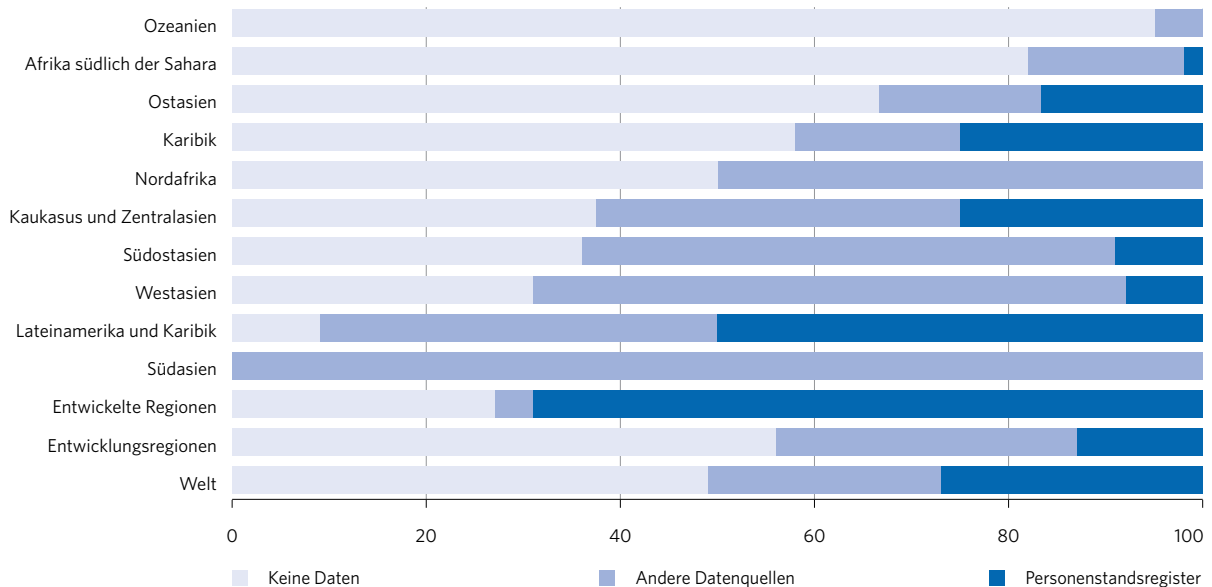
Weltweit ist die Geburtenrate bei Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren von 59 Geburten je 1.000 Mädchen im Jahr 1990 auf 51 Geburten im Jahr 2015 gesunken. Hinter diesem allgemeinen Trend verbergen sich große Unterschiede zwischen den Regionen und Ländern, was die Zahl der frühen Mutterschaften und die Geschwindigkeit ihrer Senkung im Lauf der Zeit betrifft. Die Geburtenrate bei Jugendlichen ist zwischen 1990 und 2015 in allen Regionen gesunken, am stärksten in Ostasien, Ozeanien und Südasien. Frühe Mutterschaften sind in Afrika südlich der Sahara mit 116 Geburten je 1.000 Mädchen im Jahr 2015 nach wie vor weit verbreitet. Diese Region hat seit 1990 relativ wie absolut die geringsten Fortschritte erzielt.

Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren – 1990, 2000 und 2015



Mangel an grundlegenden Daten zu Geburten, Sterbefällen und Gesundheit erschwert wirksame Politikgestaltung

Anteil der Länder, aus denen Daten zu Ursachen der Müttersterblichkeit vorliegen – 2003 bis 2009 (in Prozent)



Die Millenniumsziele haben dazu beigetragen, die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von grundlegenden Daten zu Geburten, Sterbefällen, Todesursachen und Gesundheitsversorgung zu verbessern. Weil Daten zur Müttergesundheit nur ungleichmäßig verfügbar sind, ist es schwierig, daraus Prioritäten für die Gesundheit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene abzuleiten. Nur aus 51 Prozent aller Länder liegen Daten zu den Ursachen der Müttersterblichkeit vor. Diese Daten stammen in den entwickelten Regionen in erster Linie aus den Personenstandsregistern, in den Entwicklungsregionen hingegen vorwiegend aus anderen Quellen. Die Verfügbarkeit von Daten ist je nach Region sehr unterschiedlich. Über

90 Prozent der Länder in Lateinamerika, doch weniger als 20 Prozent der Länder in Afrika südlich der Sahara verfügen über national repräsentative Daten über die Ursachen der Müttersterblichkeit.

Das Gefälle zwischen den Ländern bei der Erstellung von Statistiken erstreckt sich nicht nur auf die Todesursachen bei Müttern, sondern auf alle Todesursachen bei allen Menschen. Während Länder mit hohem Einkommen diese Informationen seit vielen Jahren routinemäßig generieren, ist es für die meisten Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach wie vor schwer, hochwertige Statistiken über Todesursachen zu erstellen.

Zur Verbesserung der Müttergesundheit bleibt nach 2015 einiges zu tun

Ziel 5 war auf die Verringerung der Müttersterblichkeit und die Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu reproduktiver Gesundheit gerichtet. Bedeutende Fortschritte wurden erzielt, erwiesen sich aber als unzureichend und sehr ungleichmäßig und blieben weit hinter dem Gesamtziel und den Zielvorgaben zurück. Somit bleibt einiges zu tun, um sicherzustellen, dass allen Menschen umfassende Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zur Verfügung stehen.

Hinter den Durchschnittswerten auf globaler, regionaler und Länderebene verbergen sich unter Umständen enorme Gefälle zwischen Untergruppen, die aufgrund ihres Bildungsniveaus, Wohnorts, wirtschaftlichen Status

oder Alters verwundbar sind. Nach wie vor bestehen große Ungleichheiten bei der Müttergesundheit sowie Defizite beim Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, die konsequent angegangen und verfolgt werden müssen. Die Kapazitäten der Länder müssen gestärkt werden, um Ungleichheiten bei der Verfügbarkeit und der Qualität von Gesundheitsdaten und bei der Registrierung von Geburten und Sterbefällen abzubauen. Diese Informationen sind entscheidend, um fundierte politische Prioritäten festzulegen, Ressourcen effizienter einzusetzen und Verbesserungen bei der Müttergesundheit und dem allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit zu messen.

Ziel 6

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Auf einen Blick

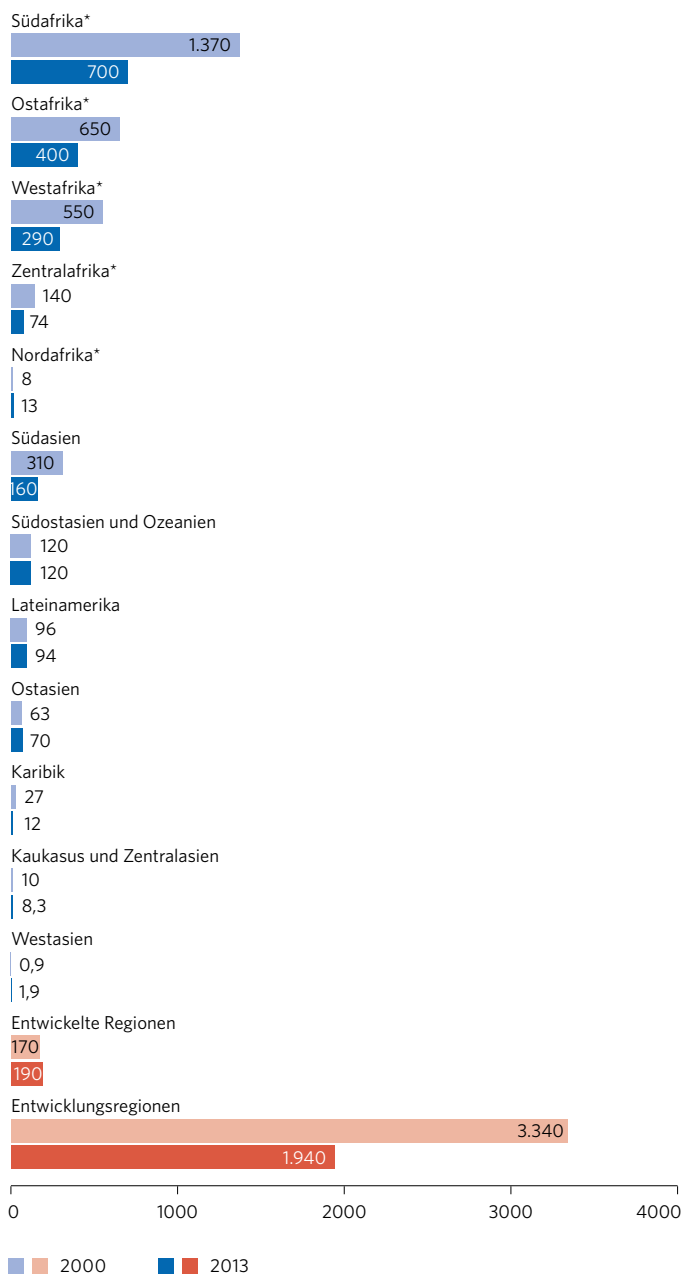
- ▶ Die Zahl der HIV-Neuinfektionen fiel zwischen 2000 und 2013 um rund 40 Prozent, von schätzungsweise 3,5 auf 2,1 Millionen Fälle.
- ▶ Im Juni 2014 waren weltweit 13,6 Millionen HIV-Infizierte in anti-retroviraler Behandlung, gegenüber nur 800.000 im Jahr 2003.
- ▶ In Afrika südlich der Sahara verfügten 2014 weniger als 40 Prozent der 15- bis 24-Jährigen über umfassendes und richtiges HIV-Wissen.
- ▶ Dank der Ausweitung von Anti-malariamaßnahmen konnten zwischen 2000 und 2015 über 6,2 Millionen Malaria Todesfälle abgewendet werden, hauptsächlich bei Kindern unter fünf Jahren in Afrika südlich der Sahara.
- ▶ Zwischen 2000 und 2013 wurden durch Tuberkuloseprävention, -diagnose und -behandlung etwa 37 Millionen Menschenleben gerettet.

ZIELVORGABE 6.A

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen geht in vielen Weltregionen weiter zurück

Geschätzte Zahl der HIV-Neuinfektionen – 2000 und 2013 (in Tausend)



* Die Zusammensetzung der Subregionen in Afrika findet sich auf Seite 71.

Zwischen 2000 und 2013 sanken die Neuinfektionen mit dem menschlichen Immunschwächevirus (HIV) weltweit um etwa 40 Prozent, von schätzungsweise 3,5 auf 2,1 Millionen. In diesem Zeitraum gingen die HIV-Neuinfektionen in zehn der Länder, für die ausreichende Daten vorlagen, um mehr als 75 Prozent, in weiteren 27 um mehr als 50 Prozent zurück.

Mehr als 75 Prozent der Neuinfektionen entfielen 2013 auf 15 Länder. Die am stärksten von der HIV-Epidemie betroffene Region ist nach wie vor Afrika südlich der Sahara mit 1,5 Millionen Neuinfektionen im Jahr 2013. Beinahe die Hälfte davon verteilte sich auf nur drei Länder: Nigeria, Südafrika und Uganda. Es ist jedoch ermutigend, dass Südafrika, das Land mit der höchsten Zahl von HIV-Infizierten, auch den höchsten absoluten Rückgang von Neuinfektionen verzeichnete, nämlich 98.000 weniger im Jahr 2013 als noch 2010. Zudem fiel die Zahl der Neuinfektionen in der Region bei den 15- bis 24-Jährigen zwischen 2000 und 2013 um 45 Prozent.

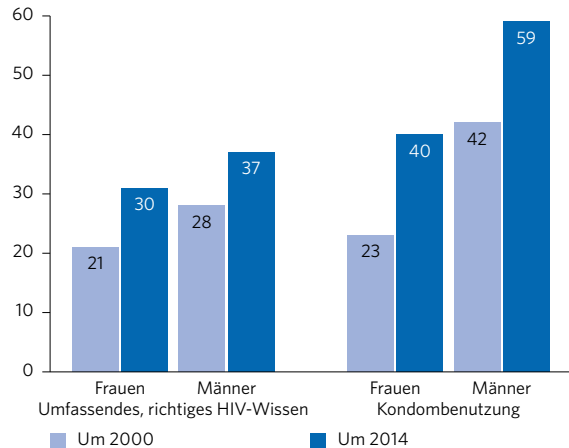
Den steilsten Rückgang verzeichnete die Karibik mit 56 Prozent, gefolgt von Südasien und dem südlichen Afrika mit je 49 Prozent. Demgegenüber sank die Zahl der Neuinfektionen in Lateinamerika und Südostasien entweder nur langsam oder stagnierte. Die Schätzungen für Nordafrika, Ostasien und Westasien deuten auf einen Anstieg hin.

Auch die Aids-Todesfälle gingen tendenziell zurück. Mit schätzungsweise 1,5 Millionen Fällen im Jahr 2013 starben gegenüber dem 2005 verzeichneten Höchststand von 2,4 Millionen 35 Prozent weniger Menschen an Aids-Komplikationen. In den nur drei Jahren von 2010 bis 2013 sank die Zahl der mit Aids verbundenen Todesfälle um 19 Prozent. Sie sank jedoch nicht bei den Heranwachsenden im Alter zwischen 10 und 19 Jahren, was auf den mangelnden Zugang dieser Altersgruppe zu Tests und Behandlungen zurückzuführen sein könnte. In Afrika südlich der Sahara ist Aids nach wie vor die Haupttodesursache bei Heranwachsenden.

Weltweit waren 2013 schätzungsweise 35 Millionen Menschen HIV-infiziert. Mit der steigenden Lebenserwartung durch den verstärkten Einsatz antiretroviraler Therapie und der nach wie vor hohen Zahl an Neuinfektionen nimmt ihre Zahl zu. Weltweit waren 2013 schätzungsweise 0,8 Prozent der 15- bis 49-Jährigen infiziert, doch variiert die Belastung der einzelnen Länder und Regionen durch die Epidemie weiter stark.

Junge Menschen wissen weiter wenig über HIV und HIV-Prävention

Anteil der 15- bis 24-Jährigen in Afrika südlich der Sahara mit umfassendem, richtigem Wissen zur HIV-Übertragung und derjenigen, die angeben, beim letzten Geschlechtsverkehr mit erhöhtem Risiko* ein Kondom benutzt zu haben – um 2000 und 2014 (in Prozent)



* „Geschlechtsverkehr mit erhöhtem Risiko“ bezieht sich auf Geschlechtsverkehr mit einem Partner, mit dem die Befragten nicht verheiratet waren bzw. nicht zusammenlebten.

Anmerkung: Werte in der Grafik sind für die Länder Afrikas südlich der Sahara regional aggregiert, für die in beiden Erhebungsperioden (um 2000 und 2014) Daten vorlagen. „Um 2000“ bezieht sich auf Daten aus einer 1996-2006, „um 2014“ aus einer 2007-2014 durchgeführten Erhebung.

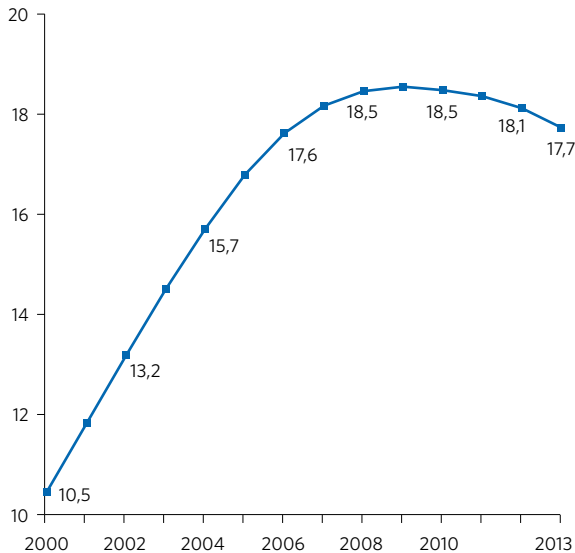
Gezielte Maßnahmen zur HIV-Prävention bei 15- bis 24-Jährigen erbringen seit 2000 moderate Fortschritte, doch riskantes Sexualverhalten und unzureichendes HIV-Wissen sind in vielen Ländern nach wie vor häufig.

In den Ländern Afrikas südlich der Sahara, für die Daten vorlagen, verfügten 2014 nur 30 Prozent der jungen Frauen und 37 Prozent der jungen Männer über umfassendes, richtiges HIV-Wissen – ein Anstieg von unter 10 Prozentpunkten seit 2000 in beiden Gruppen. Die Kondombenutzung bei Geschlechtsverkehr mit erhöhtem Risiko ist zwischen 2000 und 2014 mäßig gestiegen, liegt allerdings für Männer um 19 Prozentpunkte höher als für Frauen, was die Unzulänglichkeit der Präventionsmaßnahmen zur Herabsetzung der besonderen Gefährdung junger Frauen verdeutlicht.

Zudem bestehen in Bezug auf umfassendes, richtiges HIV-Wissen bei den 15- bis 24-Jährigen nach wie vor einkommens- und wohnortbedingte Disparitäten: in den ärmsten bzw. den reichsten Haushalten zwischen 17 und 35 Prozent bei den Frauen und zwischen 25 und 48 Prozent bei den Männern und in ländlichen bzw. städtischen Gebieten zwischen 23 und 36 Prozent bei den Frauen und zwischen 32 und 46 Prozent bei den Männern.

Die Zahl der Aids-Waisen sinkt, doch Millionen benötigen weiter Schutz und Betreuung

Geschätzte Zahl der Aids-Waisen weltweit – 2000–2013 (in Millionen)



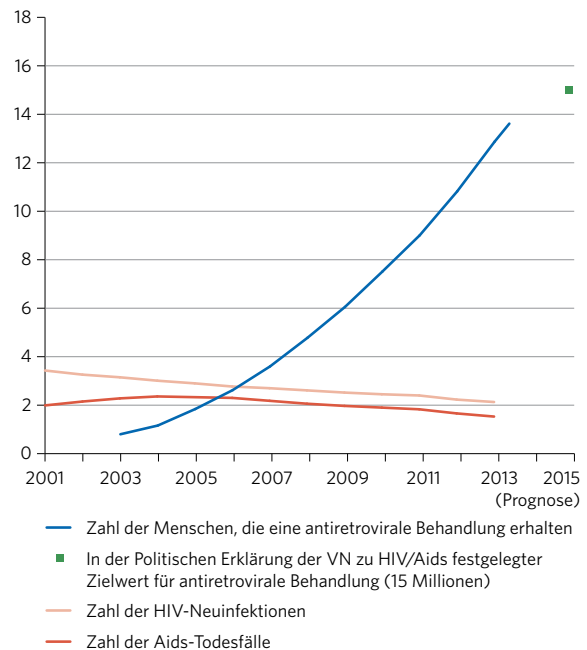
2013 hatten weltweit etwa 17,7 Millionen Kinder unter 18 Jahren einen oder beide Elternteile durch Aids verloren. Die Zahl stieg von 10,5 Millionen im Jahr 2000 auf ihren Höchststand von 18,5 Millionen im Jahr 2009 und geht seither langsam zurück. Investitionen in die wirtschaftliche Unterstützung und den sozialen Schutz werden noch über Jahre notwendig sein, um die Auswirkungen des HIV auf diese Kinder abzumildern. Es ist ein ermutigendes Zeichen, dass Waisen und Nichtwaisen zwischen 10 und 14 Jahren beinahe gleich häufig die Schule besuchen, die eine wichtige Quelle von Schutz und Stabilität für gefährdete Kinder sein kann. Das Bildungsbeteiligungsverhältnis Waisen/Nichtwaisen stieg von 0,80 um 2000 auf 0,96 um 2014.

ZIELVORGABE 6.B

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Weltweit massiv erweiterter Zugang zu antiretroviraler Behandlung rettet Millionen Leben

Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten – 2003–2015, Zahl der Aids-Todesfälle und Zahl der HIV-Neuinfektionen – 2001–2013 (in Millionen)



Der Zugang zu antiretroviraler Behandlung nimmt weiter bemerkenswert rasch zu. Sie erreichte im Juni 2014 weltweit 13,6 Millionen HIV-Infizierte, 12,1 Millionen davon in den Entwicklungsregionen – ein massiver Anstieg gegenüber nur 375.000 im Jahr 2003. Allein 2013 stieg die Zahl der antiretroviral Behandelten in den Entwicklungsregionen um 1,9 Millionen und damit um 20 Prozent gegenüber 2012, so stark wie nie zuvor.

Das jetzige Fortschritts-tempo reicht weiter aus, den 2011 auf der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über HIV und Aids festgelegten Zielwert von 15 Millionen Menschen in antiretroviraler Behandlung bis 2015 zu erreichen. Dieser Erfolg zeigt die politische Entschlossenheit der Führer, die von der Mobilisierung der Gemeinwesen ausgehende Kraft, das Engagement der Führungs- und Fachkräfte im Gesundheitswesen und die Resultate der technischen Innova-

tionen und der Finanzmittel aus dem In- und Ausland, die die globale Ausweitung der antiretroviralen Behandlung weiter vorantreiben.

Weltweit konnten durch diese Behandlung seit 1995 7,6 Millionen Todesfälle abgewendet werden, darunter 4,8 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Dies ist zwar erfreulich, doch erhielten 2013 nur schätzungsweise 36 Prozent der 31,5 Millionen HIV-Infizierten in den Entwicklungsregionen eine antiretrovirale Behandlung, und die regionalen Unterschiede waren erheblich. So verzeichnete Afrika südlich der Sahara nicht nur den höchsten Bevölkerungsanteil an HIV-Infizierten, sondern auch den größten Zuwachs bei denen, die eine antiretro-

virale Behandlung erhalten. Trotz aller Fortschritte leben in dieser Region aber auch 78 Prozent der HIV-Infizierten in den Entwicklungsregionen, die keine solche Behandlung erhalten.

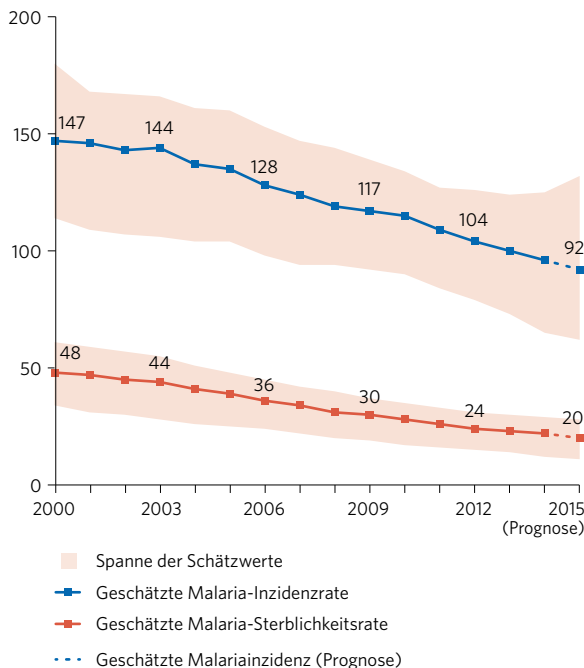
Hinter der Gesamtzahl der Menschen, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten, verbergen sich erhebliche Unterschiede im Zugang zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen. Um alle Gruppen, einschließlich Kindern und Heranwachsender sowie Gruppen mit besonders hohem Infektionsrisiko, wie Sexarbeiter/-innen, Personen, die Drogen injizieren, und Männer, die Geschlechtsverkehr mit Männern haben, angemessen zu erreichen, sind erweiterte Programme erforderlich.

ZIELVORGABE 6.C

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Stärkere globale Aufmerksamkeit für die verheerenden Auswirkungen der Malaria bringt beachtliche Ergebnisse

Geschätzte Veränderung der Malaria-Inzidenzrate (Fälle je 1.000 gefährdete Einwohner) und Malaria-Sterblichkeitsrate (Todesfälle je 100.000 gefährdete Personen) – 2000–2015



Zwischen 2000 und 2015 sank die weltweite Malaria-Inzidenzrate um schätzungsweise 37 Prozent, die weltweite Sterblichkeitsrate um 58 Prozent. Damit ist das globale Millenniumsziel für Malaria erreicht. Durch erhöhte welt-

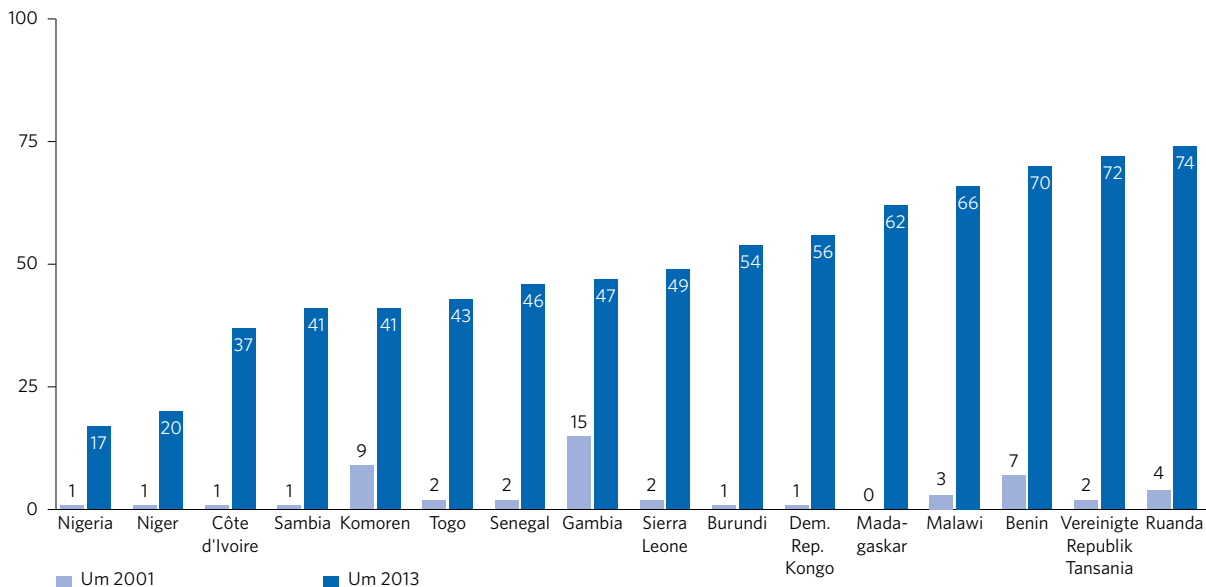
weite Aufmerksamkeit und die erhebliche Ausweitung der Antimalariamaßnahmen wurden in diesem Zeitraum mehr als 6,2 Millionen Malariatodesfälle abgewendet, hauptsächlich bei Kindern unter fünf Jahren in Afrika südlich der Sahara. Mit der Senkung der Malariasterblichkeit in dieser Altersgruppe und Region um schätzungsweise 69 Prozent stiegen die Überlebensraten von Kindern, was direkt zur Erreichung von Ziel 4, der Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel, beitrug.

2015 haben 98 Länder mit endemischer Malaria die nationale Inzidenz der Krankheit gegenüber 2000 verringert. Dennoch ist die Malaria mit weltweit schätzungsweise 214 Millionen Fällen und 472.000 Todesfällen 2015 weiter eine große Herausforderung für die öffentliche Gesundheit. Sie ist in 97 Ländern und Hoheitsgebieten rund um die Welt endemisch, 3,3 Milliarden Menschen sind infektionsgefährdet, und sie beansprucht einen Großteil der Gesundheitsausgaben in Niedrigeinkommensländern. 80 Prozent der weltweiten Malariatodesfälle entfallen auf nur 17 Länder, zumeist in Afrika.

Hauptgründe für die massiven Fortschritte der letzten 15 Jahre sind die Verzehnfachung der internationalen Mittel für die Malariabekämpfung gegenüber 2000, das größere politische Engagement, die Verfügbarkeit neuer und wirksamerer Instrumente und damit ein erheblich breiterer Zugang zu Interventionen der Malariaphylaxe und -behandlung, darunter imprägnierte Moskitonetze, langwirkendes Besprühen von Innenwänden, diagnostische Tests und Kombinationstherapien auf Artemisininbasis.

Zugang zu Malariaphylaxe wurde seit 2000 drastisch erweitert

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen, ausgewählte Länder in Afrika südlich der Sahara – um 2001 und 2013 (in Prozent)



Anmerkung: „Um 2001“ bezieht sich auf eine im Zeitraum 1999–2003, „um 2013“ auf eine im Zeitraum 2012–2014 durchgeführte Erhebung.

Zwischen 2004 und 2014 wurden mehr als 900 Millionen imprägnierte Moskitonetze in endemische Länder in Afrika südlich der Sahara geliefert, worauf die Verwendung von Moskitonetzen in Haushalten deutlich stieg. Auch Programme für das langwirkende Besprühen von Innenwänden wurden in der gesamten Region erheblich ausgeweitet, doch die Fortschritte erlahmten zwischen 2011 und 2013 aufgrund von Finanzierungsengpässen.

Seit 2000 haben deutlich mehr Menschen Zugang zu rascher Diagnose erlangt, was zu einem rationaleren Einsatz von Malariamedikamenten beiträgt. Dennoch ergeben Haushaltserhebungen von 2012 bis 2014, dass in Afrika südlich der Sahara nur etwa 20 Prozent der Kinder mit Fieber auf Malaria getestet werden.

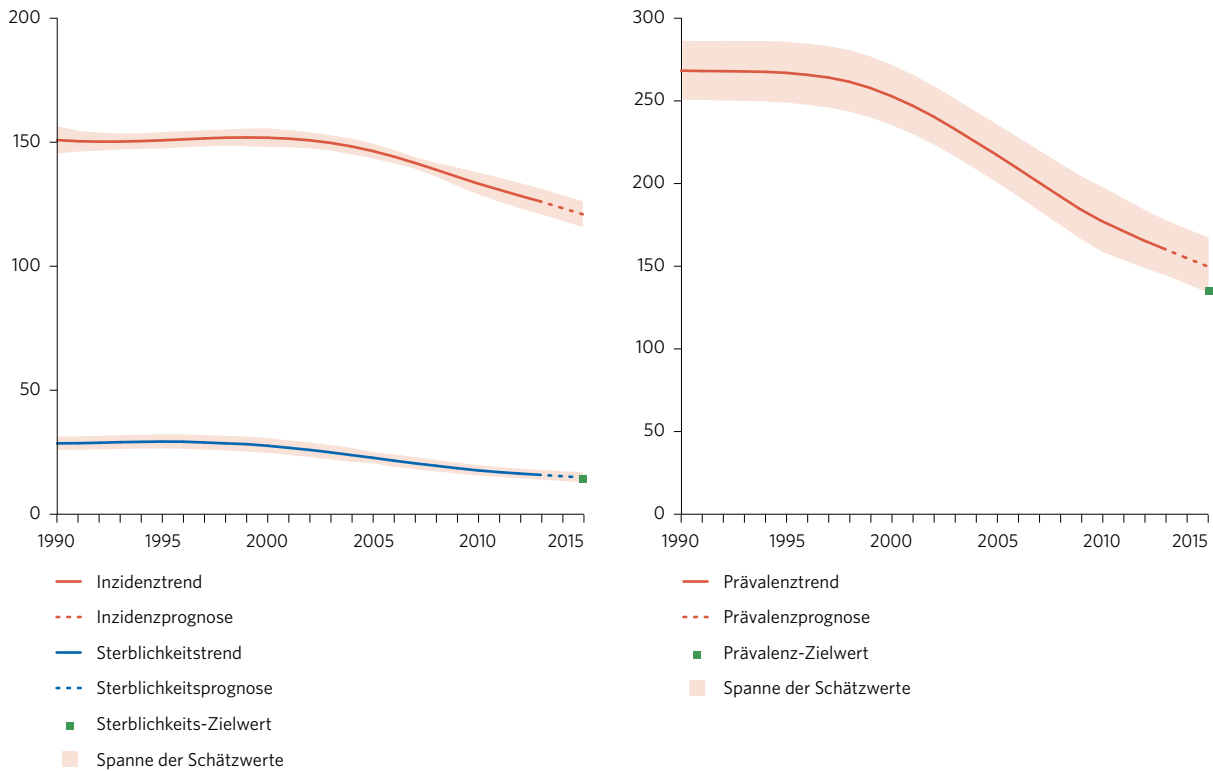
Kombinationstherapien auf Artemisininbasis haben andere Malariamedikamente als Behandlungsmethode erster Wahl schrittweise abgelöst und entscheidend zur Abwendung von Todesfällen beigetragen. Daneben sind

Präventionsmaßnahmen wie intermittierende Prophylaxe während der Schwangerschaft zur Senkung des Infektionsrisikos äußerst kosteneffizient und können jedes Jahr Zehntausende Menschenleben retten.

Die vergangenen 15 Jahre haben gezeigt, wie wirksam Interventionen des öffentlichen Gesundheitswesens Malariafälle reduzieren und Menschenleben retten können. Allerdings ging die Einführung mancher Interventionen wie diagnostischer Tests und Behandlungen langsamer als erwartet vonstatten, und es müssen robuste Anstrengungen unternommen werden, um die Maßnahmen in der Zeit nach 2015 großflächig auszuweiten. Dauerhaftes politisches Engagement, eine berechenbare Finanzierung und strategische Investitionen in die Gesundheitssysteme, die Überwachung der Krankheit und neue Instrumente sind notwendig, um erneute Ausbrüche und die mit Malaria verbundene Krankheitslast in den kommenden Jahren zu reduzieren.

Wirksame Prävention, Diagnose und Behandlung verringern Tuberkuloselast

Inzidenz-, Sterblichkeits- und Prävalenzraten für Tuberkulose – 1990–2015 (geschätzte Zahlen je 100.000 Einwohner)



Anmerkung: In beiden Grafiken markiert das grüne Kästchen das Ziel der Partnerschaft „Stopp der Tb“, bis 2015 die jeweiligen Raten gegenüber 1990 zu halbieren. Die Inzidenzrate bezieht sich auf neue Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner einschließlich HIV-positiver Menschen. Die Sterblichkeitsrate bezieht sich auf Tuberkulose Todesfälle je 100.000 Einwohner ohne HIV-positive Menschen.

Die Tuberkulose-Inzidenzrate sinkt seit 2000 in allen Regionen um durchschnittlich etwa 1,5 Prozent pro Jahr. Dies entspricht schätzungsweise 9 Millionen neuen Fällen im Jahr 2013. Der Rückgang vollzieht sich zwar langsam, hält der jetzige Trend jedoch an, werden wohl alle Regionen die Millenniums-Zielvorgabe erreichen, bis 2015 die Ausbreitung der Tuberkulose zum Stillstand zu bringen und umzukehren. Der langsame Rückgang ist unter anderem auf das Fehlen wirksamer Strategien, z.B. einer Postexpositionsimpfung oder der Behandlung einer latenten Infektion, zur Verhinderung einer Reaktivierung der Krankheit bei den schätzungsweise mehr als 2 Milliarden Menschen, die mit dem mycobacterium tuberculosis infiziert sind, zurückzuführen. Dadurch werden die laufenden Anstrengungen zur Eindämmung der Tuberkuloseinzidenz in ihrer Wirkung eingeschränkt.

Die weltweite Tuberkulose-Sterblichkeitsrate fiel zwischen 1990 und 2013 um 45 Prozent. 2013 starben 1,1 Millionen HIV-negative und schätzungsweise 360.000 HIV-positive Menschen an der Krankheit. Mit 11 Millionen Infizierten im Jahr 2013 (davon 13 Prozent HIV-positiv) sank die Prävalenz im selben Zeitraum

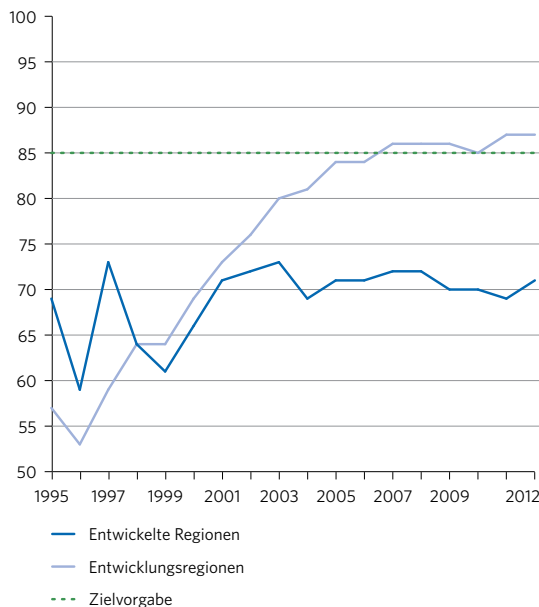
um 41 Prozent. Nach aktuellen Prognosen ist mit dem Rückgang der Sterblichkeits- und der Prävalenzrate das Ziel der globalen Partnerschaft „Stopp der Tb“, bis 2015 die jeweiligen Raten gegenüber 1990 zu halbieren, fast erreicht.

Der Rückgang in der Krankheitslast folgt 20 Jahren intensiver Anstrengungen zur Umsetzung der DOTS-Strategie (1995-2005) und ihrer Nachfolgestrategie „Stopp der Tb“ (2006-2015). Interventionen zur Prävention, Diagnose und Behandlung der Tuberkulose retteten zwischen 2000 und 2013 schätzungsweise 37 Millionen Menschenleben.

2013 waren bei den staatlichen Gesundheitsbehörden 6,1 Millionen diagnostizierte Tuberkulosefälle offiziell gemeldet. Davon waren 5,7 Millionen neu diagnostizierte Fälle (etwa 64 Prozent aller geschätzten neuen Fälle) sowie 400.000 bereits in Behandlung befindliche Menschen. 35 Prozent der gemeldeten Fälle entfielen auf China und Indien.

In den Entwicklungsregionen wurden in sechs aufeinanderfolgenden Jahren über 85 Prozent der neu diagnostizierten Tuberkulosefälle erfolgreich behandelt

Erfolgsquote der Tuberkulosebehandlung, entwickelte Regionen und Entwicklungsregionen – 1995–2012 (in Prozent)



Anmerkung: Die grüne Linie markiert die angestrebte Erfolgsquote von 85 Prozent.

Die Zahl der Menschen in Tuberkulosebehandlung stieg weltweit von 2,9 Millionen im Jahr 1995 auf 5,8 Millionen im Jahr 2012, und die Behandlung wird von Jahr zu Jahr erfolgreicher. Weltweit wurden 86 Prozent der 2012 neu diagnostizierten Patienten erfolgreich behandelt. Die Entwicklungsregionen überschritten im sechsten Jahr in Folge die 1991 gesetzte Zielvorgabe von 85 Prozent. Die niedrigere Erfolgsquote in den entwickelten Regionen geht hauptsächlich darauf zurück, dass die Behandlungsergebnisse nicht für alle Fälle gemeldet werden.

Strategische Gesundheitsmaßnahmen müssen nach 2015 ausgeweitet werden

Gesundheit ist eine Voraussetzung, ein Indikator und ein Ergebnis nachhaltiger Entwicklung. Im Rahmen der Post-2015-Entwicklungsagenda bedarf es robuster Maßnahmen, um die erzielten Fortschritte zu erhalten und weitere Gesundheitsthemen in eine umfassende Gesundheits- und Entwicklungsagenda einzubeziehen, und energischer Anstrengungen, um die Versorgung großflächig auszuweiten, Dienstleistungen und Forschung zu intensivieren, eine ambitionierte Politik und Unterstützungssysteme sicherzustellen und die Prävention zu verbessern. Für die neue Gesundheitsagenda muss auch die Reichweite der Gesundheitsmaßnahmen erhöht werden, um den Zugang zu Diensten zu gewährleisten, Ausgrenzung zu verhindern und Menschen durch eine allgemeine Gesundheitsversorgung abzusichern. All dies ist notwendig, um für Menschen jeden Alters ein gesundes Leben zu gewährleisten und ihr Wohlergehen zu fördern.



Neuer Ebola-Ausbruch birgt reiche Erkenntnisse für Gesundheit und Entwicklung

In den vergangenen 40 Jahren starben bei sporadischen Ausbrüchen der Ebola-Viruskrankheit in Äquatorialafrika im Durchschnitt jeweils wenige Hundert Menschen, und das Virus war im Wesentlichen auf ländliche Gebiete beschränkt und innerhalb einiger Wochen oder Monate eingedämmt. Insgesamt infizierten sich zwischen 1976 und 2012 etwa 2.400 Menschen mit dem Ebola-Virus, und rund 1.600 starben. Im Dezember 2013 brach die Krankheit in einer ländlichen Gegend Guineas nahe der Grenze zu Sierra Leone und Liberia erneut aus und wurde im März 2014 offiziell identifiziert. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Krankheit bereits auf Nachbarländer übergegriffen.

Dieser jüngste Ausbruch ist der schwerste, größte und längste seit Entdeckung des Virus. Er zog Tausende mehr Menschen in Mitleidenschaft als alle früheren Ausbrüche zusammen und dauert in einigen der betroffenen Länder auch nach über einem Jahr noch an. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurden bis Ende Mai 2015 mehr als 27.000 bestätigte, vermutete und Verdachtsfälle und mehr als 11.000 Todesopfer gemeldet. Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) hatten sich mehr als 5.000 Kinder infiziert, und 16.000 Kinder hatten einen oder beide Elternteile oder ihre wichtigste Betreuungsperson verloren.

Rasche, intensive Übertragung der Krankheit weitet Risiko über Afrika hinaus aus

Im Gegensatz zu vergangenen Ausbrüchen griff Ebola 2014 auf städtische Gebiete und Großstädte über und verbreitete sich in Guinea, Liberia und Sierra Leone rasch und intensiv. Ein Zusammenspiel von Faktoren, darunter die fehlende Vertrautheit mit der Krankheit, eine schlechte Gesundheitsinfrastruktur, die rasche Ausbreitung auf städtische Ballungsräume, die hohe Bevölkerungsmobilität sowie kulturelle Wertvorstellungen und bestimmte Verhaltensweisen, sorgte für hohe Übertragungsraten. Weitere Länder verzeichneten Einzelfälle oder eine örtlich begrenzte Übertragung. Zum ersten Mal wurde die Krankheit durch Flugreisende in andere Länder getragen und damit die von ihr potenziell ausgehende globale Gefahr verdeutlicht. Ende 2014 wurde Ebola zu einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite erklärt.

Neben der Gesundheit berührt der Ausbruch viele weitere Aspekte der Entwicklung

Schulschließungen, die Gefährdung früherer Zugewinne an Gesundheit und wirtschaftliche Rückschläge gehören zu den zahlreichen Auswirkungen des Ebola-Ausbruchs. Laut UNICEF mussten in den drei Ländern mit hoher Übertragungsrate 5 Millionen Kinder auf Bildung verzichten, weil Schulen über Monate geschlossen waren.

Gesundheitseinrichtungen und -dienste brachen unter der Last der Krise zusammen, und Patienten mieden Gesundheitsdienste aus Angst vor einer Ebola-Ansteckung. Sierra Leone meldete, dass zwischen Mai und September 2014 39 Prozent weniger Kinder unter fünf Jahren gegen Malaria behandelt wurden. Berichten aus Liberia zufolge sank der Anteil der Frauen, bei denen eine Gesundheitsfachkraft die Entbindung betreute, von 52 Prozent 2013 auf nur 37 Prozent zwischen Mai und August 2014.

Nach Angaben der Weltbank entstanden den Ländern mit hoher Übertragungsrate 2014 finanzielle Verluste von insgesamt über 500 Millionen Dollar oder fast 5 Prozent ihres kombinierten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bei der Wirtschaftsleistung wird der Verlust für 2015 auf mehr als 12 Prozent des BIP geschätzt. Des Weiteren haben diese Länder mit verringerter Agrarproduktion, möglicher Ernährungsunsicherheit, Lohn- und Gehaltseinbußen und Investitionspausen internationaler Unternehmen zu kämpfen.

Der Ebola-Ausbruch bringt Erkenntnisse, wie die Welt künftigen Epidemien Einhalt gebieten kann

Die Ebola-Krise zeigt, wie anfällig Länder sind, die nicht über Basisgesundheitsdienste und Früherkennungskapazitäten, ein umfassendes Meldesystem und ein Schnellreaktionssystem für die öffentliche Gesundheit gefährdende Krankheitsausbrüche verfügen. In Ländern, in denen eine solche gesundheitliche Basisversorgung fehlt, können durch neue oder wiederauftretende Krankheiten oder andere Ereignisse wie z.B. den Klimawandel ausgelöste Schocks noch größere Krisen entstehen. Wie der Ebola-Ausbruch zeigte, muss für eine wirksame Krisenreaktion in der Zukunft die Abwehrbereitschaft auf innerstaatlicher und globaler Ebene gewährleistet sein, damit Fortschritte in vielen Aspekten der Entwicklung nicht wieder zunichte gemacht werden.

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Auf einen Blick

- ▶ Ozonabbauende Stoffe sind praktisch abgeschafft, und die Ozonschicht wird sich voraussichtlich bis Mitte dieses Jahrhunderts erholt haben.
- ▶ Der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid ist seit 1990 um mehr als 50 Prozent gestiegen.
- ▶ 2015 haben 91 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung, gegenüber 76 Prozent 1990.
- ▶ Seit 1990 erhielten 2,1 Milliarden Menschen Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung, und der Anteil der Weltbevölkerung, die ihre Notdurft im Freien verrichten, sank um fast die Hälfte.
- ▶ Der Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsregionen sank zwischen 2000 und 2014 von 39,4 auf 29,7 Prozent.

ZIELVORGABE 7.A

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Entwaldung wird langsamer, gefährdet aber weiter Arten und die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen

Rund 30 Prozent der Landfläche der Erde sind bewaldet. Mindestens 1,6 Milliarden Menschen sind zur Existenzsicherung unmittelbar auf Wälder angewiesen, die zudem allen Menschen Nutzen, wie reine Luft und sauberes Wasser, bringen. Wälder bieten Millionen Tieren und Pflanzen Lebensraum und sind Einzugsgebiet für drei Viertel des Süßwassers. Bei der Anpassung an den Klimawandel und bei seiner Abschwächung spielen sie eine wichtige Rolle. Überall auf der Welt droht jedoch Entwaldung.

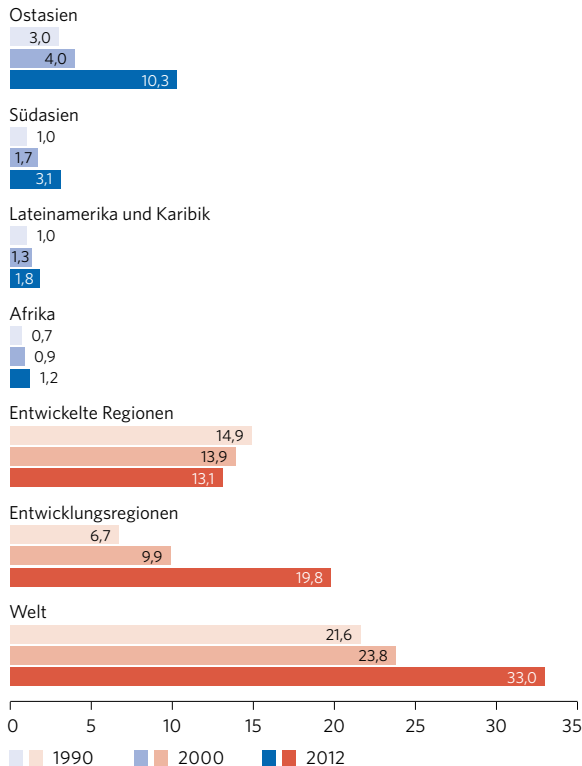
In den letzten Jahren verlangsamte sich der Nettoverlust an Waldfläche aufgrund eines leichten Rückgangs der Entwaldung bei verstärkter Aufforstung sowie aufgrund natürlichen Waldzuwachses in einigen Ländern und Regionen. Der Nettoverlust an Waldfläche sank von 8,3 Millionen Hektar pro Jahr in den 1990er Jahren auf geschätzte 5,2 Millionen Hektar (ein Gebiet in etwa der Größe Costa Ricas) jährlich zwischen 2000 und 2010. Trotz dieser Verbesserung ist der Waldverlust in vielen Ländern immer noch besorgniserregend hoch.

Den größten Nettoverlust an Waldfläche verzeichneten in den 2000er Jahren Südamerika und Afrika. Auch Ozeanien meldete einen Nettoverlust, hauptsächlich aufgrund schwerer Dürren und Waldbrände in Australien. In Asien hingegen nahm die Waldfläche nach dem Nettoverlust der 1990er Jahre zwischen 2000 und 2010 um netto rund 2,2 Millionen Hektar jährlich zu. Dieser Zugewinn, der vor allem auf umfangreiche Aufforstungsprogramme in China zurückgeht, wog die anhaltend hohen Nettoverlusten in vielen Ländern Süd- und Südostasiens auf.

Durch Entwaldung, Walddegradation und schlechte Waldbewirtschaftung wird Kohlenstoff in die Atmosphäre freigesetzt, was zum Klimawandel beiträgt. Seit 1990 nahm der in der Biomasse der Wälder gebundene Kohlenstoff weltweit in fast allen Regionen ab, was die globalen Kohlenstoffemissionen erhöhte. Zwischen 2005 und 2010 sank die Gesamtmenge des so gebundenen Kohlenstoffs jedes Jahr um schätzungsweise 0,5 Gigatonnen, vor allem durch einen Rückgang der weltweiten Waldfläche. Um diese schädliche Freisetzung von Kohlenstoff einzudämmen, muss die Entwaldung weltweit durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung begrenzt werden, damit die Wälder ihre unverzichtbare Funktion für die Gesundheit der Ökosysteme beibehalten können.

Die weltweiten Treibhausgasemissionen steigen weiter und liegen nun über 50 Prozent höher als 1990

Emissionen von Kohlendioxid – 1990, 2000 und 2012* (in Milliarden Tonnen)



* Die Daten für 2012 sind vorläufige Schätzwerte. Für einige Regionen liegen keine aufgeschlüsselten Daten vor. Daher differiert die Summe der regionalen Schätzwerte vom Gesamtwert.

Prognosen zufolge wird ein kontinuierlicher Anstieg der Treibhausgasemissionen die Erderwärmung erhöhen, was langfristige Veränderungen des Klimasystems mit der Gefahr gravierender und unumkehrbarer Folgen für die Menschen und die Ökosysteme nach sich ziehen wird. Die Auswirkungen auf Mensch und Natur werden voraussichtlich erdumspannend und von Region zu Region verschieden sein. Sie umfassen veränderte Ökosysteme und Lebensräume, nachteilige Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die zu Nahrungsmittelknappheit führen könnten, und häufigere und länger anhaltende extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen sowie zahlreiche Risiken für die Gesellschaft.

Zwischen 1990 und 2012 stieg der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) um über 50 Prozent. Die über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg gesammelten Daten zeigen, dass die weltweiten Emissionen immer rascher gestiegen sind. Während der Anstieg zwischen 1990 und 2000 noch 10 Prozent betragen hatte, lag er zwischen 2000 und 2012 bei 38 Prozent. Dies ging in erster Linie auf das Wachstum in den Entwicklungsregionen zurück.

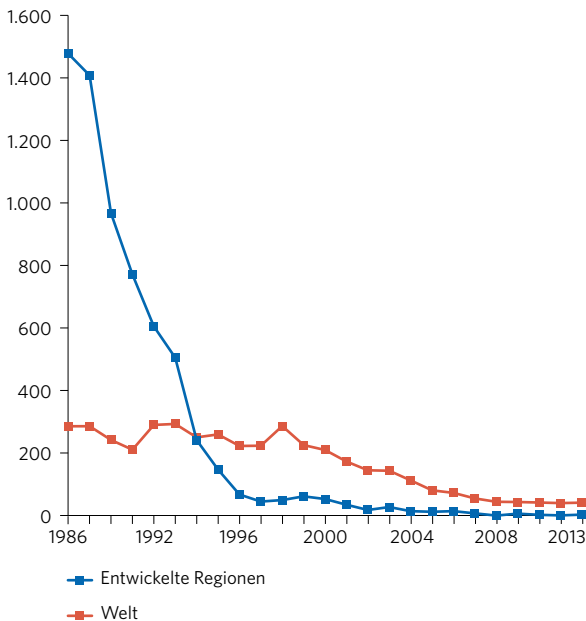
Die durchschnittlichen Emissionsraten unterscheiden sich zwischen den entwickelten und den Entwicklungsregionen erheblich. 2012 lag der durchschnittliche CO₂-Ausstoß der entwickelten Regionen bei etwa 10 Tonnen pro Kopf und Jahr, in den Entwicklungsregionen hingegen bei etwa 3 Tonnen. Die Emissionen pro Einheit Wirtschaftsleistung lagen in den Entwicklungsregionen mit 0,4 kg CO₂ je Dollar Wirtschaftsleistung etwas höher als in den entwickelten Regionen mit 0,3 kg.



Die Weltgemeinschaft steht weiter vor der dringenden und kritischen Herausforderung, gegen den unverminderten Anstieg der Treibhausgasemissionen und die damit verbundenen wahrscheinlichen Folgen des Klimawandels anzugehen. Auf der im Dezember 2015 in Paris stattfindenden Konferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen werden die Teilnehmer auf eine Einigung über ein Protokoll, ein anderes Rechtsinstrument oder ein vereinbartes Ergebnis mit Rechtskraft hinarbeiten, das für alle Vertragsparteien des Übereinkommens gilt. Dadurch würde ein Rahmen für die Stärkung der internationalen Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels geschaffen.

Ozonschicht wird sich bis zur Jahrhundertmitte dank konzertierter weltweiter Anstrengungen zur Abschaffung ozonabbauender Stoffe voraussichtlich erholt haben

**Verbrauch ozonabbauender Stoffe – 1986–2013
(in Tausend Tonnen)**



Die praktisch vollständige Abschaffung ozonabbauender Stoffe ist ein Beispiel für eine rundum erfolgreiche zwischenstaatliche Initiative, bei der es gelungen ist, sowohl die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung in die nationale Politik einzubinden als auch weltweite Entwicklungspartnerschaften aufzubauen.

Das 1987 vereinbarte Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wurde von allen Ländern ratifiziert. Es verpflichtet alle Unterzeichner zur Entwicklung von Richtlinien für das Management ozonabbauender Stoffe sowie von Lizenzsystemen zur Kontrolle ihres Verbrauchs und ihrer Herstellung. Seit 1990 haben 197 Vertragsparteien 98 Prozent aller wichtigen ozonabbauenden Stoffe weltweit schrittweise abgeschafft. Die noch verbleibenden Stoffe werden über die nächsten 15 Jahre hinweg abgeschafft. Dadurch wird sich die Ozonschicht voraussichtlich bis zur Jahrhundertmitte regeneriert haben.

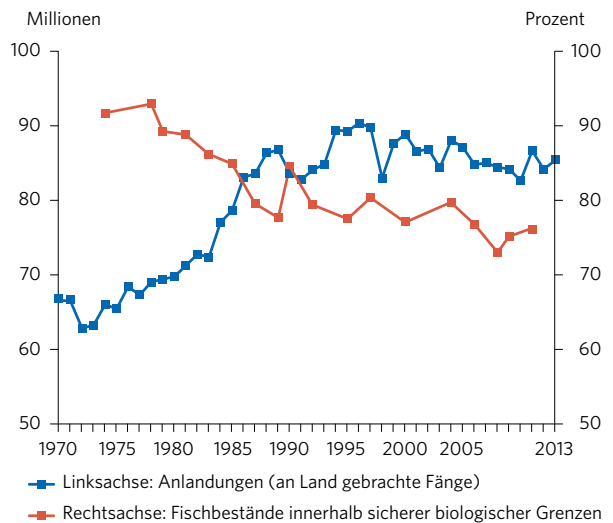
Ein weiterer positiver Effekt könnte die Vermeidung von bis zu 2 Millionen Fällen von Hautkrebs pro Jahr bis 2030 sein. Viele ozonabbauende Stoffe sind außerdem starke Treibhausgase. Daher leisteten die Anstrengungen zum

Schutz der Ozonschicht durch die Vermeidung der Emission von mehr als 135 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent auch einen erheblichen Beitrag zur Abschwächung des Klimawandels.

Eine der größten verbleibenden Herausforderungen besteht in der schrittweisen Abschaffung der letzten ozonabbauenden Chemikalien, der Fluorchlorkohlenwasserstoffe, ohne sie durch Alternativen mit hohem Erderwärmungspotenzial wie Fluorkohlenwasserstoffe zu ersetzen. Daneben sind auch die Verhütung des illegalen Handels mit ozonabbauenden Stoffen und der verantwortungsvolle Umgang mit den beispielsweise in Kühlschränken, Klimaanlage und Brandbekämpfungsausrüstung noch im Einsatz befindlichen Stoffen weiter von Bedeutung. Damit diese beispiellose internationale Erfolgsgeschichte weitergehen kann, müssen die in Gang gesetzte Dynamik und die Finanzierung für die endgültige Abschaffung dieser Stoffe beibehalten werden.

Raubbau in der Meeresfischerei nimmt zu und bedroht Ökosysteme und Existenzgrundlagen

Anteil der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen – 1974–2011 (in Prozent) und Anlandungen, 1970–2013 (in Millionen Tonnen)



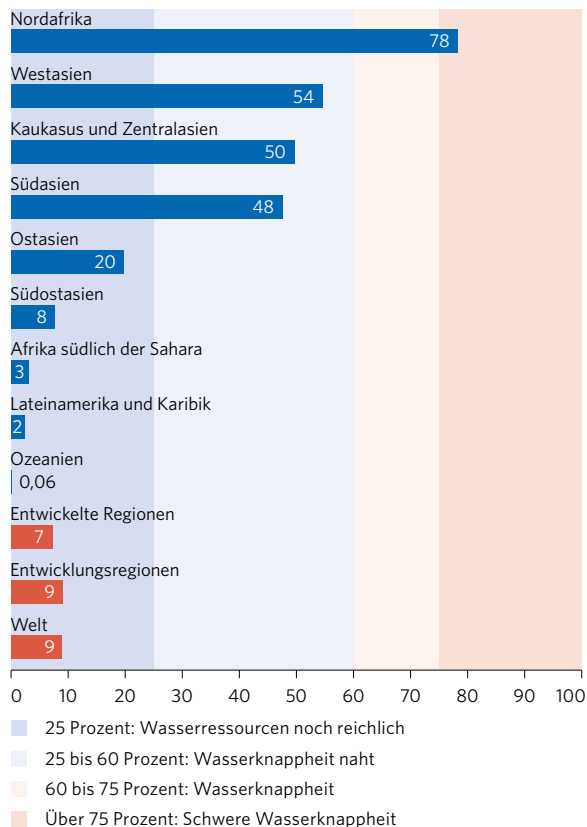
Die Fischerei trägt weltweit erheblich zur Ernährungs- und Existenzsicherung und zur Volkswirtschaft bei. Werden die Fischbestände jedoch so weit erschöpft, dass Dauererträge nicht mehr gesichert sind, zieht dies auch eine ökologische und evolutionäre Schädigung der marinen Ökosysteme nach sich. Der Anteil überfischter Bestände, die innerhalb sicherer biologischer Grenzen bleiben, ist im Zeitverlauf zurückgegangen.

Der Anteil mariner Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen sank zwischen 1974 und 2011 um 19 Prozentpunkte, von 90 auf 71 Prozent. Nachdem sich der Zustand der globalen Fischerei über 40 Jahre trotz der fischereipolitischen und fischereiwirtschaftlichen Maßnahmen der Küstenstaaten und der internationalen Gemeinschaft verschlechtert hat, sind die Fischbestände nun so weit zurückgegangen, dass der größtmögliche Dauerertrag nicht mehr gesichert ist. Allerdings konnten, vor allem in Europa, Nordamerika und Ozeanien, zahlreiche überfischte Bestände erfolgreich regeneriert werden.

Überfischung senkt nicht nur die Produktivität der Fischbestände, sondern beeinträchtigt auch Ökosystemfunktionen und die biologische Vielfalt. Dies wird letztlich die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aufhalten. Die insgesamt angelandete globale marine Fangmenge sank von einem Höchststand von 88 Millionen Tonnen im Jahr 1996 auf etwa 82 Millionen Tonnen 2013. Dies veranschaulicht, dass die Überfischung neben anderen Faktoren Auswirkungen auf die Fischereierträge hat. Eine Umkehr dieses Trends erfordert starken politischen Willen und strikte Bewirtschaftungspläne zur Wiederherstellung der Nachhaltigkeit und Produktivität der globalen Fischerei.

Schon jetzt sind 40 Prozent der Weltbevölkerung von Wasserknappheit betroffen, und es werden noch mehr werden

Anteil der Entnahmen aus erneuerbaren Wasserressourcen – um 2011 (in Prozent)



Welchen Anteil seiner Wasserressourcen ein Land nutzt, hängt von seiner Wasserpolitik und von der Wasserknappheit ab. Eine physische Knappheit besteht, wenn es an Wasser ausreichender Qualität mangelt, eine wirtschaftliche, wenn aufgrund finanzieller, technischer oder anderer Zwänge eine angemessene Infrastruktur fehlt, eine institutionelle, wenn die Institutionen für eine verlässliche, gesicherte und gerechte Wasserversorgung fehlen. Zu den größten Wasserentnehmern gehören Landwirtschaft (Bewässerung, Viehwirtschaft und Aquakultur), Industrie und Kommunen. Kommunen entnehmen heute weltweit 12 Prozent des Süßwassers, die Industrie 19 Prozent. Die restlichen 69 Prozent entfallen auf die Landwirtschaft, hauptsächlich für Bewässerung.

Weltweit werden nur 9 Prozent der erneuerbaren Süßwasserressourcen zur Nutzung durch Landwirtschaft, Kommunen und Industrie entnommen. Dies liegt unter der Entnahmeschwelle von 25 Prozent, bei der physische Wasserknappheit naht. Hinter diesem globalen Wert verbergen sich jedoch große Unterschiede zwischen den Regionen und in den Ländern. 1998 verzeichneten 36 Länder nahende Wasserknappheit, 2011 hingegen schon 41. Zehn dieser Länder – auf der Arabischen Halbinsel, in Nordafrika und Zentralasien – entnehmen mehr als 100 Prozent der erneuerbaren Süßwasserressourcen. Überschreitet ein Land diese Schwelle, beginnt es seine erneuerbaren Grundwasserressourcen zu erschöpfen und greift auf nicht erneuerbares fossiles Grundwasser oder auf nichtkonventionelle Wasserressourcen wie entsalztes oder wiederaufbereitetes Wasser oder Drainagewasser aus der Landwirtschaft zurück.

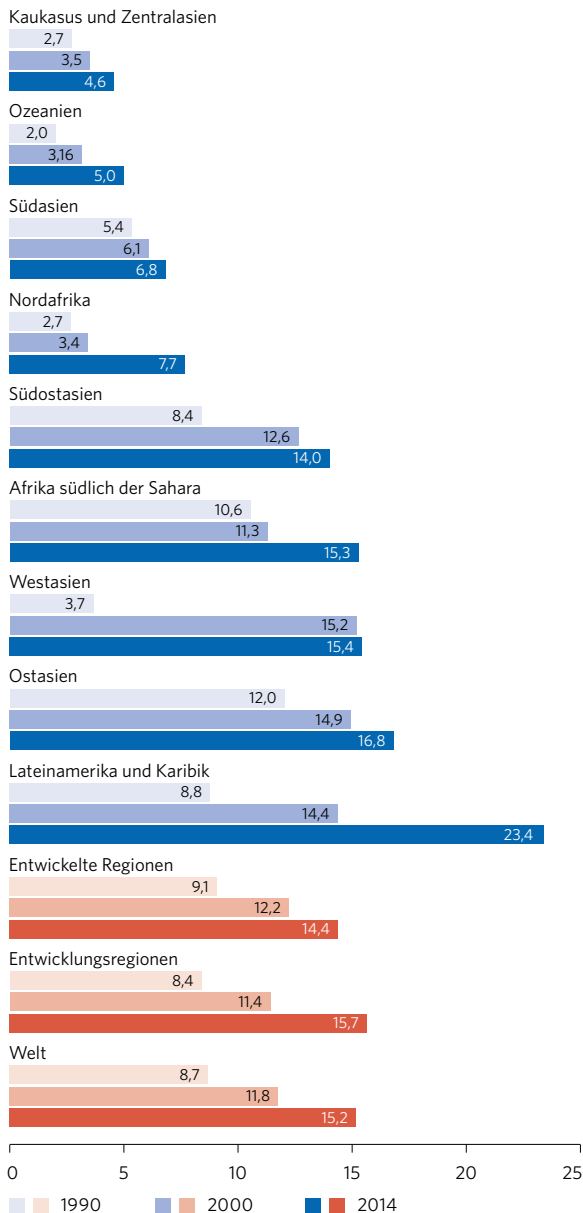
Heute sind mehr als 40 Prozent aller Menschen weltweit von Wasserknappheit betroffen, und es werden noch mehr werden. Wasserknappheit betrifft bereits alle Kontinente und beeinträchtigt die Nachhaltigkeit der natürlichen Ressourcen sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

ZIELVORGABE 7.B

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Lateinamerika und die Karibik, Ozeanien und Westasien sind beim Schutz der Land- und Meeresgebiete führend

Geschützte Landgebiete – 1990, 2000 und 2014 (in Prozent)



Land- und Meeresschutzgebiete tragen dazu bei, den Artenschwund zu mindern, die Ernährungssicherheit und die Wasservorräte zu erhalten, die Klimaresilienz zu stärken und die Gesundheit und das Wohl der Menschen zu erhöhen. Die Unterschutzstellung soll die Biodiversität bewahren und fördern und die Gebiete für die kommenden Generationen schützen und erhalten.

2014 waren 15,2 Prozent der Land- und Binnengewässergebiete sowie 8,4 Prozent der küstennahen Meeresgebiete (bis 200 Seemeilen vor der Küste) geschützt. Nur 0,25 Prozent der Meeresgebiete außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (jenseits von 200 Seemeilen) waren geschützt. Dies zeigt, welch dringender Handlungsbedarf hier besteht.

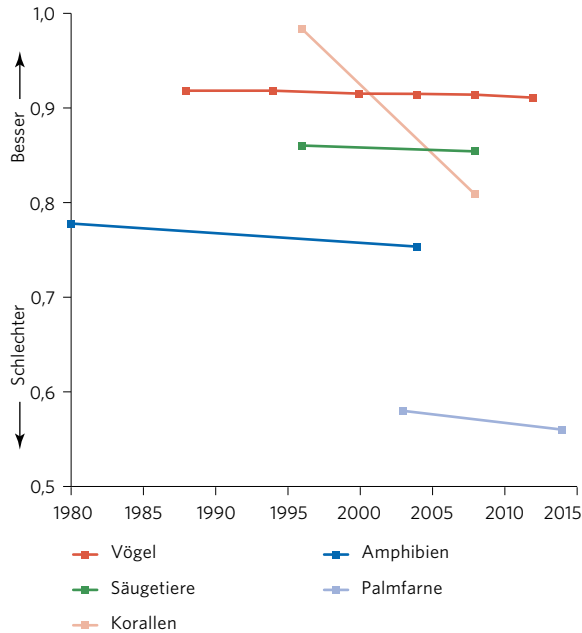
Seit 1990 wurden die geschützten Landgebiete in vielen Regionen erheblich erweitert. Zwischen 1990 und 2014 stieg ihr Anteil in Lateinamerika und der Karibik von 8,8 auf 23,4 Prozent der Landfläche, in Westasien um mehr als das Vierfache von 3,7 auf 15,4 Prozent.

Einige Weltregionen haben auch ihre Meeresschutzgebiete erheblich ausgeweitet. In Ozeanien, das 1990 keine Küsten- oder Meeresschutzgebiete hatte, waren 2014 7,4 Prozent dieser Gebiete geschützt.

Seit 1990 wird weltweit ein immer größerer Teil der Flächen geschützt, und bis 2020 werden wohl mindestens 17 Prozent der Landflächen und Binnengewässer und 10 Prozent der Meeres- und Küstengebiete geschützt sein. Aber auch bei anderen Schutzaspekten müssen Verbesserungen herbeigeführt werden, darunter eine wirksame und gerechte Bewirtschaftung und Vernetzung sowie der Schutz von für die biologische Vielfalt und Ökosystemdienstleistungen wichtigen Gebieten, insbesondere ökologisch repräsentative Netze von Schutzgebieten. Die Messung der Fortschritte bei Schutzgebieten wird für die Fortschrittsbewertung in Bezug auf die Post-2015-Entwicklungsagenda und ihre Ziele und Zielvorgaben von grundlegender Bedeutung sein.

Für die Bewahrung von Tieren und Pflanzen vor dem Aussterben wird die Zeit knapp

Rote-Liste-Index der IUCN* zum Überleben von Arten für Vögel (1988-2008), Säugetiere (1996-2008), Korallen (1996-2008), Amphibien (1980-2004) und Palmfarne (2003-2014)



* Der Rote-Liste-Index, zusammengestellt von der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) und 10 Rote-Liste-Partnerinstitutionen, misst Trends beim Aussterberisiko von Arten auf der Grundlage echter Risikoveränderungen.

Anmerkung: Ein Wert von 1,0 bedeutet, dass alle Arten als nicht gefährdet eingestuft werden und daher in naher Zukunft nicht auszusterben drohen. Ein Wert von Null besagt, dass alle Arten ausgestorben sind.

Nach dem Rote-Liste-Index, der Trends beim Aussterberisiko von Arten misst, sinken in allen bislang untersuchten taxonomischen Gruppen bei einem beträchtlichen Teil der Arten die Population und die Verbreitung, und sie sind damit zunehmend vom Aussterben bedroht. In den letzten 50 Jahren wurde der Erhaltungszustand vieler dieser Gruppen umfassend bewertet. Als vom Aussterben bedroht gelten 26 Prozent von 5.500 Säugetierarten, 13 Prozent von 10.400 Vogelarten, 41 Prozent von 6.000 Amphibienarten, 33 Prozent von 845 Arten riffbildender Korallen und 63 Prozent von 340 Palmfarnarten. Das Aussterberisiko von Korallenarten steigt am schnellsten, während bei den Palmfarnarten ein größerer Teil bedroht ist. Bei den Gruppen, bei denen ein Trend im Aussterberisiko quantifiziert werden kann, verschlechtert sich der Zustand von Arten weitaus häufiger als er sich verbessert.

Palmfarne, die erste große Pflanzengruppe, für die ein Rote-Liste-Index erstellt wurde, sind die ältesten heute lebenden Pflanzen der Welt. Seit Millionen Jahren unverändert, sind sie aufgrund von Habitatverlust und Handel mit wildwachsenden Exemplaren besonders gefährdet. Palmfarne gehen in allen Regionen weiter zurück, und beinahe zwei Drittel sind vom Aussterben bedroht.

Wie die Erfahrung zeigt, können Arten sich erholen. Abgestimmte Erhaltungsmaßnahmen können Biodiversitätstrends entscheidend beeinflussen. Ohne solche Maßnahmen wären zwischen 1994 und 2004 wohl 16 Vogelarten ausgestorben, und für Säugetiere, Vögel und Amphibien lägen die Trendwerte für das Aussterberisiko mindestens um ein Fünftel höher. Um für die Zukunft erhebliche Biodiversitätsverluste abzuwenden, bedarf es großflächiger Erhaltungsmaßnahmen. Andernfalls wird die biologische Vielfalt abnehmen, was ernste Folgen für die Ökosystemdienstleistungen hätte, auf die alle Menschen angewiesen sind.

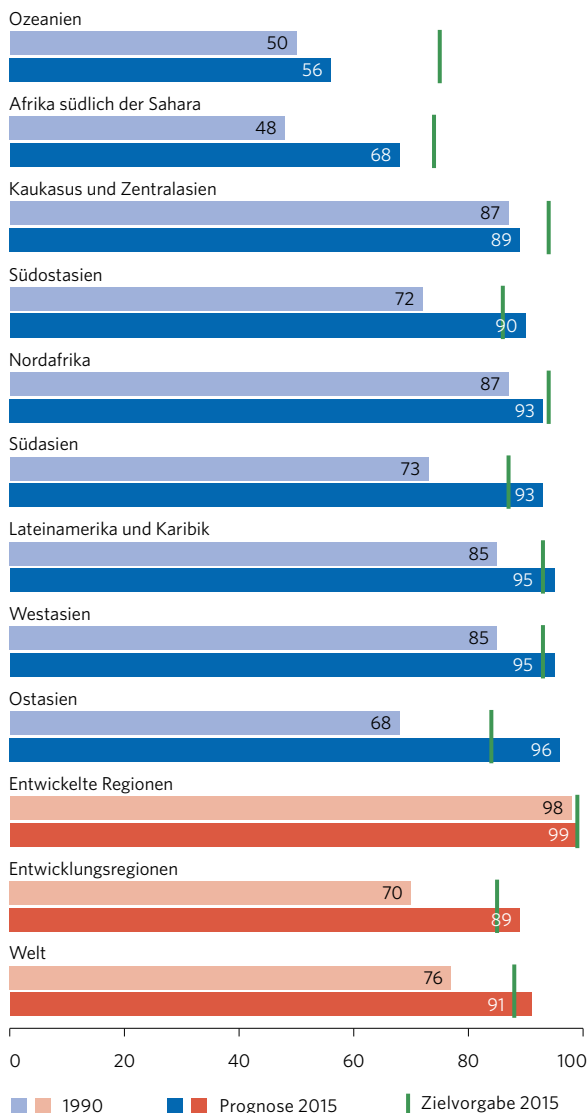


ZIELVORGABE 7.C

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Das globale Millenniums-Trinkwasserziel wurde fünf Jahre vor Fristablauf erreicht

Anteil der Bevölkerung, der eine verbesserte Trinkwasserquelle nutzt – 1990 und 2015 (in Prozent)



Zwischen 1990 und 2015 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung von 76 auf 91 Prozent und übertraf damit die Millenniums-Zielvorgabe, die schon 2010 erreicht war. 1,9 Milliarden der 2,6 Milliarden Menschen, die diesen Zugang seit 1990 erhielten, haben einen eigenen Trinkwasserleitungsanschluss. Damit hat mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Weltbevölkerung diese höhere Versorgungsstufe erreicht. Im selben Zeitraum fiel die Zahl der Menschen, die Oberflächenwasser nutzten, um mehr als die Hälfte, von 346 auf 159 Millionen.

In Lateinamerika und der Karibik, Ost-, Süd-, Südost- und Westasien ist der Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung seit 1990 um die Hälfte gesunken. Afrika südlich der Sahara hat die Zielvorgabe zwar verfehlt, konnte den Zugang aber um 20 Prozentpunkte verbessern. Fast die Hälfte der schätzungsweise 663 Millionen Menschen weltweit, die 2015 noch immer eine unverbesserte Trinkwasserquelle wie ungesicherte Brunnen und Quellen und Oberflächenwasser nutzen, lebt in Afrika südlich der Sahara, ein Fünftel in Südasien.

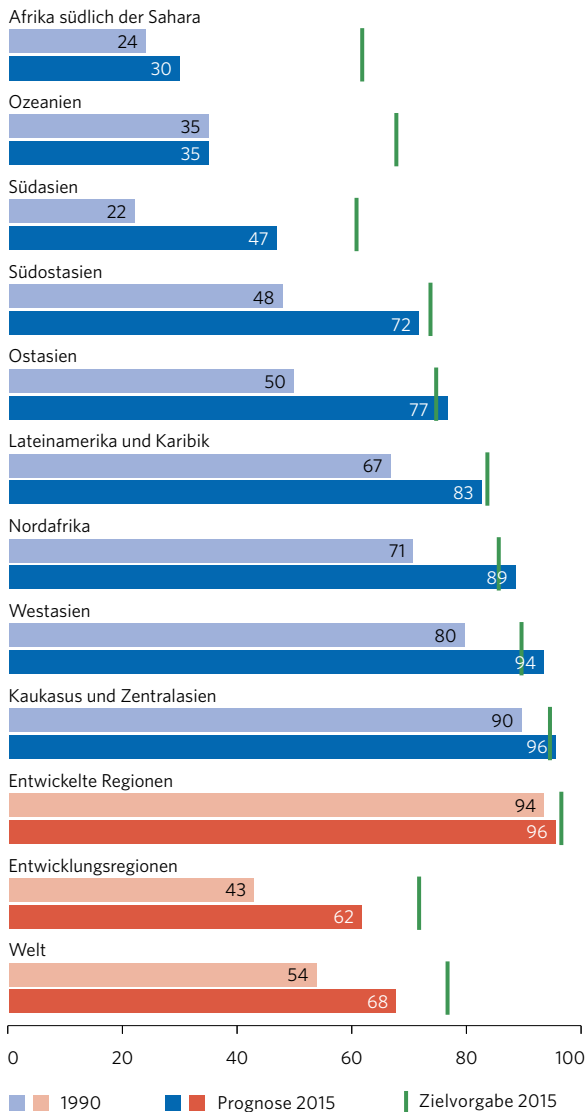
Seit 1990 erhielten weltweit 2,1 Milliarden Menschen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen, die Zielvorgabe wurde jedoch verfehlt

Zwischen 1990 und 2015 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen von 54 auf 68 Prozent. Damit haben seit 1990 2,1 Milliarden Menschen diesen Zugang erhalten, und der Anteil der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten, ist weltweit um beinahe die Hälfte, von 24 auf 13 Prozent, gesunken. Dennoch haben 2015 immer noch 2,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen, und 946 Millionen verrichten weiter ihre Notdurft im Freien.

Kaukasus und Zentralasien, Nordafrika, Ostasien und Westasien konnten den Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen halbieren. Südasiens, wo 1990 die Versorgungsdichte mit 22 Prozent am niedrigsten lag, verzeichnete mit einem Anstieg auf 47 Prozent im Jahr 2015 den größten Zuwachs.

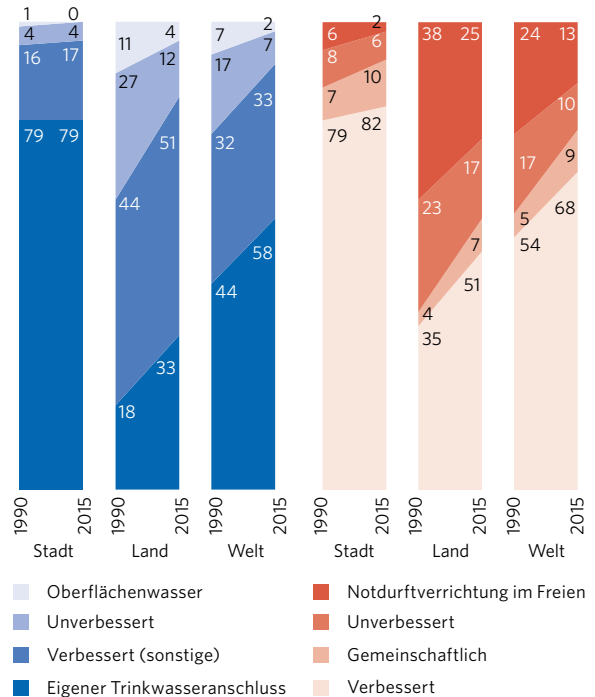
Die globalen Fortschritte bei der Erreichung dieser Zielvorgaben waren sehr unterschiedlich, doch haben 147 Länder das Trinkwasserziel, 95 das Sanitärversorgungsziel und 77 Länder beide Ziele erreicht.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen – 1990 und 2015 (in Prozent)



Insgesamt haben die Disparitäten zwischen Stadt und Land abgenommen, sind jedoch weiter groß

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten und unverbesserten Trinkwasserquellen und sanitären Einrichtungen (Stadt – Land – Welt) – 1990 und Prognose für 2015 (in Prozent)



Weltweit sank der Anteil der Landbewohner ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung zwischen 1990 und 2015 von 38 auf 16 Prozent. Heute nutzen 96 Prozent der Stadtbewohner, aber nur 84 Prozent der Landbewohner eine verbesserte Trinkwasserquelle. Vier Fünftel der Stadt-, aber nur ein Drittel der Landbewohner haben Zugang zu einer Trinkwasserleitung.

Im selben Zeitraum sanken weltweit der Anteil der Landbewohner ohne Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen um fast ein Viertel und der Anteil der Menschen in ländlichen Gebieten, die ihre Notdurft im Freien verrichten, von 38 auf 25 Prozent. Knapp die Hälfte der Landbewohner hat diesen Zugang nicht, ein Viertel verrichtet nach wie vor seine Notdurft im Freien. In städtischen Gebieten haben nur 18 Prozent der Menschen keinen Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung.

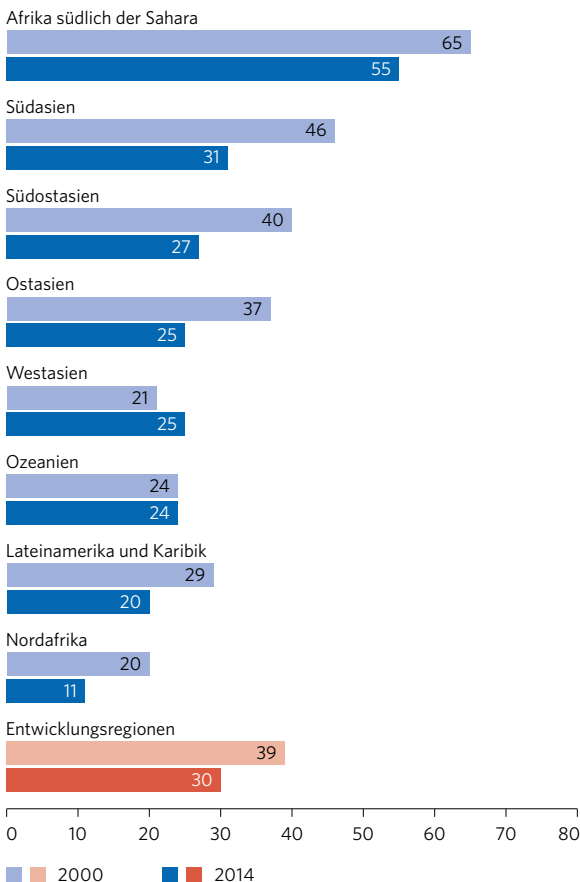
Landbewohner und Angehörige armer, marginalisierter Gruppen haben häufiger keinen Zugang zu verbesserter Wasser- und Sanitärversorgung und keinen eigenen Trinkwasserleitungsanschluss. Die fortschreitende Beseitigung der Disparitäten in diesem Bereich wird in der Post-2015-Entwicklungsagenda eine wichtige Rolle spielen.

ZIELVORGABE 7.D

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

In fast allen Regionen leben weniger Städter in Slums

Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner – 2000 und 2014 (in Prozent)



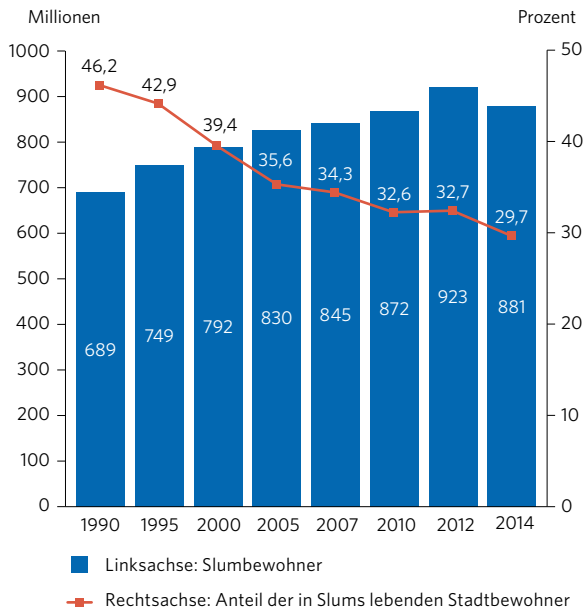
Das Leben der Slumbewohner hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich verbessert. Zwischen 2000 und 2014 erlangten mehr als 320 Millionen Menschen Zugang zu verbesserter Wasser- oder Sanitärversorgung, festen Unterkünften oder weniger beengten Wohnverhältnissen. Damit wurde die Millenniums-Zielvorgabe weitgehend übertroffen. Der Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsregionen sank zwischen 2000 und 2014 von 39 auf 30 Prozent. Zwar ist die Zielvorgabe erreicht, doch steigt die absolute Zahl der in Slums lebenden Städter weiter an. Dies ist teils auf raschere Verstädterung, Bevölkerungswachstum und das Fehlen einer geeigneten Landnutzungs- und Wohnraumpolitik zurückzuführen. 1990 lebten 689 Millionen Stadtbewohner in Slums, 2000 waren es 792 Millionen, und heute sind es schätzungsweise über 880 Millionen.

Der Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung ist in fast allen Regionen erheblich gesunken. Den mit mindestens 12 Prozentpunkten stärksten Rückgang verzeichnen Ost-, Süd- und Südostasien. Lateinamerika und die Karibik sowie Nordafrika haben 2015 den geringsten Anteil in Slums lebender Stadtbewohner. In Nordafrika sank dieser Anteil von 20 Prozent im Jahr 2000 auf 11 Prozent im Jahr 2014 und damit fast um die Hälfte. Lateinamerika und die Karibik verzeichneten im selben Zeitraum einen Rückgang von 29 auf 20 Prozent.

In Afrika südlich der Sahara war dieser Anteil 2014 mit schätzungsweise 55 Prozent noch immer höher als in jeder anderen Region, doch auch dort wurde seit 2000 ein Rückgang um fast 10 Prozentpunkte verzeichnet. Im Gegenzug nimmt in Konflikt- und Postkonfliktländern der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner weiter zu. So verzeichnete Irak zwischen 2000 und 2014 einen Anstieg um mehr als 60 Prozent.

Anteil der Slumbewohner in den Städten der Entwicklungsregionen sinkt, aber ihre Zahl ist weiter hoch

In Slums lebende Stadtbewohner (in Millionen) und Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner (in Prozent), Entwicklungsregionen – 1990–2014



Weltweit wurde die Millenniums-Zielvorgabe zwar erreicht, doch bedarf es weiterer Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der wachsenden Zahl von Slumbewohnern, insbesondere in den zahlreichen Ländern, die noch zurückliegen. Aus den Erfolgen der letzten 15 Jahre lassen sich einige Lehren ableiten. So können mutige politische Reformen und die Umsetzung einer ausgewogenen Planung und Wirtschaftspolitik Slumwachstum in der Zukunft verhindern. Daten aus 44 Ländern zeigen, dass zur Verringerung von Slums eine Kombination einander ergänzender Ansätze erforderlich ist, die von der Bewusstseinsbildung über die Aufstockung der Finanzmittel bis zur Bereitstellung von Grundversorgungseinrichtungen reichen und die von politischen Reformen und einer Stärkung der Institutionen flankiert sind.

Die ökologische Nachhaltigkeit ist eine tragende Säule der Post-2015-Entwicklungsagenda

Die Anstrengungen zur Sicherung der globalen ökologischen Nachhaltigkeit haben in den letzten 15 Jahren zu gemischten Ergebnissen geführt. Nach 2015 bleibt noch viel zu tun, insbesondere angesichts der akuten Umweltprobleme der Welt wie Klimawandel, Wasser- und Ernährungsunsicherheit und Naturkatastrophen.

Ein Thema, das sich bei den Diskussionen um die Nachfolgeagenda zu den Millenniumszielen abzeichnet, ist die Wichtigkeit einer echten Integration der Umwelt in die Entwicklungsbestrebungen. Ökologische Nachhaltigkeit ist eine zentrale Säule der Post-2015-Entwicklungsagenda und Voraussetzung für eine dauerhafte sozioökonomische Entwicklung und die Beseitigung der Armut. Gesunde, sorgsam bewirtschaftete und vielfältige Ökosysteme und Ressourcen können eine wichtige Rolle bei der Milderung künftiger Umweltprobleme spielen und die Existenzgrundlagen überall auf der Welt verbessern. Die Entwicklungsagenda für die Zukunft muss den Beziehungen zwischen sozioökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit Rechnung tragen und die Umweltsäule der nachhaltigen Entwicklung stärken.



Ziel 8

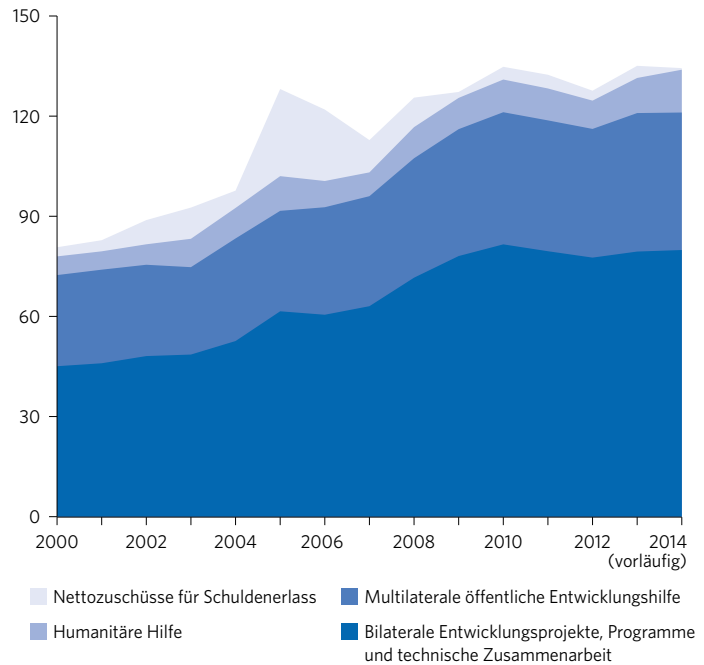
Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Auf einen Blick

- Die öffentliche Entwicklungshilfe der entwickelten Länder stieg zwischen 2000 und 2014 real um 66 Prozent.
- 2014 waren 79 Prozent der Importe der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern zollfrei.
- Das Verhältnis Auslands-schuldendienst zu Exporterlösen fiel in den Entwicklungsländern von 12 Prozent im Jahr 2000 auf 3 Prozent im Jahr 2013.
- 2015 können 95 Prozent der Weltbevölkerung ein Mobilfunk-signal empfangen.
- In den Entwicklungsregionen nutzt nur ein Drittel der Bevölkerung das Internet, in den entwickelten Regionen sind es 82 Prozent.

Der starke Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe in den 2000er Jahren ist abgeflacht

Öffentliche Entwicklungshilfe aus den OECD/DAC-Ländern – 2000–2014 (in Milliarden konstanter Dollar (Basisjahr: 2013))



Nach dem Rückgang der späten 1990er Jahre stieg die Entwicklungshilfe Anfang des 21. Jahrhunderts wieder an. Die öffentliche Netto-Entwicklungshilfe aus den Ländern, die dem Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, wuchs zwischen 2000 und 2014 um 66 Prozent. Allerdings gab sie 2014 gegenüber dem Höchststand des Vorjahres mit einem Realrückgang um 0,5 Prozent auf 135,2 Milliarden Dollar leicht nach.

Von 2013 auf 2014 blieb die öffentliche Entwicklungshilfe in Form von Nettohilfe für zentrale bilaterale Projekte und Programme, etwa 60 Prozent der gesamten Hilfe, nahezu konstant. Die Zuschüsse für Schuldenerlass hingegen fielen real um 87 Prozent, von 3,6 Milliarden auf 476 Millionen Dollar. Die humanitäre Hilfe verzeichnete einen Realanstieg um 22 Prozent, von 11 auf 13 Milliarden Dollar.

Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder belief sich 2014 auf 0,29 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Frankreich und Japan waren dem Volumen nach die größten Geber. Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich lagen erneut über dem Zielwert der Vereinten Nationen für die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des BNE. 2014 stellten die G7-Länder 71 Prozent der gesamten DAC-Hilfe, die Länder der Europäischen Union 55 Prozent.

Auch Nicht-DAC-Länder haben ihre Hilfe verstärkt. Zwar liegen genaue Zahlen für 2014 noch nicht für alle Länder vor, doch hatten die Vereinigten Arabischen Emirate nach vorläufigen Daten mit einem BNE-Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe von 1,17 Prozent den höchsten Wert aller Länder erreicht. Ungarn, Estland und die Türkei erhöhten ihre Hilfe gegenüber dem Vorjahr real um 24,4 Prozent, 19,2 Prozent bzw. 8,2 Prozent.

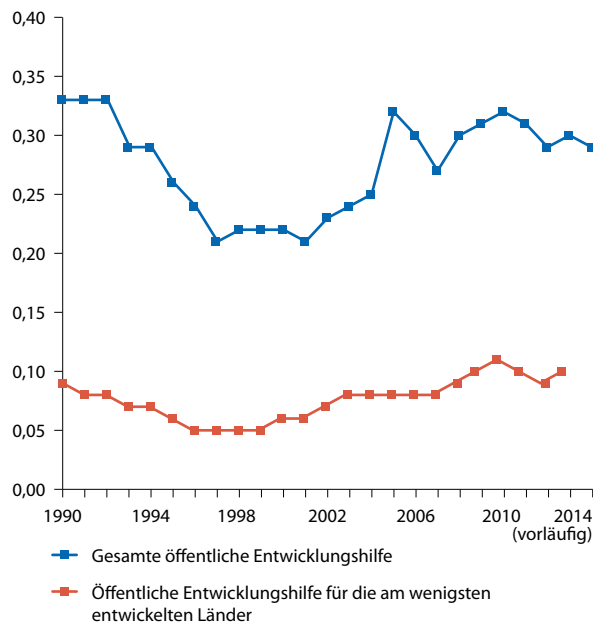
Von der gesamten sektoral zuordenbaren Hilfe entfielen 2012 und 2013 durchschnittlich etwa 26 Prozent auf die Erreichung des Ziels der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen.

ZIELVORGABEN 8.B und 8.C

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Während der Laufzeit der Millenniumsziele stieg die öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder deutlich an

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Länder am Bruttonationaleinkommen der Geber – 1990–2014 (in Prozent)



2014 sank die bilaterale Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder real um 16 Prozent auf 25 Milliarden Dollar zu konstanten Vorjahrespreisen. Ein Großteil dieses Rückgangs lässt sich allerdings den Myanmar 2013 gewährten relativ hohen Zuschüssen für Schuldenerlass zuschreiben.

Vorläufige Daten für 2014 zeigen, dass die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika südlich der Sahara, wo die meisten der am wenigsten entwickelten Länder liegen, gegenüber dem Vorjahr real um 5 Prozent auf 25 Milliarden Dollar zu konstanten Preisen 2013 sank. Ohne Schuldenerlass belief sich der Rückgang jedoch nur auf 2 Prozent.

Nach vorläufigen Ergebnissen der DAC-Erhebung 2015 zur Ausgabenplanung der Geber wird die länderprogrammierbare Hilfe 2015 real um 2,5 Prozent steigen, hauptsächlich aufgrund von Auszahlungen multilateraler Organisationen. Dieser Anstieg wird vor allem den am wenigsten entwickelten und anderen Niedrigeinkommensländern zugutekommen – für sie wird ein Realanstieg der Hilfe von 5,7 Prozent erwartet. Die Zuweisungen für die am wenigsten entwickelten Länder werden nach der Prognose des Berichts bis Ende 2018 weiter steigen. Bei den Zuweisungen für Länder mit niedrigerem mittlerem und höherem mittlerem Einkommen wird keine Veränderung erwartet.

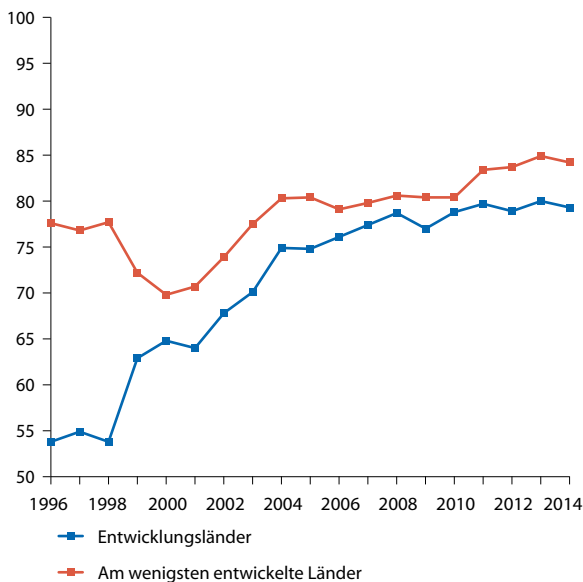


ZIELVORGABE 8.A

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Importe aus Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten, erhalten von entwickelten Ländern immer häufiger eine Vorzugsbehandlung

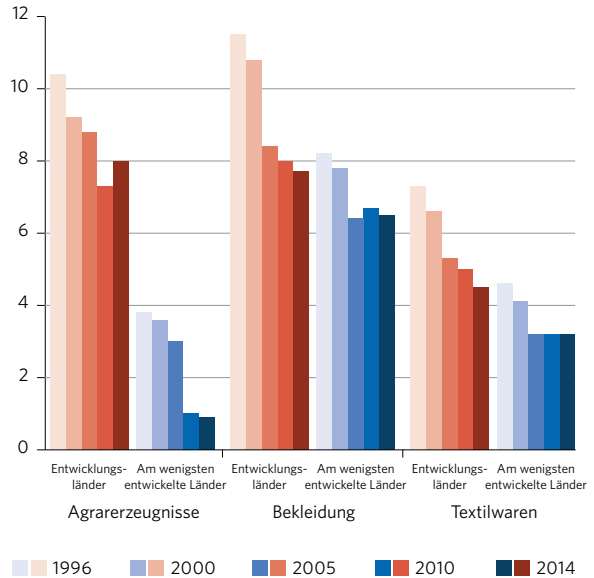
Anteil der aus Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Ländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden (ohne Erdöl und Rüstungsgüter) – 1996–2014 (in Prozent)



Der Anteil der zollfreien Importe (ohne Erdöl und Rüstungsgüter) der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich gestiegen. Trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr waren 2014 84 Prozent der Importe aus am wenigsten entwickelten Ländern und 79 Prozent der Importe aus Entwicklungsländern zollfrei. Der Anteil der Exporte aus am wenigsten entwickelten Ländern, die eine über den Meistbegünstigungssatz hinausgehende Vorzugsbehandlung erhielten, stieg 2014 auf etwa 60 Prozent gegenüber 53 Prozent 2011.

Für Agrarprodukte aus am wenigsten entwickelten Ländern gelten weiter die größten Handelspräferenzen

Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Ausfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Ländern – ausgewählte Jahre (in Prozent des Warenwerts)

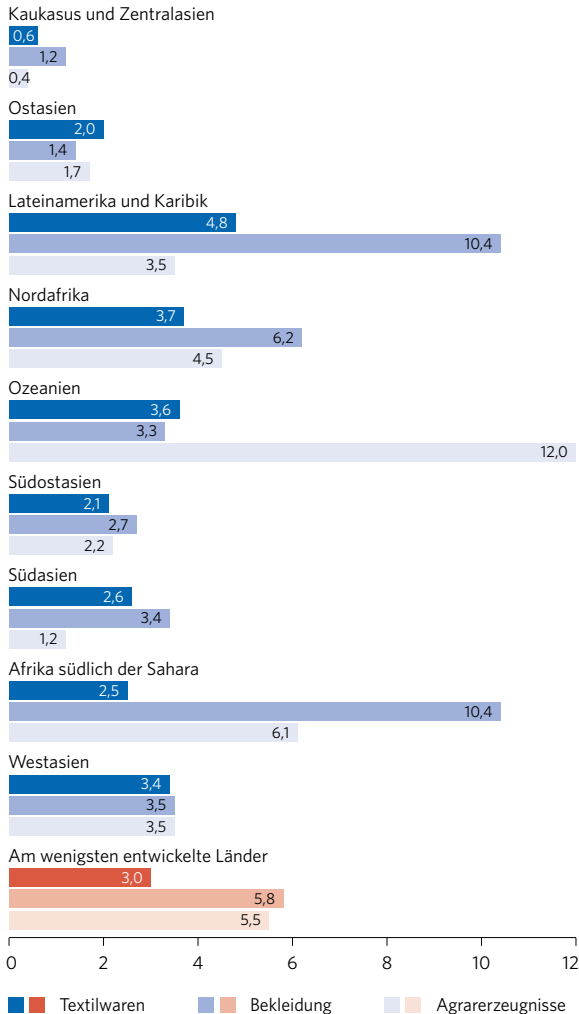


Anmerkung: Basierend auf einer fixen Exportstruktur 1999–2001.

In jeder der Produktkategorien gingen die von entwickelten Ländern gegenüber Entwicklungsländern erhobenen durchschnittlichen Einfuhrzölle zwischen 1996 und 2005 rasch zurück. Nach 2005 verlangsamte sich dieser Rückgang, und in einigen Kategorien wurde wieder ein Anstieg verzeichnet. Für Agrarerzeugnisse aus am wenigsten entwickelten Ländern hingegen dauerte der starke Rückgang der Zölle in den meisten entwickelten Ländern bis weit ins Jahr 2010 an.

Die Präferenzmarge variiert für die exportierenden Entwicklungsregionen erheblich

Präferenzmarge nach exportierender Entwicklungsregion und Produktkategorie – 2014 (in Prozent)



Die durchschnittliche (über den Meistbegünstigungssatz hinausgehende) Präferenzmarge, die entwickelte Länder für Einfuhren aus Entwicklungsländern gewähren, unterscheidet sich nach Produkt und Region. Im Durchschnitt ist die Marge für am wenigsten entwickelte Länder höher. So genießen Entwicklungsländer in Ozeanien und Afrika südlich der Sahara, wo die meisten der am wenigsten entwickelten Länder liegen, bei der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen in entwickelte Länder eine weitaus stärkere Vorzugsbehandlung als andere Regionen.

Zollpräferenzen sind jedoch nicht immer an den Entwicklungsstand des exportierenden Landes gebunden. Einige gehen auf regionale Handelsabkommen zurück, wie dies für Lateinamerika und Nordafrika der Fall ist. Und obwohl die entwickelten Länder Exporten aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara eine starke Vorzugsbehandlung gewähren, befinden sich die größten Bekleidungsexporteure unter den am wenigsten entwickelten Ländern in Asien, für die es keinen zollfreien Marktzugang in den Vereinigten Staaten gibt.

Die Präferenzmarge für Agrexporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern im Vergleich zu denen aus den Entwicklungsländern allgemein lag 2014 bei 7 Prozentpunkten, für Textilwaren und Bekleidung hingegen nur bei etwas über einem Prozentpunkt. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Vereinigten Staaten einigen asiatischen Exporteuren keine Präferenz Zollbehandlung gewährten.

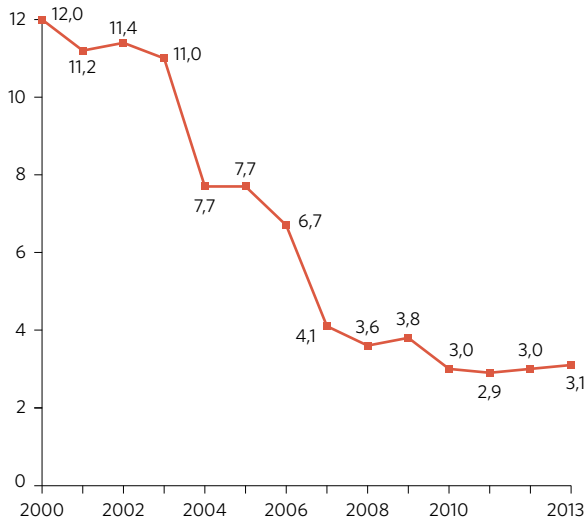


ZIELVORGABE 8.D

Die Verschuldung der Entwicklungsländer umfassend angehen

Schuldenlast der Entwicklungsländer fiel in den 2000er Jahren drastisch, hat sich jedoch stabilisiert und wird wohl steigen

Auslandsschuldendienst im Verhältnis zu Exporterlösen, alle Entwicklungsländer – 2000–2013 (in Prozent)

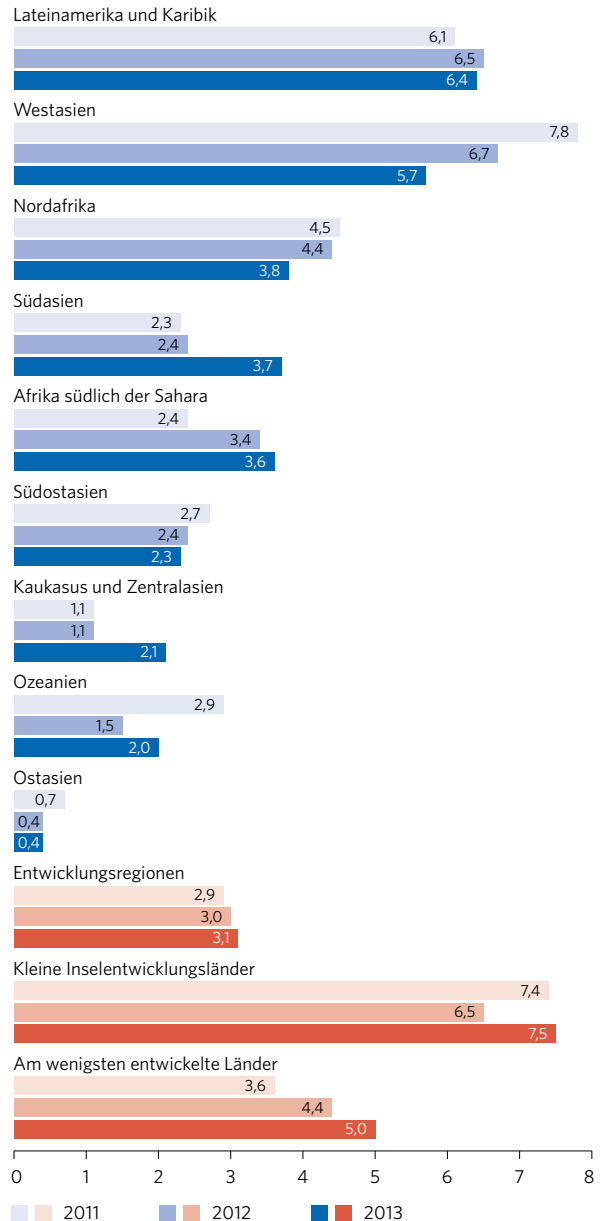


Anmerkung: Die Daten gelten nur für die Entwicklungsländer, die im Rahmen des Verschuldungs-Berichterstattungssystems der Weltbank Bericht erstatten..

Die Auslandsschuldenlast eines Landes wirkt sich auf seine Kreditwürdigkeit und seine Anfälligkeit für wirtschaftliche Schocks aus. Die Schuldenlast der Entwicklungsländer, gemessen als das Verhältnis von Auslandsschuldendienst zu Exporterlösen, lag 2013 bei 3,1 Prozent und damit viel niedriger als 2000, als sie 12 Prozent betrug. Ein besseres Schuldenmanagement, die Handelsausweitung und erhebliche Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder haben die Schuldendienstlast verringert. Ein zusätzlicher Faktor waren in letzter Zeit die attraktiven Darlehenskonditionen auf den internationalen Kapitalmärkten.

Schuldendienst im Verhältnis zu Exporterlösen steigt seit kurzem in einigen Regionen

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen) und Auslandseinnahmen – 2011–2013 (in Prozent)



Anmerkung: Die Daten gelten nur für die Entwicklungsländer, die im Rahmen des Verschuldungs-Berichterstattungssystems der Weltbank Bericht erstatten.

Die Schuldenquote ist in mehreren Regionen seit 2010 nahezu unverändert, wird aber für die Entwicklungsländer in nächster Zeit angesichts der prekären Weltwirtschaftslage, nachgiebiger Rohstoffpreise und der 33-prozentigen Zunahme des kombinierten Auslandschuldenbestands der Entwicklungsländer seit 2010 wahrscheinlich steigen. Insbesondere der Anstieg der kurzfristigen Verschuldung und der Schuldendienstlast signalisiert eine wachsende Anfälligkeit.

2013 schnellte das Verhältnis Schuldendienst/Exporterlöse für den Kaukasus und Zentralasien gegenüber dem Vorjahr um 88 Prozent nach oben. Dies ging vor allem darauf zurück, dass Armenien bei nahezu unveränderten Exporterlösen eine 500-Milliarden-Dollar-Anleihe vorzeitig an die Russische Föderation zurückzahlte. In den kleinen Inselentwicklungsländern stieg das Verhältnis Schuldendienst/Exporterlöse von 6,5 Prozent im Jahr 2012 auf 7,5 Prozent im Jahr 2013. Dies erklärt sich größtenteils daraus, dass Grenada 2013 eine 14-Milliarden-Dollar-Anleihe zurückzahlte, die fast die Hälfte aller Kapitalrückzahlungen des Landes von insgesamt 29,4 Millionen Dollar in dem Jahr ausmachte.

39 Länder erfüllen die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder. 36 von ihnen haben die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung so weit erfüllt, dass sie den „Entscheidungspunkt“ erreicht haben, und für künftige Schuldentrückzahlungen Entlastungen in Höhe von 57,8 Milliarden Dollar (zum Nettogegenwartswert von Ende 2013) erhalten. Von diesen 36 Ländern liegt eines zwischen Entscheidungs- und Abschlusspunkt, während 35 alle Voraussetzungen erfüllt haben und eine volle Schuldenerleichterung im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative erhalten.

ZIELVORGABE 8.E

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Daten über nachhaltigen Zugang zu erschwinglichen unentbehrlichen Arzneimitteln sind begrenzt, deuten jedoch auf Verbesserungen hin

Globale und regionale Daten sind lückenhaft, doch die wenigen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten zwischen 2007 und 2014 in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittleren Einkommen durchgeführten Erhebungen deuten darauf hin, dass durchschnittlich in 58 Prozent

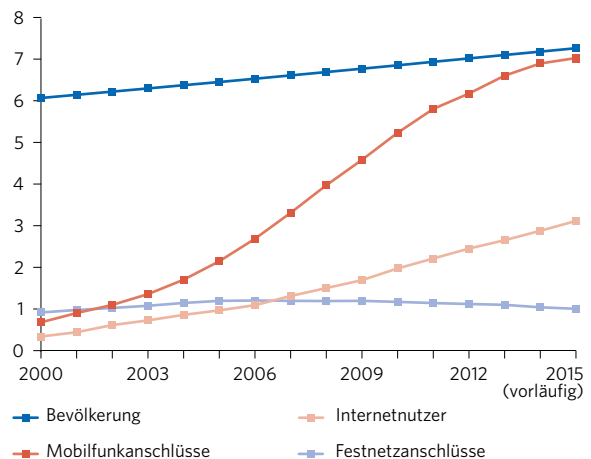
der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen und in 67 Prozent der privaten Einrichtungen Generika erhältlich waren. Allerdings gab es über die erfassten Länder hinweg große Unterschiede in der Verfügbarkeit. Für einen breiteren Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln müssen ihre Verfügbarkeit und ihr Preis für die Patienten in allen Entwicklungsländern besser überwacht werden.

ZIELVORGABE 8.F

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Bei starker Zunahme der Mobilfunk- und Internetnutzung wächst die digitale Spaltung zwischen Arm und Reich

Geschätzte Zahl der Mobilfunkanschlüsse, Internetnutzer und Festnetzanschlüsse – 2000–2015 (in Milliarden)



Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben die Art und Weise, wie Menschen leben, arbeiten und kommunizieren, grundlegend verändert. Dank technologischer Fortschritte, expandierender Netze, sinkender Preise und mehr Anwendungen und Inhalten nehmen Rolle und Bedeutung dieser Technologien weiter zu. So stieg zwischen 2001 und 2015 der von Mobilfunknetzen der zweiten Generation abgedeckte Anteil der Bevölkerung von 58 auf 95 Prozent. Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer hat sich in den letzten 15 Jahren fast verzehnfacht, von 738 Millionen im Jahr 2000 auf mehr als 7 Milliarden im Jahr 2015. Seit 2002 gibt es mehr Mobilfunk- als Festnetzanschlüsse.

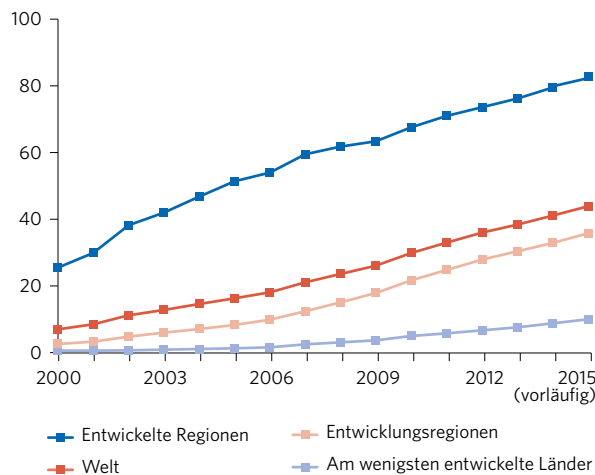
2000 nutzten knapp über 6 Prozent der Weltbevölkerung das Internet, 2015 schon 43 Prozent. Damit sind 3,2 Milliarden Menschen mit einem globalen Netz von

Inhalten und Anwendungen, darunter nutzergenerierte Inhalte und soziale Medien, verbunden. Rasche Fortschritte bei Festnetz- und mobilen Breitbandtechnologien sorgen für immer bessere und hochwertigere Dienste. Durch mobiles Breitband, dessen Penetrationsrate sich zwischen 2010 und 2015 auf 47 Prozent vervierfacht hat, konnten Infrastrukturprobleme überwunden und mehr Gebiete ans Internet angeschlossen werden.

Die Preise für internetfähige Mobiltelefone sinken, und ihre Verbreitung steigt. Dank ihrer wachsenden Verarbeitungsleistung können immer mehr Menschen nahtlos auf Dienste aller denkbaren Branchen, ob Bankenwesen, Einzelhandel, Verkehr, Gesundheit oder Bildung, zugreifen.

Zugang zu IKT und ihre Nutzung sind innerhalb und zwischen Ländern ungleich verteilt

Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 2000–2015



Die digitale Spaltung ist bei der Internetnutzung und der Zugangsqualität besonders ausgeprägt. So nutzt nur knapp über ein Drittel der Bevölkerung der Entwicklungsländer das Internet, in den entwickelten Ländern hingegen 82 Prozent. Noch härter ist der Kontrast in Afrika südlich der Sahara, wo weniger als 21 Prozent der Bevölkerung das Internet nutzen, und in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo es nicht einmal 10 Prozent sind.

Internet-Bandbreite und nationale Backbone-Kapazitäten sind wichtige Bausteine für die Bereitstellung eines erschwinglichen Hochgeschwindigkeits-Internetzugangs. In vielen Ländern mit niedrigerem Einkommen, insbesondere in kleinen Insel- und Binnenentwicklungsländern, ist dies noch immer ein großes Problem. Auch in Bezug auf die Kosten von IKT-Diensten, das Vorhandensein entsprechender Kenntnisse sowie relevanter und lokaler Inhalte bestehen im Ländervergleich große Unterschiede.

Die Mobilfunk-Penetrationsrate liegt 2015 weltweit bei 97 Prozent, in den am wenigsten entwickelten Ländern jedoch nur bei 64 Prozent. Noch immer sind schätzungsweise 450 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten außerhalb der Reichweite von Mobilfunksignalen.

Mehr Finanzmittel und Innovationen sind entscheidend für die Umsetzung der Post-2015-Entwicklungsagenda

Die Post-2015-Entwicklungsagenda steht kurz vor der Einführung. Ihrer Bandbreite und ihrer ehrgeizigen Zielsetzung müssen ausreichende Finanzmittel und neuerliche Anstrengungen zur Mobilisierung von Innovation, Wissenschaft und Technologie im Dienste der nachhaltigen Entwicklung gegenüberstehen.

Für Länder, die nur begrenzt eigene öffentliche Mittel aufbringen können, ist öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Mehr Aufmerksamkeit sollte dem Potenzial dieser Hilfe gelten, andere Finanzströme anzuziehen, indem sie sowohl mit nicht-konzessionären öffentlichen Mitteln kombiniert als auch durch private Finanzmittel und Investitionen ergänzt wird. Solche marktähnlichen Instrumente können bei der Finanzierung der Post-2015-Entwicklungsagenda eine wichtige Rolle spielen.

Veränderungen im Handel, insbesondere die Ausweitung des Dienstleistungshandels, erfordern innovative Wege zur Verbesserung des Marktzugangs und zur Beseitigung nichttarifärer Hemmnisse. Es wird außerdem entscheidend sein, die Entwicklungsländer gemäß ihrer Handelsdiversifizierung und ihrem Anteil an der Wertschöpfung stärker ins multilaterale Handelssystem einzubinden.

Eine ähnlich hohe Bedeutung wird Maßnahmen gegen die wachsende digitale Spaltung zukommen, denn nur so lässt sich die transformative Kraft der IKT und der Datenrevolution in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung für alle Menschen stellen.

Detailliertere Informationen und Analysen finden sich im Bericht 2015 der Arbeitsgruppe über Defizite bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG Gap Task Force Report 2015).

Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich um eine übergreifende Initiative unter Beteiligung von mehr als 30 Organisationen mit besonderer Kompetenz in den fünf Kernbereichen der weltweiten Entwicklungspartnerschaft: öffentliche Entwicklungshilfe, Marktzugang (Handel), Schuldentragfähigkeit, Zugang zu erschwinglichen unentbehrlichen Medikamenten und Zugang zu neuen Technologien.



Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Ziele

Der Umsetzungsstand der acht Millenniums-Entwicklungsziele wird anhand von 21 Zielvorgaben und 60 offiziellen Indikatoren gemessen.¹ Dieser Bericht gibt auf der Basis der im Juni 2015 verfügbaren Daten Rechenschaft darüber, wie weit die Welt bisher bei der Zielverwirklichung gekommen ist.²

Die Frist für die Erreichung der meisten Zielvorgaben läuft 2015 ab. Das Basisjahr für die Fortschrittsmessung ist 1990. Aus den Länderdaten werden subregionale und regionale Aggregate gebildet, die den Gesamtfortschritt im Zeitverlauf aufzeigen. Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen für die Millenniums-Entwicklungsziele baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Zusätzlich zu den Daten für die regionalen Gruppen enthält der Bericht auch Daten für Subregionen Afrikas, deren Einteilung auf der Klassifikation der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika beruht.³ Zwar erleichtern die Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die einzelnen Länderdaten und die Zusammensetzung aller Regionen und Subregionen finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

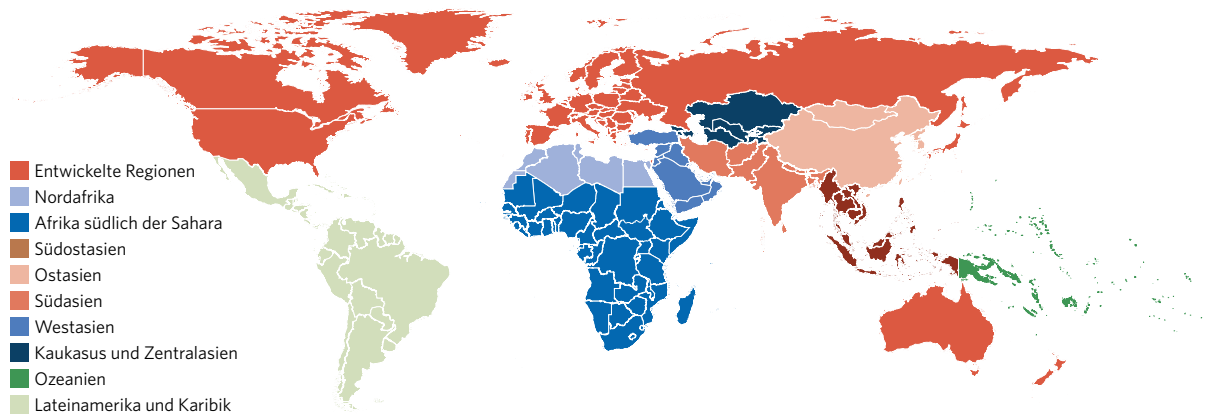
Grundlagen dieser Analyse

Die in diesem Bericht vorgelegten regionalen und sub-regionalen Werte werden von Mitgliedern der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellt. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Für jeden einzelnen Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf Seite 72). Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen internationalen Organisationen übermitteln. Um Datenlücken zu schließen, werden Daten für viele der Indikatoren ergänzend oder ausschließlich aus Erhebungen gewonnen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden.

Vor allem Gesundheitsindikatoren werden größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus Bevölkerungs- und Gesundheitserhebungen zusammengestellt. In einigen Fällen verfügen die Länder möglicherweise über aktuellere Daten als die für die Verwaltung der Daten zuständigen Organisationen oder legen die zur Zusammenstellung des Indikators erforderlichen Daten nicht vor, sodass die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Selbst bei Vorliegen nationaler Daten sind für die internationale Vergleichbarkeit oft Anpassungen notwendig. Daher weichen die Daten aus internationalen Quellen oft von den Daten der einzelnen Länder ab. Die VN-Statistikabteilung verwaltet die offizielle Website der Sachverständigengruppe (<http://mdgs.un.org>) und deren Datenbank. Im Interesse höherer Transparenz wird farblich kenntlich gemacht, welche Werte in den Länderdatenreihen Schätzungen sind und welche von nationalen Stellen stammen. Die begleitenden Metadaten erklären die Erstellung der Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen.

- ¹ Die vollständige Liste der Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren findet sich in Deutsch unter: <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf>.
- ² Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse können nur wenige Indikatoren für das laufende Jahr erstellt werden. Für die meisten Indikatoren werden in dem Bericht für 2015 Prognosewerte verwendet. Andere Indikatoren beruhen auf Daten aus früheren Jahren – in der Regel bis 2013 oder 2014.
- ³ Die Zusammensetzung dieser Subregionen geht aus dem nächsten Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

Regionale Gruppen



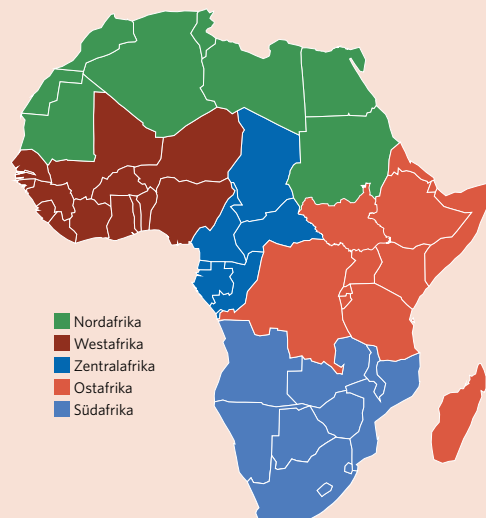
In diesem Bericht werden Daten zum Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen vorgelegt. Die Ländergruppen sind unterteilt in die „Entwicklungs-“ und die „entwickelten“ Regionen.* Die Entwicklungsregionen werden ihrerseits weiter in die aus der Karte ersichtlichen Subregionen untergliedert. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

* Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Afrikanische Subregionen

Bei einigen Millenniums-Indikatoren werden Daten separat für kleinere Subregionen Afrikas vorgelegt, deren Einteilung auf der Klassifikation der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika beruht.



Beitragende Organisationen

Die Beiträge zu den Daten und Analysen für die einzelnen Zielvorgaben innerhalb der acht Ziele stammen jeweils von folgenden Organisationen:

- **Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers**
 Zielvorgabe 1.A: Weltbank und UN-Frauen
 Zielvorgabe 1.B: IAO
 Zielvorgabe 1.C: FAO und UNICEF
 Zusatzbeiträge: UNHCR
- **Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung**
 Zielvorgabe 2.A: UNESCO
- **Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen**
 Zielvorgabe 3.A: IAO, IPU, UNESCO und UN-Frauen
- **Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit**
 Zielvorgabe 4.A: UNICEF, Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen, Weltbank und WHO
- **Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern**
 Zielvorgabe 5.A: UNFPA, UNICEF, Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen, Weltbank und WHO
 Zielvorgabe 5.B: UNFPA, UNICEF und Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen
- **Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten**
 Zielvorgabe 6.A: UNAIDS, UNICEF und WHO
 Zielvorgabe 6.B: UNAIDS und WHO
 Zielvorgabe 6.C: UNICEF und WHO
- **Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**
 Zielvorgabe 7.A: CDIAC, FAO, UNEP und UNFCCC
 Zielvorgabe 7.B: IUCN und UNEP-WCMC
 Zielvorgabe 7.C: UNICEF
 Zielvorgabe 7.D: UN-Habitat
- **Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**
 Zielvorgabe 8.A: ITC, UNCTAD und WTO
 Zielvorgabe 8.B und 8.C: OECD
 Zielvorgabe 8.D: Weltbank
 Zielvorgabe 8.E: WHO
 Zielvorgabe 8.F: ITU

Weitere Informationen finden sich im Englischen

auf der Website der VN-Statistikabteilung über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org>.

auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele unter www.un.org/millenniumgoals.

auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne unter www.endpoverty2015.org.

Fotos:

Deckblatt	© UNICEF/Syed Altaf Ahmad
Seite 2	© Virginia Hooper
Seite 15	© UNICEF/Bindra
Seite 19	© Nonie Reyes/Weltbank
Seite 20	© Curt Carnemark/Weltbank
Seite 25	© UNICEF/Richter
Seite 29	© Nafise Motlaq/Weltbank
Seite 34	© UNICEF/Bindra
Seite 35	© UNICEF/Esiebo
Seite 37	© UNICEF/Romenzi
Seite 40	© UNICEF/Biswas
Seite 50	© UNICEF/Irwin
Seite 53	© John Hogg/Weltbank
Seite 57	© UN Photo/Ky Chung
Seite 61	© Boris Balabanov/Weltbank
Seite 63	© Chhor Sokunthea/Weltbank
Seite 65	© Scott Wallace/Weltbank
Seite 69	© UNICEF/Esteve

Symbole:

Bis auf das von Luis Prado geschaffene „Moskitonetz“-Symbol auf Seite 6 (Quelle: thenounproject.com) sind alle verwendeten Symbole gemeinfrei.

Redaktion: Catharine Way

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York

Mit finanzieller Förderung des



„2015 ist ein wichtiges Jahr auf unserem Weg. Wir werden die Initiative der Millenniums-Entwicklungsziele abschließen. Wir sind dabei, eine kühne Vision für die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung mit einem entsprechenden Zielkatalog auszugestalten. Und wir wollen ein neues, universales Klimaabkommen schließen.“

— VN-GENERALSEKRETÄR BAN KI-MOON